

# perspektiven für österreich – perspektiven für *die menschen*

die övp denkt vor:



**perspektiven  
2010.  
Ideen. Impulse.  
Ziele.**

<b>Ein neuer Geist – Ein frischer Wind für Österreich</b>	<b>4</b>
<b>1. Wer wir sind und was wir wollen</b>	<b>6</b>
<b>2. Familie hat Zukunft</b>	<b>10</b>
<b>3. Kindheit und Familie neu denken</b>	<b>17</b>
<b>4. Bildung – Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts</b>	<b>20</b>
<b>5. Perspektiven für die Arbeits- und Aufstiegs-gesellschaft</b>	<b>31</b>
<b>6. Wirtschaft in einem globalisierten Umfeld</b>	<b>35</b>
<b>7. Integration – Toleranz und wehrhafte Demokratie</b>	<b>42</b>
<b>8. Den Sozialstaat sichern und weiter entwickeln</b>	<b>44</b>
<b>9. Klimawandel – Die Erfordernisse der Erde ernst nehmen</b>	<b>50</b>
<b>10. Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Lebensqualität</b>	<b>54</b>
<b>11. Verantwortung für Europa und die Welt</b>	<b>56</b>
<b>12. Sicher leben – Perspektiven der inneren und äußeren Sicherheit</b>	<b>59</b>
<b>13. Der Weg der Mitte – Weder neoliberal noch sozialistisch</b>	<b>62</b>
<b>14. Wir haben verstanden</b>	<b>62</b>

## **: Ein neuer Geist – Ein frischer Wind für Österreich**

Unter dem Eindruck des Wahlergebnisses vom 1. Oktober 2006 hat mich der Parteivorstand der Volkspartei beauftragt, als Leiter der Perspektivengruppe unsere bisherigen Positionierungen zu hinterfragen und neue Zugänge und Wege für die Zukunft unserer Arbeit vorzuschlagen. Gemeinsam mit 16 Kolleginnen und Kollegen, die mir aus allen Bundesländern und Teilorganisationen der Partei als Leiter von Impulsgruppen zur Seite standen, habe ich mich im Laufe des vergangenen Jahres dieser Arbeit gewidmet.

Dabei dürfen wir eines nicht übersehen: Die Wahlen des vergangenen Jahres brachten nicht nur eine Niederlage für die Volkspartei. Auch ein anderes Ergebnis muss uns zu denken geben: Über 1,3 Mio. Menschen sind nicht zur Wahl gegangen. Das ist die historisch niedrigste Wahlbeteiligung seit 1945. Die „Partei“ der Nichtwähler ist damit nach SPÖ und ÖVP drittstärkste Kraft im Land. Das ist insgesamt eine deutliche Absage an die Art und Weise, wie wir – alle miteinander – Politik machen.

Perspektiven zu entwickeln stellt für mich daher unverzichtbar den Anspruch, über die Grenzen bestehender Strukturen und Gewohnheiten hinauszugehen – und hinauszuwachsen. Daher stand für mich von Anfang an fest: Wir sollen diese Aufgabe nicht still im Hinterzimmer der Parteizentrale erledigen, sondern sie bewusst und mit allem Risiko offen und transparent angehen. Wir haben daher nicht nur Expertinnen und Experten von außerhalb der Partei, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie von einer Vielzahl von „Special Interest Groups“ zu unseren Diskussionen eingeladen; wir haben unsere Diskussion grundsätzlich für all jene interessierten Bürgerinnen und Bürgern geöffnet, die sich bei uns gemeldet haben und sich einbringen wollten. Mehr als 100 öffentliche Veranstaltungen mit insgesamt über 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprechen heute für den Erfolg dieses Vorhabens.

Mir war es dabei auch wichtig, die Möglichkeiten des Internets offensiv zu nutzen. Mit der Plattform [www.perspektiven2010.at](http://www.perspektiven2010.at) haben wir einen neuen und für die österreichische Parteienlandschaft einzigartigen Diskussionsraum geschaffen. Mehr als 1 Mio. Zugriffe seit Anfang 2007 sowie über 7.000 substantielle Beiträge und Anregungen in den 16 Foren der Plattform bestätigen, dass dieser Weg Zukunft hat. Eine ganze Reihe von Vorschlägen des vorliegenden Papiers reflektieren die Diskussionen der Plattform.

Ich bin heute überzeugt: Die offene Ausrichtung der Diskussion ist an sich bereits ein Erfolg. Verkrustungen wurden aufgebrochen und der Blick über den bisherigen Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizont der Partei hinaus gehoben. Der Prozess der Öffnung ist weder bequem noch einfach noch kann er als abgeschlossen betrachtet werden. Aber bereits heute ist klar: Er hat uns näher an die Lebensrealitäten der Menschen gebracht und ist damit irreversibler Ausgangspunkt unserer weiteren Entwicklung.

Mit der neuen Offenheit muss unausweichlich eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung einhergehen. Politik muss sich stärker mit Inhalten beschäftigen und weniger mit ihren Absendern. Was gesagt wird, muss wichtiger sein, als von wem es gesagt wird. Alles kann zur Debatte stehen. Denkverbote darf es nicht geben. Wer eine Idee verwirft, muss dies mit Argumenten begründen, nicht mit vermeintlicher Autorität. Dies ist keine Forderung, die sich an meine eigene Partei alleine richtet. Es ist ein Anspruch an die politische und mediale Kultur des Landes insgesamt.

Seit Beginn der Arbeit haben die Gespräche in den Impulsgruppen sowie mit Hunderten von Funktionärinnen und Funktionären an der Basis zwei Dinge deutlich gemacht: Ja, es gibt in unserer Partei sowohl den Willen als auch die Kraft zur Veränderung und Entwicklung. Zu spüren ist aber auch die tiefe Sehnsucht danach, dass wir uns im politischen Tagesgeschäft wieder stärker von unseren grundlegenden Prinzipien leiten lassen. Für mich ist deutlich geworden: Nach Jahren eines vor allem durch die Regierungsarbeit bedingten Pragmatismus müssen wir uns in Zukunft wieder stärker, erkennbarer und spürbarer an unseren Grundsätzen orientieren.

- Wir sind die christdemokratische Partei Österreichs.
- Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft.
- Wir sind die Partei des entschlossenen Rechtsstaats und des weltoffenen Patriotismus.
- Wir sind die Volkspartei.

Das Grundsatzprogramm der Volkspartei von 1995 formuliert unsere Werte und unser Menschenbild. Den Ausgangspunkt unseres politischen Handelns finden wir in den grundlegenden Menschenrechten:

- in der Achtung des menschlichen Lebens,
- im Respekt vor seiner Würde,
- in seinem Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung,
- in der Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft
- sowie in der solidarischen Verantwortung der Gemeinschaft für den Einzelnen.

Ziel der Perspektivenarbeit war für mich nicht nur herauszuarbeiten, was uns im Inneren verbindet und wofür wir stehen, sondern auch, was uns von politischen Mitbewerbern unterscheidet. Wir sollten davon ausgehen, dass es allen redlich arbeitenden und demokratisch ausgerichteten Parteien um die Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in Österreich geht. Keine Partei hat ein Monopol auf Fairness und Gerechtigkeit.

Was uns jedoch deutlich voneinander unterscheidet ist die Art, wie wir diese Werte begründen und wie wir ihre Umsetzung anstreben. Anstelle der sozialistischen Vorstellung einer normierten Anspruchs- und Klassengesellschaft bieten wir den Menschen das Leitbild einer offenen und solidarischen Chancengesellschaft. Wir bekräftigen den Begriff des Privateigentums und wollen dafür arbeiten, dass Eigentum von allen gerecht erarbeitet und erwirtschaftet werden kann. Unsere Politik soll den Menschen Chancen eröffnen, damit sie ihr Glück machen können. Wenn es Probleme gibt, wollen wir sie lösen und nicht zudecken.

Wir sehen die Zukunft der Volkspartei nicht in einer rückwärtsgewandten und bewahrenden Klientelpartei, die ihre Politik aus überkommenen Vorstellungen heraus entwickelt. Auch in der Abgrenzung nach Rechts ziehen wir eine klare Linie: Wir wollen die ÖVP als eine moderne, neugierige und optimistische Partei aus der Mitte des Volkes etablieren. Wir sind stolz auf unser Österreich und können aus der Kraft des Erreichten anderen Menschen und Kulturen offen begegnen. Mit der Volkspartei wollen wir – auf dem Fundament eines aufgeklärten Christentums – ein spannendes politisches Angebot für Österreichs reiche Vielfalt an gesellschaftlichen Gruppen, Lebensstilen und Generationen sein.

Dementsprechend soll die Volkspartei in einer Welt des gesellschaftlichen und globalen Wandels und in einer Zeit der Verunsicherung dafür arbeiten, den Menschen in Österreich Heimat zu geben – mit einem Höchstmaß an Chancen, Wohlstand und persönlicher Freiheit.

Wir bieten Österreich einen neuen Geist der Offenheit und einen frischen Wind des Optimismus und der Zuversicht. Dem demütigenden Almosenstaat sozialistischer Prägung stellen wir den Dienstleistungsstaat von heute gegenüber – einer Politik der Bevormundung eine Politik der Ermöglichung.

Unser politisches Angebot richten wir daher zum einen an die arbeitenden und gestaltenden Menschen in Österreich – dazu gehören für uns auch jene, die arbeiten wollen, es aber aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht können. Zum anderen richten wir unser Angebot in großer Dankbarkeit an die Generationen, die bereits viel für Österreich geleistet haben. Sie haben Anspruch auf Sicherheit und Verlässlichkeit.

Die Arbeit in der Perspektivengruppe hat gezeigt: Es gibt enorme Herausforderungen, vor denen wir alle stehen. Aber es gibt noch viel mehr Menschen, die bereit sind, sich mit ihrem Wissen und mit ihren Ideen einzubringen und einzusetzen. Und es gibt eine Partei, die dafür eine Plattform schafft, wie es sie bisher in Österreich dafür nicht gab: Lernwillig, gesprächsbereit, handlungsbereit.

Darauf können wir stolz sein. Ich danke allen, die daran mitgearbeitet haben und freue mich darauf, gemeinsam mit ihnen an der Aufgabe zu arbeiten, die uns über Parteigrenzen hinaus verbindet: Perspektiven für die Menschen – Perspektiven für Österreich.

**: Ihr Josef Pröll**

## Wer wir sind und was wir wollen

### Unsere Prinzipien: Gerechtigkeit, Sicherheit, Freiheit – und Nachhaltigkeit

Wir sind überzeugt: Österreich hat gute Chancen, gestärkt aus dem weltweiten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel hervorzugehen und Wohlstand und Sicherheit auch unter veränderten Bedingungen zu behaupten und zu entwickeln. Dazu brauchen wir kreative Antworten auf neue Herausforderungen ebenso wie die Treue zu unseren alten Werten. Die Volkspartei ist die einzige Partei, die wirtschaften kann. Wirtschaftliche Vernunft ist notwendig, aber nicht ausreichend, um die Zukunft zu meistern. Niemand bezweifelt es und die Ergebnisse bezeugen es, dass sich die Volkspartei um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes verdient gemacht hat. Viele fragen sich aber, warum wir nicht mit der gleichen Leidenschaft auch über die Gerechtigkeit gesprochen haben. Auch so ist das unbefriedigende Wahlergebnis vom 1. Oktober 2006 zu erklären. „Nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ist ebenso abschreckend wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus“, hat uns Wilhelm Röpke, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, ins Stammbuch geschrieben. Es gibt Dinge „jenseits von Angebot und Nachfrage“, und sie bewegen die Menschen oft mehr als Zahlen und Ziffern.

Es gibt Dinge „jenseits von Angebot und Nachfrage“, und sie bewegen die Menschen oft mehr als Zahlen und Ziffern.

Wir von der Perspektivengruppe plädieren deshalb für einen ausbalancierten Dreiklang in unserem Engagement:

- Wir wollen *Gerechtigkeit* und Chancen für jeden Menschen.
- Wir stehen für eine neue *Sicherheit* im doppelten Sinne: als Antwort auf die globale soziale Frage und mit Null-Toleranz in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, wenn es um österreichische Interessen geht.
- Wir wollen die ÖVP als eine *aufgeschlossene Partei*, die neue Herausforderungen annimmt, was beispielsweise Kultur, Lebensstile, Ökonomie und neue soziale Fragen betrifft.

Und wir wollen bei allem, was wir tun, das Prinzip der *Nachhaltigkeit* zu Grunde legen. Wir wollen die Lebenschancen der künftigen Generationen mehren und nicht verzehren.

### Vertrauen neu begründen

Gerechtigkeit erfahren, sicher leben, sich frei entfalten, nachhaltig wirtschaften: In diesem Quartett der Werte wissen wir uns einig mit der Mehrheit der Menschen. Nur auf der Grundlage dieser Werte wird es gelingen, neues Vertrauen zu begründen, nicht nur für unsere Politik, sondern für die Politik insgesamt. Vertrauen ist ein kostbares Kapital: Rasch ist es verspielt und nur mühsam wieder aufzubauen. Es hilft nicht, darum herum zu reden: Um das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Politik und Parteien auf der anderen Seite ist es nicht zum Besten bestellt. Viele Entwicklungen tragen dazu bei, dass die Beziehungen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern schwieriger geworden sind. Die Opportunität des Augenblicks drängt oft bei politischen Entscheidungen. Die in einer Demokratie legitime Machtlogik führt zu einem politischen Wettbewerb, bei dem es scheinbar nur um die Macht geht und nicht immer klar wird, was eine Partei mit der Macht machen will. Im politischen Alltag tragen Parteien, auch die Volkspartei, ungewollt, aber folgenschwer dazu bei, um taktischer Vorteile willen das Vertrauen in die Politik zu untergraben.

Es braucht neue Brücken, neue Wege und ein neues Denken, um Politik wieder näher an die Menschen heranzubringen.

So haben sich die Lebenswelt der Menschen und die Welt der Politiker immer weiter auseinander entwickelt. Es braucht deshalb neue Brücken, neue Wege und ein neues Denken, um Politik wieder näher an die Menschen heranzubringen. Das ist zum einen eine Frage der Gestaltung der Beziehungen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Und es ist zum anderen eine Frage der konzeptionellen Entwicklung und der kommunikativen Begründung einer Politik, die überzeugt und deshalb Vertrauen verdient. Wir schlagen vor, Politik aus der Perspektive

der Menschen, aus der Perspektive ihres Lebensverlaufes zu denken und zu gestalten, um so die Politik so nahe wie möglich an das Leben der Menschen heran zu führen. Wir wollen die politische Entfremdung überwinden. Politik ist eine gemeinsame Angelegenheit aller. Wir wollen eine Partei, die nach innen und nach außen anders auftritt, die anders redet und näher dran ist an den Menschen.

## **Dialog, Demokratie, Beteiligung**

Um die Politiker- und die Bürgerwelt wieder näher zueinander zu bringen, setzen wir auf ein höchstmögliches Maß an Beteiligung und Einbindung. Aus Betroffenen sollen Beteiligte gemacht werden. Wir wollen stärker denn je in der Gesellschaft präsent und nah an den Menschen sein. Politik muss auf Dialog gründen. Wir wollen daher aus Parteitagen Tage der Demokratie und des Dialogs machen und auch Menschen hören, die weder Mitglieder noch Funktionsträger sind. Besonders öffnen wollen wir uns gegenüber denen, die wenig Zeit haben (den „Zeitarmen“, wie man sie nennt) und die deshalb von der Partei- und Gremienpolitik praktisch ausgeschlossen und oft auch abgestoßen sind, also den jungen Eltern, Alleinerziehenden und den beruflich besonders Beanspruchten. Das kann dadurch geschehen, dass wir nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen, in unsere Parteiveranstaltungen, sondern dass wir dorthin gehen, wo die Menschen leben und arbeiten. Die Volkspartei muss wieder neu entdecken, was man – leicht missverständlich – den „vorpolitischen Raum“ oder auch den „politischen Vorhof“ nennen mag: Dort, wo die Menschen sind, fängt Politik eigentlich an. Menschen mit wenig Zeit mehr mitwirken zu lassen bedeutet, verstärkt die neuen Medien für die Diskussion zu nutzen oder E-Voting, d. h. Abstimmungen übers Internet, für parteiinterne Wahlen zu nutzen. Wir wollen auch stärker als bisher Menschen mit Migrationshintergrund erreichen, die ein klares Bekenntnis zu Österreich und unserem Wertefundament ablegen. Wir setzen dabei auf aktive Elemente der Kommunikation. Das Internet mit seinen neuen interaktiven Möglichkeiten ist ein modernes Instrument, um politikinteressierte, aber parteifremde Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und anzusprechen. Wir müssen die Möglichkeiten des Internet ehrlicher und offensiver annehmen. Das Internet ist längst nicht mehr nur eine virtuelle Nebenwelt. Es ist Teil unserer Realität. Über Foren und Blogs können wir unsere Positionen zur Diskussion stellen und neue Ideen aufnehmen. Mit einer Initiative „Denkfabrik Österreich“ wollen wir neue Wege der Einbindung und Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern beschreiten. Wir müssen den im Rahmen der Perspektivengruppen aufgebauten Kontakt zur Zivilgesellschaft, von den Vereinen bis hin zu den NGOs, weiter pflegen und ihnen zuhören, was sie an Ideen haben, was sie von uns erwarten und was sie beitragen können. Ziel sind konkrete Handlungsstrategien und Projektideen auf Gemeinde-, Bezirks- und regionaler Ebene, die von den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Kultur umgesetzt werden.

Politik lebt von der Wahl. Wahlen entscheiden über Demokratie und Zukunft. Wir setzen auf mehr Beteiligung und Dialog auch bei Wahlen. Wir wollen möglichst viele für die Demokratie mobilisieren. Warum sollten Wahlen nicht auch dort stattfinden oder Wahlkarten dort abgegeben werden können, wo sich viele Bürgerinnen und Bürger täglich aufhalten: an Bahnhöfen, Flughäfen, in Gasthäusern oder Supermärkten oder auch im Internet? Die zunehmende Nichtbeteiligung an Wahlen macht uns Sorgen. Die Partei der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist nicht unser Ideal von Demokratie. Deshalb müssen wir über klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament jenseits großer Koalitionen nachdenken, denn durch das bestehende Wahlrecht erzwungene Koalitionen können die Demokratie mehr schädigen als sichtbare Richtungsentscheidungen bei Wahlen. Eine Debatte über die verschiedenen Optionen des Mehrheitswahlrechts ist eröffnet. Wir setzen auch auf mehr direkte Demokratiebeteiligung. Die Direktwahl von Kandidatinnen und Kandidaten und die Abstimmung bei wichtigen Fragen fördern das Vertrauen und die Beteiligung an Politik. Demokratie muss sich lohnen. Bezirke und Gemeinden mit einer höheren Wahlbeteiligung als bislang wollen wir auszeichnen. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist ein erstes und wichtiges Ergebnis, für das wir uns in der Perspektivengruppe erfolgreich eingesetzt haben, weil wir uns dazu bekennen, die Jugendlichen in die politischen Entscheidungen einzubinden und mitgestalten zu lassen. Denn die politischen

Wir wollen eine Partei, die nach innen und nach außen anders auftritt, die anders redet und näher dran ist an den Menschen.

Aus Betroffenen sollen Beteiligte gemacht werden.

Eine Debatte über die verschiedenen Optionen des Mehrheitswahlrechts ist eröffnet.

Wenn Österreich im Bereich des E-Government eine Vorreiterrolle hat, warum sollen wir nicht auch im Bereich E-Voting vorn mit dabei sein?

Entscheidungen von heute bedingen die Lebenswelten von morgen und übermorgen. Egal, ob in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, familienpolitischen oder sozialen Fragen. Auch die Einführung der Briefwahl ist als Ergebnis der Perspektivengruppe bereits Realität und ermöglicht eine höhere Wahlbeteiligung. Wenn Österreich im Bereich des E-Government eine Vorreiterrolle hat, warum sollen wir nicht auch im Bereich E-Voting vorn mit dabei sein? Jedenfalls fordern wir bei den Wahlen zum Europäischen Parlament E-Voting im europäischen Einklang zu ermöglichen.

Die Überwindung des sogenannten „digital divide“, der digitalen Kluft zwischen jenen, die über einen Internetzugang verfügen und jenen, die über keinen Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien verfügen, ist für uns daher unverzichtbare Voraussetzung dieser demokratiepolitischen Entwicklung. Flächendeckender Zugang zu Breitband sowie umfassende E-Alphabetisierung sind zentrale Aufgaben der Infrastruktur- und Bildungspolitik. Mittelfristiges Ziel muss sein, dass in jedem österreichischen Haushalt ein Computer mit Internetzugang vorhanden ist und in seinen Grundfunktionen genutzt werden kann. So wie Schülerinnen und Schüler heute gratis mit Schulbüchern ausgestattet werden, könnten in Zukunft alle Kinder nach Abschluss der Volksschule für ihren weiteren Bildungsweg mit einem persönlichen Laptop gratis ausgestattet werden. Dieser Jugend-Laptop ist Ausdruck einer modernen Bildungskultur und legt die Basis für die moderne Arbeitswelt von morgen in Österreich.

Beteiligung am öffentlichen Leben heißt in unserer Kommunikationsgesellschaft für viele Menschen noch immer die Nutzung klassischer Medien. Insbesondere darf man trotz des faszinierenden Blicks auf die neuen Medien nicht die noch immer überragende Bedeutung des Fernsehens aus den Augen verlieren. Für Österreich bedeutet das insbesondere das duale Rundfunksystem weiterzuentwickeln, auch durch die Einrichtung einer unabhängigen Medienbehörde im Sinne europäischer Standards. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in Österreich wie in Europa einen besonderen Stellenwert, kann aber nicht mehr den Anspruch stellen, alleine für qualitätvolle Inhalte zu stehen. Wir von der Perspektivengruppe plädieren dafür, die Qualitätsansprüche an öffentlich-rechtliche Rundfunksender auch in Zukunft als deren Herzstück zu sehen und einzufordern. Gleichzeitig muss das Gebührenmonopol des ORF zu einem sachlich fundierten Mediengebührensysteem umgewandelt werden. Dies muss für alle

**Noch nie war  
eine Diskussion  
so breit.  
Erstmals ist eine  
Partei so offen.  
Auch so kann  
Politik heute sein.**



Anbieterinnen und Anbieter offen sein, die öffentlich-rechtliche Programminhalte zur Verfügung stellen. Die öffentlich-rechtlichen Inhalte müssen darüber hinaus zeitgemäß orientiert sein. Insbesondere heißt das eine Ergänzung um das Prinzip Nachhaltigkeit.

Nicht nur die Politik, auch die Verwaltung muss näher an die Bürgerinnen und Bürger heran. In einer mobilen Gesellschaft müssen sich auch die Behörden verändern. Politik und Verwaltung haben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Bringschuld. Künftig sollen alle Vorgänge per Telefon, Post oder Internet bearbeitet werden können. Gesetze und Vorschriften müssen verständlich und transparent, d. h. nachvollziehbar und nachlesbar sein. Die Begutachtungsverfahren für Gesetze sollen nicht nur verwaltungstechnische Aspekte, sondern in erster Linie die Verbesserung der Servicequalität für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger im Auge haben. Wir wollen mit Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen einen Dialog über die Aufgaben des Staates führen: Was kann die Einzelne und der Einzelne tun, was muss der Staat machen? Und was können Wirtschaft und Staat gemeinsam besser machen? Das Staatsbild verändert sich. Wir wollen den Staat als Partner einer aktiven Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft und einer starken Wirtschaft. Wir denken von den Bürgerinnen und Bürgern zum Staat, bei uns stehen die Menschen im Mittelpunkt. Andere denken vom Staat zum Bürger. Wir wollen die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen und nicht die Regelungskompetenz des Staates in allen Lebensbereichen.

Wir denken von den Bürgerinnen und Bürgern zum Staat. Andere denken vom Staat zum Bürger.

### **Politik, die zu den Menschen passt: Die Perspektive des Lebensverlaufs**

„Perspektiven für Österreich“ müssen sich bewähren als *Perspektiven* für die Menschen in Österreich. Politik muss zu den Menschen passen, wie sie heute und morgen leben – und nicht zu den Mustern der Vergangenheit. Wer heute in Österreich jung ist, hat ganz ähnliche Träume wie seine Eltern und Großeltern, und doch wird das Leben der jungen Leute einen anderen Verlauf nehmen, nicht weil sich die Menschen, sondern weil sich die Zeiten geändert haben. So wollen junge Frauen und Männer nach wie vor einen interessanten Beruf und Menschen, die mit ihnen durch dick und dünn gehen. Wenn sie über die Zukunft und über ihr Leben sprechen, dann wünschen sie sich eine sinnvolle Tätigkeit und eine verlässliche Partnerschaft und ganz überwiegend Familie mit Kindern. Politik kann Menschen nicht glücklich machen. Aber Politik kann Menschen unglücklich machen, direkt und unmittelbar in Diktaturen, indirekt und mittelbar, wenn sie sich mit Verhältnissen abfindet, an denen die Träume und Hoffnungen junger Menschen zerbrechen. Politik macht einen Unterschied, wenn es darum geht, *mehr Chancen für mehr Menschen* zu schaffen, ihr Leben zu leben, so wie sie es für gut und richtig erachten, und zwar heute und morgen und nicht gestern und vorgestern.

Politik muss zu den Menschen passen, wie sie heute und morgen leben – und nicht zu den Mustern der Vergangenheit.

Früher war der Lebensverlauf der meisten Menschen überschaubar und klar geordnet. Er entwickelte sich von Stufe zu Stufe wie auf einer Lebenstreppe. In der Jugend lernte man fürs Leben – und für ein ganzes Leben. Als Erwachsener hatte man in der Regel *einen* Beruf und war verheiratet; die Rollen zwischen Mann und Frau waren gesellschaftlich vorgegeben. Das Alter war kurz, man ruhte sich von den Mühen des Lebens aus. Es waren klare und es waren standardisierte Lebensläufe; und entsprechend waren Wirtschaft und Gesellschaft, die Arbeitswelt und das Familienleben, das Bildungssystem und auch die Öffnungszeiten in den Amtsstuben organisiert.

Der Unterschied zum Leben, das junge Menschen heute vor sich haben, ist offensichtlich. Sie haben es heute schwerer. Sie werden nicht mehr alles in der Jugend lernen können, was sie im Leben brauchen. Viele werden den Beruf wechseln und alle müssen mitten im Leben neue Kompetenzen erwerben. Manche heiraten spät, andere gar nicht, die meisten wollen Beruf und Familie vereinbaren. Die gewonnenen Jahre (die Menschen leben fast dreißig Jahre länger als vor hundert Jahren, ein Drittel der Gesellschaft lebt jenseits der traditionellen Pensionsgrenze) bringen nicht nur für das Alter ganz neue Möglichkeiten, sondern aus unserer Sicht auch ganz neue Aufgaben. Alles in allem brauchen entstandardisierte Lebensläufe andere Institutionen und flexible Antworten. Die Politik, aber auch Wirtschaft und Unternehmen müssen näher an die bunte, vielfältige Wirklichkeit des Lebens heran.

## Familie hat Zukunft

Familien leben. Sie haben nach wie vor einen hohen Stellenwert im Leben der Menschen, bei Eltern und Kindern, Frauen und Männern, bei Jungen wie Alten. Nach wie vor leben die allermeisten Kinder und Jugendlichen bei ihren beiden gemeinsamen Eltern, und nicht wenige bleiben immer länger. Nach wie vor ist die Familie das zuverlässigste soziale Netz, wenn Menschen Menschen brauchen. Familie ist der erste und elementarste Ort für das Erleben von Liebe, Solidarität und Angenommensein. Es gibt keinen Grund zum Pessimismus, aber es gibt gute Gründe, neue Wege zu gehen, um die Lebensbedingungen von Familien in der heutigen Zeit zu verbessern.

### Vom Wert der Familie und vom Wandel der Familien

Familie ist für uns dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen.

Familie ist für uns dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Im ehelichen Zusammenleben der Eltern sehen wir die besten Voraussetzungen für das Aufwachsen von Kindern. Funktionierende Familien können durch nichts ersetzt werden. Wir wissen und anerkennen, dass auch in anderen Formen des Zusammenlebens Menschen Verantwortung füreinander leben können. Wir von der Perspektivengruppe betrachten es als Aufgabe, gesellschaftlichen Entwicklungen ins Auge zu sehen, ohne dabei wichtige Werte über Bord zu werfen oder bewährte Institutionen wie die Ehe in Frage zu stellen. Es geht uns darum, die verschiedenen Lebensentwürfe von Menschen im privaten Bereich zu respektieren und jede Form von Diskriminierung zu vermeiden.

So wichtig es ist, ungerechtfertigte Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu überwinden: Die Zukunft der Familie und damit die soziale Qualität der Gesellschaft entscheidet sich in anderen Zusammenhängen. Es ist die ganz „normale“ Familie, die sich durch die veränderten Lebensverläufe junger Menschen verändert hat. Die Formen der Familien sind vielfältiger geworden. Die einen leben nach wie vor gerne die Familie, wie wir sie seit Generationen kennen: Der Mann und Vater widmet sich dem Beruf, die Frau und Mutter widmet sich der Familie. Andere Frauen wollen ihre gute Ausbildung in einen Beruf einbringen, aber doch auch Kinder und Familie haben, und die Zahl der jungen Väter wächst, die mehr von ihren Kindern erleben wollen als ihre eigenen, aus beruflichen Gründen oft abwesenden Väter. So wird es immer normaler, dass sich beide Eltern mehr als früher um beides kümmern: um die ökonomische und um die emotionale Seite von Ehe und Familie. Deshalb unterstützen wir in der Perspektivengruppe alle Bemühungen von Wirtschaft und Politik, die Anreize dafür zu verstärken, dass auch Väter eine „Auszeit“ für Kinder und Familie nehmen („Väterkarenz“), ohne deshalb berufliche Nachteile in ihrer Karriere in Kauf nehmen zu müssen, so wie sich auch für Frauen keine durch die Karenzzeit bedingten beruflichen Nachteile ergeben sollen.

Familien ändern sich, wie sie sich in der Geschichte immer verändert – und doch ihren Kern bewahrt haben.

Politik muss die Rahmenbedingungen so verändern, dass sich ein Leben mit Familie und Kindern wieder leichter in den Lebensverlauf junger Frauen und Männer einfügen lässt.

### Nachhaltige Familienpolitik: Zeit, Geld, Strukturen

Die Entscheidung für Kinder und für eine Familie ist eine höchstpersönliche Angelegenheit. Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Menschen vorzuschreiben, wie sie leben sollen. Aber die Entscheidung für Kinder und Familie ist mehr als eine private Angelegenheit. Entscheidungen, die getroffen werden oder unterbleiben, sind von einem erheblichen öffentlichen Interesse. Es ist deshalb eine vorrangige Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass sich ein Leben mit Familie und mehreren Kindern wieder leichter in den Lebensverlauf junger Frauen und Männer einfügen lässt, als es gegenwärtig der Fall ist. Dazu brauchen Familien Geld und Zeit, eine entsprechende Infrastruktur und nicht zuletzt eine

soziale Kultur, welche die alltägliche Diskriminierung beendet: der einen als „Rabenmütter“, der anderen als „Nur-Hausfrauen-und-Mütter“. Jede und jeder hat das Recht, so zu leben wie sie oder er will. Jede und jeder soll aber auch die Wahl haben, so zu leben wie sie oder er will. Jede Entscheidung verdient unseren Respekt. Berufstätige Mütter vollbringen oft genug einen täglichen Drahtseilakt bei dem Versuch, alles unter einen Hut zu bringen. Hausfrauen sind für uns vielseitige Familien-Managerinnen, kümmern sich um die Kinder, sind sehr oft ehrenamtlich tätig, knüpfen die sozialen Netze in der Verwandtschaft und in der Nachbarschaft. Sie verdienen als wichtige Säulen unserer Gesellschaft unsere Anerkennung und Hochachtung. Es muss endlich ein Ende damit haben, dass beiden ein schlechtes Gewissen eingeredet wird. Wir wollen, dass die wechselseitigen Diskriminierungen, das gegenseitige Schlechtmachen der Vergangenheit angehören.

Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Kernbestandteil der Politik der ÖVP wird und dass die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Familien brauchen Geld. Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass die Familien nicht diskriminiert werden und nicht in die Armutsfalle tappen. Wir schlagen deshalb ein Familiensplitting vor, bei dem die steuerliche Belastung von Familien mit der Zahl der Kinder abnimmt.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Familien brauchen unterstützende Strukturen. Wir plädieren für ein System aus Tagesbetreuung – Kindergärten und Tagesmüttern –, das qualitativ hochwertig ist, quantitativ ausreichend und so flexibel angelegt wie der berufliche Alltag es erfordert. Wir wollen, dass alle beruflich engagierten Frauen und Männer Kinder haben und Familie leben können. Dazu braucht es leistbare Angebote und Strukturen, die auch die bedarfsgerechte Betreuung der unter 3-Jährigen einschließt und bessere Möglichkeiten, private Betreuungskosten steuerlich geltend zu machen. Die Qualität der Kindergärten und der Betreuung wollen wir durch eine Aufwertung des Berufs der Erzieherinnen und Erzieher und durch Zertifizierung verbessern. Die Wahlfreiheit wollen wir durch eine Umstellung von der Objekt- auf die Subjektförderung erhöhen. Dies gilt insbesondere für die unter 3-Jährigen: Die Eltern bekommen Gutscheine und können so die Form der Kinderbetreuung, z. B. Kindergarten oder Tagesmutter, frei wählen.

Familien brauchen Zeit. Dazu ist es notwendig, dass die Arbeitswelt mehr Rücksicht auf die Familien nimmt: durch familienfreundliche Arbeitszeiten; indem Betriebe den Wiedereinstieg erleichtern und zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern während der Elternzeit Kontakt halten. Wir wollen, dass die Arbeitswelt den Bedürfnissen der Familien angepasst wird und nicht umgekehrt. Wirtschaft und Unternehmen stehen hier in der Pflicht. Moderne Unternehmen haben freilich längst erkannt, dass sie hier auch eine große Chance haben, mit Gewinn Gutes zu tun. Familienfreundlichkeit rechnet sich. Dort, wo auf die Lebens- und Familienwelt Rücksicht genommen wird, wächst die Loyalität zum Betrieb, steigt die Motivation, sinken die Abwesenheiten. Für Städte und Gemeinden ist eine familienfreundliche Kommunalpolitik ein Standortvorteil. Für Betriebe bringt eine Zeit-, Personal- und Organisationspolitik, die ausdrücklich Aspekte der Work-Life-Balance mit einbezieht, einen Vorsprung im Wettbewerb um die besten Köpfe. Rücksicht auf Kinder und Familien ist nicht nur gut und richtig, sondern auch ökonomisch vernünftig. Mehr Verantwortung von Wirtschaft und Unternehmen ist – neben dem Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten auch für die unter 3-Jährigen und der stärkeren steuerlichen Berücksichtigung der privaten Betreuungskosten – eine der drei Säulen der nachhaltigen Familienpolitik, wie wir sie vorschlagen.

**Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Kernbestandteil der Politik der ÖVP wird.**

**Wir wollen, dass die Arbeitswelt den Bedürfnissen der Familien angepasst wird und nicht umgekehrt. Wirtschaft und Unternehmen stehen hier in der Pflicht.**

## Mit den Augen der Kinder

Eine nachhaltige Familienpolitik denkt nicht nur an die Familien und an die Kinder, die heute leben, sondern auch an die Kinder und Enkel und an die Bedingungen, unter denen diese einmal Familien gründen und Kinder haben werden. Dazu ist es notwendig, die Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt stärker aus der Perspektive der Mütter und Väter und – in erster Linie – aus der Perspektive der Kinder zu betrachten. Vor allem die Kinder werden noch allzu häufig vergessen: bei der Stadtplanung, bei den Öffnungszeiten der Ämter, in Betrieben und Behörden.

Um eine kinderfreundliche Lebenswelt zu schaffen, sprechen wir uns – analog der Umweltverträglichkeitsprüfung – für eine Kinderverträglichkeitsprüfung aus.

Die Perspektivengruppe ermuntert deshalb Städte und Gemeinden bei der Stadt- und Regionalentwicklung sowie in der kommunalen Sozialpolitik, die Kinder in geeigneter Form rechtzeitig anzuhören, bevor über Maßnahmen und Strukturen entschieden wird, welche ihre Entfaltungsräume im wörtlichen und übertragenen Sinne bestimmen. Um eine kinderfreundliche Lebenswelt zu schaffen, sprechen wir uns – analog der Umweltverträglichkeitsprüfung – für eine Kinderverträglichkeitsprüfung im Gesetzgebungsprozess und bei der Stadt- und Regionalplanung aus. Dabei sind auch ungewöhnliche Ideen anzudenken: Warum sollte es etwa in Städten nicht möglich sein (alle kennen die Parkprobleme und das Ein- und Ausladen von Kinderwägen), dass Familien mit Kindern bis zu zwei Jahren mit dem Mutter-Kind-Pass eine Gratis-Parkmöglichkeit bekommen – unkonventionell aber praxisnah. Oder was gerade junge Eltern oftmals besonders belastet: die Gebühren für Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis oder das Eintragen des Kindes in den Reisepass. Wir schlagen vor, derartige Gebühren auf Null zu stellen. Wenn wir es mit unseren Kindern ernst meinen, dann muss es uns das wert sein.

Politik aus der Perspektive von Kindern zu betrachten führt aber nicht nur zu einer anderen Stadt- und Strukturpolitik. Kinder haben ihr Leben vor sich, und das sind bei der gegenwärtigen Lebenserwartung oft achtzig Jahre und mehr. Sie werden die Folgen erleben, die wir heute durch unser politisches Handeln oder Nichthandeln verursachen. In der Perspektive der Kinder wird Nachhaltigkeit ganz natürlich zu einem umfassenden Handlungsmaßstab, der sämtliche Bereiche der Politik durchdringen muss. Jedes politische Handeln der Gegenwart muss an seinen positiven und negativen Folgen für die kommenden Generationen gemessen werden. Wir, die Perspektivengruppe, wollen die Volkspartei dazu anhalten, bei allen ihren Entscheidungen die langfristigen ökologischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Wirkungen transparent zu machen und in Rechnung zu stellen.

In diesem Zusammenhang darf die Politik den Ansatz nicht vernachlässigen, dass Heranwachsenden der Kinder auch aus den Augen und mit den Ängsten der Eltern zu sehen. Wir wissen, dass sich viele Eltern Sorgen machen, dass ihre Kinder zu leicht mit Drogen in Berührung kommen und von Kriminalität bedroht sind. Ein weiterer Anlass zur Sorge ist für viele Eltern auch die Frage, ob ihre Kinder den Berufseinstieg meistern oder vom sozialen Abstieg bedroht sind. Diese Sorgen müssen offensiv angesprochen werden. Lösungen durch Verharmlosungen gibt es nicht.

## Familien-solidarität über Generationen hinweg

Familien brauchen ein öffentliches Klima, das Eltern unterstützt und vor allem den Müttern Mut macht. Unabhängig davon, was sie tun, ob sie berufstätig sind oder ob sie sich zu Hause ihrer Familie widmen. Es muss zu denken geben, dass es dort, wo so genannte Hausfrauen ebenso respektiert werden wie berufstätige Mütter, wo also Wahlfreiheit und Vereinbarkeit kulturell wirklich selbstverständlich sind, mehr Kinder gibt, mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen und auch mehr wirtschaftliches Wachstum.

Eine nachhaltige Familienpolitik, wie sie uns vorschwebt, geht davon aus, dass Familien noch wichtiger geworden sind und dass mit dem stetigen Rückgang der Kinder ein wichtiger Eckpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf dem Spiel steht. Familienbeziehungen werden schon einfach deshalb wichtiger, weil sie – allein schon als Folge der höheren Lebenserwartung – länger dauern als je zuvor in der Geschichte. Vor hundert Jahren noch haben die Eltern oft

weniger als zwanzig gemeinsame Jahre mit ihrem jüngsten Kind gehabt. Künftig werden die Mütter im Durchschnitt 60 Jahre (und die Väter rund 50 Jahre) gemeinsame Lebenszeit mit ihrem ersten Kind verbringen: Familie ist mehr als die Kernfamilie in der relativ kurzen Phase, wenn die Kinder zu Hause sind. Der Wandel der Familie von der „unilokalen Kernfamilie“ zur „multilokalen Mehrgenerationenfamilie“ (Hans Bertram) macht Solidarität zwischen den Familiengenerationen möglich, die früher schon deshalb nicht denkbar war, weil es nicht so viele Generationen gab. Familien werden wichtiger, weil auch die österreichische Wirtschaft nicht auf die weibliche Hälfte der Talente und Begabungen des Landes verzichten kann und es dann besonderer Anstrengungen bedarf, wenn Frauen nicht nur Beruf, sondern auch Familie und Kinder haben wollen. Und Familien werden wichtiger, weil es in einer Wissensgesellschaft darauf ankommt, dass Bildung von Anfang an die Potenziale der Kinder entfaltet. Der erste wichtige Ort dafür ist die Familie.

Aus all diesen Gründen sehen wir in der Kinder- und Familienpolitik nicht eine Unterabteilung der Sozialpolitik, sondern vielmehr neben der Erwerbsarbeit einen der beiden Brennpunkte, von denen aus sich eine moderne Gesellschaftspolitik neu konstituiert. In der Gesellschaft von morgen sind Investitionen in Kinder und Familien Zukunftsinvestitionen, ohne die das Scheitern des Sozialstaates, wie wir ihn kennen, vorprogrammiert wäre.

### **Jenseits der Rollenklischees: Frauen, Männer und die neue Partnerschaft**

Eine nachhaltige Familienpolitik ist nur möglich, wenn die Rollenklischees überwunden werden, also die gesellschaftlichen Zuschreibungen darüber, was „richtige“ Männer und „richtige“ Frauen von Natur aus tun und lassen sollten. Es handelt sich um kulturelle Prägungen, die sich nur langsam verändern. Aber die Richtung ist eindeutig. Mädchen und Frauen holen auf – und sie sind teilweise schon dabei, die Männer zu überholen – was Quantität und Qualität der Bildungs- und Hochschulabschlüsse betrifft. Es gibt keinen legitimen Grund, sie auf traditionelle Rollen oder Berufe festzulegen, so wie es auch keinen plausiblen Grund gibt, Männer von vornherein von der Familienarbeit freizusprechen. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern

Es gibt keinen legitimen Grund, Männer von vornherein von der Familienarbeit freizusprechen.

**Was früher galt:  
Vater, Mutter,  
Kind.  
Was heute zählt:  
Kinder,  
Mütter, Väter.**

Wer es gut meint mit Kindern und Familien und der Zukunft des Landes, muss alte Rollenklischees verlassen.

und in den Familien werden sich ändern, wenn unter den Prämissen des Respekts, der Verantwortung und der Gleichheit über die Verteilung der Familienarbeit gesprochen werden muss. Die Beziehungen und die Familien werden aber dadurch nicht weniger noch schlechter, im Gegenteil: Vieles spricht dafür, dass sie in der heutigen Zeit nur im Zeichen einer neuen Partnerschaft eine gute Zukunft haben. Es hat sich herum gesprochen: Die alte „männliche Rüstung“ ist keine besonders geeignete Uniform, um dem Verständnis moderner Frauen gerecht zu werden. Die Bereitschaft der Frau, ein zweites Kind zu bekommen, hängt entscheidend davon ab, welche Verantwortung der Mann beim ersten Kind übernommen hat. Wer es gut meint mit Kindern und Familien und der Zukunft des Landes, muss alte Rollenklischees verlassen.

Für die Volkspartei sind Kinder und Familien viel zu wichtig und zu wertvoll, als dass wir nur die Familienbilder der Vergangenheit konservieren dürfen. Es gibt in Europa unterschiedliche Strategien der Familienpolitik im Allgemeinen und auch unterschiedliche Versuche, einerseits die Mehrkindfamilie besonders zu fördern und andererseits die alten Rollenklischees zu überwinden. Wir schlagen deshalb vor, eine groß angelegte Evaluierung in Auftrag zu geben, die vor dem europäischen Hintergrund die Familienpolitik in Österreich auf ihre Folgen und Wirkungen hin analysiert. Wir ermuntern außerdem Betriebe und Unternehmen, Zeichen zu setzen, indem sie deutlich machen, dass sowohl Mütter als auch Väter mit Karenz Karriere machen können. Und wir verpflichten uns, als Volkspartei mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik.

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik, und Frauenpolitik hat nach wie vor eine eigenständige Bedeutung. Auch wenn die Zeiten vorbei sind, in denen man den Frauendiskurs vor allem als einen Opferdiskurs führen konnte. Hier haben alte frauenpolitische Ansätze ebenso versagt wie sozialistisch dominierte Arbeitnehmerpolitik. Nach wie vor werden Frauen im Arbeitsleben benachteiligt, erhalten nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit, stoßen immer wieder an die „gläserne Decke“ und müssen zusehen, wie Männer ganz nach oben kommen, nur weil sie Männer sind.

Zur Erreichung von Einkommensgerechtigkeit sind Weichenstellungen bei der Berufsentscheidung bedeutend, daher kommt der Berufsberatung und der Überwindung von traditionellen Berufsbildern große Bedeutung zu. Spezielle Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen im Beruf sowie Einstiegshilfen nach der Karenz sind weitere wichtige Maßnahmen, um Nachteile aufzuholen. Mehr Angebote an qualifizierter Teilzeitarbeit sind ebenfalls unverzichtbar, um die Eigenständigkeit der Frauen über die Erwerbstätigkeit zu stärken.

Ziel unserer Politik ist es, für Frauen und Männer, Mädchen und Burschen gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat. Dazu gehören für uns gleiche Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen, die Frauen einbringen, sind von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Mitwirkung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu fördern.

### Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ist keine Grundlage für eine Familiengründung. Daher wird sie wie in anderen Staaten in einem eigenen Gesetz geregelt.

Es ist eine Tatsache, dass Menschen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft miteinander leben und das Bedürfnis haben, dass für ihre Lebenssituation Rechtssicherheit geschaffen wird, weil sie füreinander Verantwortung übernehmen wollen. Wir schlagen daher ein Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare vor, ähnlich dem Modell, wie es auch von der Christlich-demokratischen Volkspartei in der Schweiz umgesetzt wurde. Mit dem Partnerschaftsgesetz soll ein neues Rechtsinstitut geschaffen werden, das der Beziehung von gleichgeschlechtlichen Paaren einen rechtlich gesicherten Rahmen gibt mit einer klaren Abgrenzung zur zivilen Ehe und ohne Adoptionsrecht. Wir sehen diesen Weg als vernünftigen Weg, der zwischen einer rein vertraglichen Lösung auf der einen Seite und der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare auf der anderen Seite liegt. Die eingetragene Partnerschaft unterscheidet sich in wesentlichen

Punkten von der Ehe. Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ist keine Grundlage für eine Familiengründung, daher wird sie nach dem Vorbild vieler anderer Staaten in einem eigenen Gesetz geregelt. Die Adoption sowie fortpflanzungsmedizinische Verfahren sind ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es nicht nur um die Interessen der Partnerinnen und Partner, sondern *vor allem* auch um die Interessen Dritter, nämlich von Kindern, geht. Zwei Personen gleichen Geschlechts können ihre Partnerschaft beim Standesamt eintragen lassen. Mit der Eintragung verpflichten sich die Partnerinnen und Partner zur gemeinsamen Lebensführung und zum gegenseitigen Unterhalt. In wichtigen Bereichen wie z.B. dem Erbrecht oder dem Sozialversicherungsrecht haben gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte und Pflichten wie Ehepaare. Das Partnerschaftsgesetz in dieser Form beseitigt Diskriminierung, schützt die Ehe und denkt an die Kinder.

Das Partnerschaftsgesetz in dieser Form beseitigt Diskriminierung, schützt die Ehe und denkt an die Kinder.

## Bekanntnis zum Leben

Mit dem Grundsatzprogramm der Volkspartei von 1995 haben wir ein klares Bekenntnis zum Schutz des Lebens – auch des ungeborenen – abgelegt. Gleichzeitig haben wir uns seinerzeit darauf verständigt, in der strafrechtlichen Verfolgung betroffener Frauen keine Lösung zu sehen. Damit haben wir die Fristenregelung grundsätzlich außer Streit gestellt und daran wird auch heute nicht gerüttelt. Aber weil uns der Schutz des Lebens am Herzen liegt, nehmen wir für uns das Recht in Anspruch, kritische Aspekte der gängigen Abtreibungspraxis zu hinterfragen sowie das Fehlen ausreichender Begleitmaßnahmen offen anzusprechen.

Es kann nicht darum gehen, betroffenen Frauen strafrechtliche Konsequenzen anzudrohen: Frauen in Notlagen (und die dazu gehörenden Männer) brauchen Hilfen und keine Drohungen. Ziel einer lebensbejahenden Politik muss es sein, positive Alternativen zur Abtreibung zu stärken. In einer reichen Gesellschaft, die Ja sagt zum Leben, darf ein Kind weder Armutsrisiko noch berufliche Ausgrenzung bedeuten. Wir jedenfalls wollen und können uns nicht damit abfinden, dass es in Österreich derzeit fast so viele Abtreibungen wie Geburten gibt (75.000 Geburten pro Jahr stehen geschätzten 40.000 bis 60.000 Abtreibungen gegenüber). Es müssen Hilfen erreichbar und leistbar sein und es muss ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem sich die Frage von Schwangerschaftsabbrüchen immer weniger stellt. Die Fristenregelung darf kein Entlassungsschein für die österreichische Familien- und Sozialpolitik sein.

Ziel einer lebensbejahenden Politik muss es sein, positive Alternativen zur Abtreibung zu stärken.

Bereits mit dem Beschluss der Fristenregelung 1972 wurden „flankierende Maßnahmen“ als erforderlich erkannt. Diese Forderung hat nichts von ihrer Dringlichkeit verloren.

Es geht um:

- anonyme statistische Erhebungen und Motivforschungen, die maßgeschneiderte Hilfsangebote möglich machen;
- ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot lebensbejahender Schwangerschaftsberatung und -betreuung;
- verbesserte Rahmenbedingungen für die Adoption;
- adäquate psychologische Nachbetreuung für betroffene Frauen und Männer, die unter den psychischen Folgen des Schwangerschaftsabbruchs leiden;
- Trennung von beratendem und abtreibendem Arzt;
- verpflichtende Bedenkzeit zwischen Beratung und Durchführung;
- detaillierte und wissenschaftlich fundierte Aufklärung bereits in den Schulen betreffend Sexualpraktiken, Verhütungsmöglichkeiten, Schwangerschaft und Reproduktion.

Es ist notwendig, in Österreich ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Netz an Ärztinnen und Ärzten und auf dem Gebiet der psychosozialen Beratung besonders qualifizierte Beraterinnen und Berater zur Unterstützung von schwangeren Frauen in Notlagen aufzubauen und anzubieten. Sollte sich dabei zeigen, dass es weiterer Hilfen bedarf, so müssen sie zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Einführung der Sterbekarenz und einer konsequenten Positionierung auf europäischer Ebene hinsichtlich der Stammzellenforschung haben wir in den letzten Jahren wichtige Impulse für den Lebensschutz gegeben. Eine umfassende Politik zum Schutz des Lebens erfordert jedoch mehr. Im Sinne einer notwendigen Wertebesinnung unserer Partei ist der Schutz des Lebens – von seinem Anfang bis zum natürlichen Tod – offensiver als bisher klar anzusprechen. Der Zeitpunkt des Beginns menschlichen Lebens wird weltweit sowohl biologisch als auch juristisch, philosophisch und theologisch (durch die verschiedenen Weltreligionen) unterschiedlich definiert. Ein Klima der Diskriminierung oder Bevormundung von Menschen mit verschiedenen Anschauungen zu dieser Thematik muss in Österreich klar vermieden werden. Die Volkspartei soll aber eindeutig als jene Partei wahrgenommen werden, die positiv für das Leben steht und dabei auch kontroverse Diskussionen nicht scheut.

Aus Sicht einer christlich-demokratischen Partei ist von der Forschung die Achtung vor der Würde des Menschen einzufordern.

Fragen der Bioethik haben eine neue Relevanz erhalten, nicht zuletzt angesichts aktueller Entwicklungen wie z.B. der in Großbritannien erteilten Genehmigung zur Erzeugung von Mensch-Tier-Klonen. Aus Sicht einer christlich-demokratischen Partei ist von der Forschung die Achtung vor der Würde des Menschen jedenfalls zu erwarten.

Wir treten daher für ein Embryonenschutzgesetz ein, das unter anderem die Frage der Beforschung embryonaler Stammzellen in Österreich auf Basis eines breiten öffentlichen Diskurses konsistent und ethisch fundiert regelt. Grundsätzlich soll der Forschung an adulten, ethisch unumstrittenen Stammzellen gegenüber der embryonalen Stammzellenforschung konsequent der Vorzug gegeben werden, so lange wissenschaftlich für die jeweiligen Forschungs- und Therapieansätze adulte Stammzellen als optimale Lösung anzusehen sind. Um diesem Ansinnen Nachdruck zu verleihen, schlägt die Perspektivengruppe ein spezielles österreichisches Forschungsförderungsprogramm im Bereich adulter Stammzellenforschung vor. Fremdnützige Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen lehnen wir ab.

Das Leben des Menschen ist von seinem Anfang bis zu seinem Ende unverfügbar. Der Schutz des Lebens gilt bis ins hohe Alter. Wir lehnen die Tötung eines Patienten durch den Arzt ebenso unmissverständlich ab wie die Legalisierung der Beihilfe zum Selbstmord. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen verbietet eine aktive Sterbehilfe.

Der Mensch hat ein Recht auf einen würdigen Tod. Sterbebegleitung bedeutet für uns in erster Linie Lebensbegleitung bis zum Tod.

Im Einzelnen bedeutet das für uns ein klares Nein zur Euthanasie; eine gezielte Förderung von Hospizdiensten, mehr Investitionen in die Palliativmedizin sowie klare und starke Patientenrechte. Menschen sollen an der Hand eines Menschen sterben – aber nicht durch die Hand eines Menschen.

Menschen sollen an der Hand eines Menschen sterben. Aber nicht durch die Hand eines Menschen.

Weil es das ethische und moralische Fundament unserer Gesellschaft in seinem Innersten berührt, müssen wir schließlich auch den Mut haben, eines der heikelsten politischen Themen offen anzusprechen: die Frage der eugenischen Indikation. Von Behindertenverbänden und Elterninitiativen in den vergangenen Jahren vielfach kritisch angesprochen, liegt der gegenwärtigen Regelung auch unserer Ansicht nach eine problematische negative Wertung behinderten Lebens zugrunde. Gerade im Licht der österreichischen Geschichte bedarf es einer erneuten Diskussion mit dem Ziel, jede Form der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen.



## Kindheit und Familie neu denken

Die Grundlagen für ein Leben werden in der Kindheit und in der Familie gelegt. Die Perspektivengruppe der Volkspartei ist überzeugt davon, dass es um einer guten Zukunft willen – für die Menschen und für das ganze Land – notwendig ist, über Kindheit, Familie und Erziehung neu nachzudenken und entsprechend zu handeln.

### Auf die Kinder kommt es an

Kinder sind Leben, und sie sind ein Gewinn. Sie bereichern das Leben der Eltern und sie bereichern die Gesellschaft. „Kinder hat man zu haben“, so hat Thomas Mann eine Normalität beschrieben, die heute nicht mehr so selbstverständlich ist. Und so kommt es, dass man auch eine andere Wahrheit neu entdeckt: Kinder sind die Zukunft eines Landes. Es ist schwer vorstellbar, dass ein Land auf Dauer eine gute Zukunft hat, seinen Wohlstand und seine soziale Sicherheit behaupten kann, wenn jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Investitionen in Kinder sind die besten Zukunftsinvestitionen, die ein Land tätigen kann. Kinder sichern unsere Zukunft.

Die allermeisten jungen Menschen wünschen sich, wenn sie an eine glückliche Zukunft denken, eine verlässliche Partnerschaft, eine Familie mit Kindern und eine gute Arbeit. Und dennoch bleiben diese Lebensentwürfe und Kinderwünsche allzu oft unerfüllt, nicht weil die jungen Frauen und Männer egoistisch nur an sich selbst denken, sondern weil die Verhältnisse so sind wie sie sind. Wir wollen, dass die Träume junger Menschen in Erfüllung gehen können. Wir wollen, dass es wieder mehr Familien gibt in Österreich – und dass es wieder mehr Kinder in den Familien gibt. Wir wollen deshalb ein steuerliches Familiensplitting einführen, damit ab dem ersten Kind mehr bleibt und weiters die Mehrkindfamilie (ab dem zweiten Kind) in besonderer Weise fördern. Das Familiensplitting soll die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgleichen. Familie ist dort, wo Kinder sind. Das Familiensplitting soll daher selbstverständlich auch Alleinerziehenden mit Kindern zugute kommen. Familiensplitting heißt, dass die Anzahl der Kinder mit einer bestimmten Gewichtung in die Berechnung der Einkommenssteuer einbezogen wird. Das bedeutet eine steuerliche und damit eine finanzielle Besserstellung für Familien. Zu diskutieren ist, mit welchem Teilungsfaktor gearbeitet wird. Die Gewichtung kann zu gleichen Teilen erfolgen oder Eltern und Kinder mit unterschiedlichen Faktoren berücksichtigen. Und wir wollen die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

Jedes Kind hat ein Recht auf die optimale Förderung seiner „kleinen“ Persönlichkeit. Bildung von Anfang an ist deshalb das Gebot der Stunde: Sie entscheidet über die Zukunft jedes Einzelnen wie des ganzen Landes. Nie wieder lernen Menschen so leicht, so spielerisch und so selbstverständlich wie in den frühen Jahren. Natürlich sind und bleiben Familien ganz und gar wichtig für die Entwicklung eines Kindes. Aber auch die beste Familie kann einem Kind nicht alles mitgeben, was es für ein erfolgreiches Leben braucht. Deshalb plädieren wir für eine frühkindliche Förderung für alle Kinder mit einem ganzheitlichen Bildungs- und Entwicklungskonzept.

Kinder brauchen Kinder. Immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf. Die natürlichen Orte, wo Kinder mit anderen Kindern spielen und toben, streiten und sich wieder vertragen konnten, auf Straßen und Spielplätzen, sind vielfach den modernen Entwicklungen zum Opfer gefallen. Kinder aus Problemfamilien erleben oft erst im Kindergarten eine anregende soziale Umgebung, erfahren erst dort Respekt und soziale Anerkennung. Betreuung ist deshalb stets mehr als nur „Betreuung“. Der Kindergarten ist ein ganz wesentlicher Ort, wo Kinder die Welt erfahren und wo sie sozial lernen. Es ist oft der erste Ort, wo eine etwaige soziale Benachteiligung durch das Elternhaus ausgeglichen werden kann: So wichtig das Zuhause auch ist,

Wir wollen ein steuerliches Familiensplitting einführen, damit ab dem ersten Kind mehr bleibt und die Mehrkindfamilie (ab dem zweiten Kind) in besonderer Weise fördern.

Familie ist dort, wo Kinder sind. Das Familiensplitting soll daher selbstverständlich auch Alleinerziehenden mit Kindern zugute kommen.

Wir wollen die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

So wichtig das Zuhause auch ist, das soziale Schicksal eines Kindes kann nicht allein von der familiären Umgebung abhängen.

das soziale Schicksal eines Kindes kann nicht allein von der familiären Umgebung abhängen. Und schließlich wollen wir die Kindergärten mehr denn je zu Lerngärten entwickeln, in denen die Kinder gerne sind und spielerisch lernen und die Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Unsere politische Leidenschaft für Kinder wächst aus der Überzeugung: Was in frühen Jahren versäumt wurde, lässt sich später nicht mehr aufholen, nicht für die Kinder und nicht für das ganze Land.

Kinder haben heute ein langes, ein so langes Leben vor sich wie noch niemals zuvor. Es ist die erste Kindheitsgeneration, von denen viele, vielleicht sogar die Hälfte, hundert Jahre und mehr alt werden dürften. Es ist eine andere Kindheit, die wir erleben – und in der bereits vieles für das weitere Leben angelegt ist. So beginnt Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft nicht mit 60, 70 oder 80 Jahren, sondern im Kindergarten: mit dem Lernen der richtigen Ernährung und dem Ausüben von Sport und Bewegung. Man wird im Alter einmal so leben, wie man ein Leben lang gelebt hat. Das gilt nicht nur für die Gesundheit. Viel wird im späteren Arbeitsleben davon abhängen, dass schon die Kleinen gelernt haben, Erfolg haben zu wollen, aber auch verlieren zu können und nach Niederlagen wieder aufzustehen. Das Leben in einer bunten Gesellschaft wird nur dann zivil und produktiv ablaufen, wenn schon die Kinder gelernt haben, mit Anderen und Verschiedenen kooperativ und respektvoll umzugehen.

Für eine – im doppelten Sinne – „gesunde“ Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch im ganzen späteren Leben kommt es auf das Training von geistiger und körperlicher Fitness an, auf individuelle wie soziale Kompetenzen, auf die Einzelnen wie auf die Gemeinschaften, in die sie sich einbringen und von denen sie gefordert und gehalten werden. In diesem Zusammenhang kommt dem Sport und den Sportvereinen eine herausragende Bedeutung zu. In Sportvereinen lernen junge Menschen Werte und soziales Verhalten, die auch sonst in Alltag und Beruf wichtig sind: Respekt und Toleranz, Fairplay und Teamgeist, Sinn für Chancengleichheit und die Identifikation mit Leistungszielen, das Einhalten von Regeln und Phantasie im Spiel.

Wir wollen bereits bei Kindern und Jugendlichen die Voraussetzungen für den Breitensport verbessern. Wir tun das in der Erwartung, dass der organisierte Sport seine wachsende gesellschaftliche Aufgabe erkennt und zum Wohle aller wahrnimmt. Wir denken dabei etwa an die Gesundheitsförderung schon im Kindergarten, an den Beitrag der Sportvereine zur Integration, an passende Angebote zum Mitmachen und zum Engagement für die ältere Generation, an den Sport als Teil einer Infrastruktur für die Familien und als Partner der Schulen. Der Sport, seine Vereine und die Jugendorganisationen wie z. B. Jungchar und Pfadfinder sind Orte des sozialen Miteinanders. Sie geben ganz unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Generationen eine soziale Heimat. Wir wollen diese Vereine und Organisationen als Keimzellen einer ebenso leistungsorientierten wie rücksichtsvollen Gesellschaft.

### **Spielerisch lernen: Der Kindergarten auch als Lerngarten**

Wir sehen im Kindergarten auch einen Lerngarten ohne finanzielle Barrieren. Sein Ziel ist die optimale spielerische Vorbereitung auf den weiteren Lebensweg.

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern wird der Kindergarten in Österreich nicht als integraler Bestandteil des Bildungssystems gesehen. Nach unserer Ansicht ist ein Perspektivenwechsel überfällig. Wir sehen im Kindergarten auch einen *Lerngarten* ohne finanzielle Barrieren. Sein Ziel ist die optimale spielerische Vorbereitung auf den weiteren Lebensweg. Der Kindergarten (in Kooperation mit der Volksschule) ist der richtige Ort für sprachliche, motorische, soziale, soziokulturelle und kreative Frühförderung der Kinder. Durch gezielte Frühförderung können nachteilige Entwicklungsverläufe schneller kompensiert und die soziale und intellektuelle Entwicklung besser gefördert werden. Dieser frühzeitige Kompetenzaufbau durch Lernen in Spiel und Interaktion führt zu mehr Chancengerechtigkeit im späteren Leben.

Wir plädieren deshalb für:

- einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten (Tagesmutter, Krippe) auch für die unter 3-Jährigen;
- ein flächendeckendes Kindergartenangebot für alle 3 bis 6-Jährigen ohne finanzielle Barrieren;
- einen österreichweit kostenlosen Kindergarten ab dem 4. Lebensjahr in der Vormittagsbetreuung und für eine soziale Kostenstaffelung bei der Nachmittagsbetreuung;
- ein zur Erreichung der ganzheitlichen Entwicklungsziele nach Bedarf und regional differenziertes verpflichtendes letztes Kindergartenjahr;
- eine bundeseinheitliche Festlegung hoher Qualitätsstandards in Hinblick auf Bildung, Ausstattung und Gruppengröße in allen Kindergärten;
- einen bundeseinheitlichen Bildungsplan für Kindergärten, damit alle Kinder bei Eintritt in die Schule unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft gleiche Chancen haben (Bildungsplan als österreichisches Bundesrahmengesetz);
- eine umfassende Frühförderung (z. B. Sprachfrühförderung, Sensomotorik, Kreativität und Sozialverhalten) durch geschultes Personal (Kooperation mit Lehrerinnen und Lehrern der Volksschule);
- eine umfassende Beratung für die Eltern (im Mutter-Kind-Pass) und an allen Nahtstellen des Bildungssystems;
- ein verstärktes Einbeziehen der Eltern bei der Spracherwerbsförderung bei Kindern mit Migrationshintergrund;
- Profilentwicklung für Kleinkindpädagogen sowie Ausbildung des Fachpersonals auch auf „universitärer“ Ebene;
- die Einrichtung universitärer Forschungsschwerpunkte im Bereich der Frühförderung;
- Kindergärten als erste Anlaufstelle für Familien, um verstärkte Kooperationen in der Erziehungsarbeit zwischen Eltern und Kindergärten zu ermöglichen;
- zunehmende Vorbereitung der Kinder auf den Schulalltag durch gemeinsame Schnuppertage in der Volksschule.

Es ist an der Zeit, Kindheit neu zu denken. Die Perspektivengruppe sieht in einer neu zu entwickelnden Kinderpolitik, wie sie hier skizziert wird, eine der zentralen Zukunftsaufgaben.

**Der Kindergartenplatz soll ab dem 4. Lebensjahr kostenlos sein.**

## Bildung – Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

Bildung und Wissen sind zum wichtigsten Rohstoff geworden. Das historisch Neue an der gegenwärtigen Situation ist, dass die Zukunft weniger denn je als bloße Fortschreibung der Vergangenheit gedacht werden kann. Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Nie war dieser Satz so richtig wie heute. Nur dass man in der Schule, in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was man im Leben braucht. Offenkundig wird heute vom Bildungssystem erwartet, nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern darüber hinaus – vor allem in den Problembezirken der Städte – auch grundlegende erzieherische und kulturell integrative Arbeit zu leisten; soziale Kompetenzen zu vermitteln, wie sie eigentlich von Elternhaus, Familie und Nachbarschaft zu erwarten sind. Die Auswirkungen dieser Veränderungen für das Bildungswesen sind auch in Österreich erst in Ansätzen ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Die Perspektivengruppe sieht in einem erneuerten, zukunftsorientierten Bildungswesen die Schlüsselfrage dafür, was jemand aus seinem Leben machen kann, den Schlüssel auch für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und dafür, dass es in unserer Gesellschaft gerecht und menschlich zugeht.

Eine Bildungsdebatte, die Organisationsfragen in den Vordergrund stellt, geht am Kern der Herausforderungen vorbei.

Man darf Eltern nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wo die Gesellschaft helfen kann, soll sie das jedoch tun. Wir können unsere Lösungsstrategien nicht über eine Strukturdebatte diskutieren, sondern müssen im Rahmen einer Substanzdebatte von den spezifischen Problemen der Betroffenen ausgehen. Eine Bildungsdebatte, die Organisationsfragen in den Vordergrund stellt, geht am Kern der Herausforderungen vorbei. Wir wollen Bildungspolitik von den Kindern und ihren Bedürfnissen her entwickeln.

### Was Kinder und Jugendliche brauchen

Was müssen Kinder und Jugendliche heute lernen, um ein erfolgreiches Leben zu leben? Das – und nicht die Frage nach der Schulstruktur – ist die entscheidende Zukunftsfrage für unser Bildungswesen. Kinder wachsen in eine offene Zukunft hinein. Ihr Leben ist weniger festgelegt und vorherbestimmt als das früherer Generationen, und das Management des eigenen Lebens erfordert ganz eigene Fähigkeiten und zusätzliche Kompetenzen. Die Kinder von heute sind die erste Generation, die mehrheitlich in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was sie einmal als Erwachsene brauchen werden. Sie müssen deshalb wie bisher in der Schule *Kenntnisse* in den elementaren kulturellen Fähigkeiten erwerben, sie müssen aber auch anders als früher das *Lernen lernen*. Sie müssen wie bisher in der Schule Wissen erwerben, aber auch *soziale Tugenden* trainieren und *Daseinskompetenzen* einüben, ohne die ein erfolgreiches Leben nicht denkbar ist. Damit sind die Fähigkeiten gemeint, mit anderen zu kooperieren, im Team zu arbeiten, sich über den gemeinsamen Erfolg zu freuen, individuelle Anstrengungen und Zusammenarbeit nicht als Gegensatz sondern als Ergänzung zu betrachten. „Daseinskompetenz“ meint die Fähigkeiten, Zeit und Ressourcen wie z. B. Geld einzuteilen, sich Ziele zu setzen, diese über die Zeit durchzuhalten, zu erfahren, dass man durch eigene Anstrengungen etwas erreichen, selbst etwas bewirken kann, kurzum: das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Leistung hat einen persönlichen und einen sozialen Sinn. Wer Leistung verweigert, handelt unsozial.

So werden die alten und oft geschmähten Tugenden wie Fleiß, Lern- und Leistungsbereitschaft, Ehrlichkeit, Ordnung, Zuverlässigkeit, Gründlichkeit, Pünktlichkeit, Selbstdisziplin in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Sie sind notwendig, aber nicht ausreichend. In einer komplexen und unübersichtlichen Welt wird es überdies darauf ankommen, auch in kritischen Situationen zu bestehen und das erworbene Wissen auf kreative Weise zu verknüpfen. Dies verlangt Flexibilität im Denken, Problemlösungskapazität, Kommunikationsfähigkeit, Teambewusstsein, Konfliktlösungskompetenz ebenso wie Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Beides gelingt erfahrungsgemäß jenen Menschen leichter, die keine eindimensionale, sondern eine reiche und vielfältige Persönlichkeit entwickelt haben. Bildung heißt auch, Menschen auf eine Welt vorzubereiten, in der ihnen ständig neue Herausforderungen begegnen werden, und

ihnen die Zuversicht zu geben, diese bewältigen zu können. So betrachtet, sind sportliche und musische, religiöse und spirituelle Bildung kein Luxus, sondern eine ganz praktische Voraussetzung für ein gutes, rundum gelungenes und erfolgreiches Leben.

Veränderte Lebensverläufe verlangen nach einem bunteren Strauß von Kompetenzen. Dazu gehört in einer globalen Welt nicht zuletzt die Fähigkeit, sich mit anderen und auch mit Fremden kulturell zu verständigen. Wir halten es deshalb für notwendig, dass jede Schülerin und jeder Schüler Sprachkompetenz erwirbt, d. h. neben der Muttersprache mindestens eine weitere Sprache lernt. Studentinnen und Studenten sollten unbedingt ein Semester im Ausland studieren. Bildungsgerechtigkeit, wie wir sie in der Perspektivengruppe verstehen, erfordert mehr als eine Art „Grundversorgung“ in Sachen Bildung. Wir wollen nicht, dass es von der Briefftasche der Eltern abhängt, ob ein junger Mensch eine eigene Auslandserfahrung machen kann. In einer globalen Welt sollte der Horizont junger Menschen nicht an den nationalen Grenzen halt machen. Sie müssen heute mehr und anders und Anderes lernen als früher.

Bildung ist die Schlüsselfrage für jeden Einzelnen. Wie das *persönliche Leben* verläuft, hängt ganz wesentlich davon ab, was jemand gelernt hat und im Laufe seines Lebens immer wieder lernt. *Bildung ist die soziale Frage* des 21. Jahrhunderts. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe können nicht mehr allein über nachträgliche Umverteilung sichergestellt werden. Sie entscheiden sich vielmehr über die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird durch das Bildungssystem entschieden. Chancengleichheit muss im Bildungssystem gesichert werden, mehr noch: Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass die formal gleichen Zugangsrechte auch tatsächlich allen offen stehen, aus welchen Schichten und mit welchem Hintergrund sie auch immer kommen mögen. Schließlich ist *Bildung auch die ökonomische Frage* des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute seine Bildungspotenziale brach liegen lässt, fällt morgen wirtschaftlich und sozial zurück.

Das österreichische Bildungssystem hat in der Vergangenheit seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Jetzt steht es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen vor neuen Herausforderungen. Das Bildungssystem von morgen muss die individuellen Begabungen und die

Wir wollen nicht, dass es von der Briefftasche der Eltern abhängt, ob ein junger Mensch eine eigene Auslandserfahrung machen kann.

Woran sich  
Schulen zu  
messen haben:  
Eignung.  
Neigung.  
Leistung.

Leistungsfähigkeit des Einzelnen frühzeitig erkennen und noch gezielter fordern und fördern. Das Bildungssystem von morgen stellt sicher, dass keines unserer Kinder am Bildungsweg verloren geht. Es bereitet auf lebensbegleitendes Lernen, auf das spätere Leben sowie auf eine dynamische, sich verändernde Lebens- und Arbeitswelt vor. Es zeichnet sich aus durch Leistungsorientierung, Qualität und soziale Offenheit sowie durch ein vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Bildungsangebot nach der Maxime: kein Abschluss ohne Anschluss. Kein Abschluss darf in eine Sackgasse führen. Wir wollen eine differenzierte Vielfalt und eine flexible Differenzierung im Bildungswesen. Wir wollen mehr Wahlfreiheit der Eltern und der Schülerinnen und Schüler, ihre Schule selbst zu wählen und mitzugestalten. Eine Einheitsschule, in welcher Form auch immer, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Brücken bauen und Übergänge erleichtern: zwischen Kindergarten und Volksschule, zwischen schulischer Bildung und beruflicher Bildung und zwischen Beruf und Fachhochschule oder Universität. Wir wollen, dass eine Meisterprüfung ebenso wie die Matura zum Studium an einer Hochschule berechtigt. Allfällige spezielle Qualifikationen für einzelne Studien sind studienbegleitend zu erwerben.

### **Ein neues Leitbild für die Schule: Kompetenz, Individualisierung und Autonomie**

Es sind drei durchgängige Prinzipien, die nach unserem Verständnis den nationalen Bildungsrahmen prägen:

Eine Einheitsschule,  
in welcher Form  
auch immer,  
lehnen wir ab.

- *Kompetenz* als mehrdimensionaler Bildungsbegriff aus Wissen, Können und Haltungen und als Grundlage für eine transparente und faire Leistungsbeurteilung;
- *Individualisierung* als Focus aller Bildungsbemühungen, die Begabung und Interessen, die Neigungen und Lerngeschwindigkeit individuell frühzeitig zu erkennen und zu fördern;
- *Autonomie*, was bedeutet, dass zwar das Ziel und die Ergebnisse national vorgegeben und gesteuert, formuliert und evaluiert werden, der Weg zur Zielerreichung aber der Schule überlassen bleibt. In der Verantwortungsschule müssen Schulgemeinschaften, d. h. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler, gemeinsam mehr Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Wir bekennen uns zur staatlichen Verantwortung für die Schulen. Kern unseres Schulwesens ist ein voll leistungsfähiges, kostenfreies öffentliches Schulwesen. Aber deshalb müssen Schulen nicht wie staatliche Anstalten betrieben werden. Wir bekennen uns auch zu den Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Diese sollen insbesondere bei der personellen Ressourcenzuteilung den öffentlichen Schulen gleichgestellt sein. Wir wollen, dass die Schulen – nach dem Prinzip der Subsidiarität – möglichst viel Autonomie und Freiheit erhalten. Autonomie bedeutet nicht einfach den Rückzug des Staates, sondern eine Neubestimmung seiner Aufgaben. Der Staat setzt die Bildungsziele und garantiert mit Erfolgskontrollen die Qualität. Den Weg zum Ziel überlässt er den Schulen. Die Steuerung der Schulen geschieht über Bildungsstandards und Zielvorgaben einerseits und eine regelmäßige Evaluierung durch externe Instanzen andererseits, die öffentlich bekannt gemacht wird. Mehr Freiheit führt zu mehr Verantwortung bei dem Schulmanagement wie bei den Lehrerinnen und Lehrern und zu mehr Engagement bei den Eltern wie bei den Schülerinnen und Schülern. Die selbstständige ist auch eine verantwortliche Schule, die nach ihren Erfolgen oder Misserfolgen öffentlich beurteilt – und besucht wird. Der Staat zahlt und lenkt. Eltern wählen und übernehmen Erziehungsverantwortung. Schulen wetteifern miteinander und erhalten transparent die notwendigen Ressourcen. Das Niveau steigt. Alle haben etwas davon.

### **Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler – und die Qualität der Schule**

Mehr Autonomie für die Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für ihren Erfolg. Internationale Vergleiche zeigen, dass Fragen der Schulform nicht die entscheidende Rolle spielen. Viel wichtiger ist es, ob Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler die Schule als ihre eigene, gemeinsame Angelegenheit begreifen und sich entsprechend engagieren. Es gibt Länder und Schulen, da herrscht so etwas wie ein System der organisierten Verantwortungs-

losigkeit: Jeder schiebt die Verantwortung auf den anderen, die Lehrerinnen und Lehrer auf die Eltern und Familien, die Eltern auf die Lehrerinnen und Lehrer und beide auf die Kinder oder auf das Fernsehen. Und es gibt Länder und Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer zusammenarbeiten, die Schule als ein gemeinsames Projekt begreifen und wo alle durch ein gemeinsames Ziel verbunden sind: Sie wollen eine gute Schule machen, getreu dem Motto: Es gibt keine schlechten Schülerinnen und Schüler, es gibt nur schlechte Schulen. Wir wollen eine Schule, die von den Beteiligten und Betroffenen so weit wie möglich in eigener Regie und Verantwortung als gemeinsames Werk gestaltet wird, eine Nachbarschaftsschule der neuen Art, die offen in die lokale Gesellschaft hinein ist und Handwerkerinnen und Handwerker, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und der Kultur einlädt, die Schule und den Unterricht zu bereichern.

Wir wollen eine Schule, die von den Beteiligten und Betroffenen so weit wie möglich in eigener Verantwortung gestaltet wird, eine Nachbarschaftsschule der neuen Art.

*Lehrerinnen und Lehrer* verdienen mehr Anerkennung und mehr Vertrauen. Ihre Aufgabe ist in der heutigen Zeit schwieriger geworden. Aufgabe und Status der Lehrerinnen und Lehrer rechtfertigen in jedem Falle eine Professionalisierung durch eine akademische Ausbildung, erfordern eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis und schließen das Recht und die Pflicht zu einer jährlichen Fort- und Weiterbildung ein. Wir wollen, dass Schulen und Lehrerinnen und Lehrer in der Gestaltung des Unterrichts mehr Spielraum haben. Sie sollen sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können und dort, wo es geboten ist, durch eigene Kräfte der Schulsozialarbeit unterstützt werden. Die Neugestaltung und Aufwertung der pädagogischen Akademien zu pädagogischen Hochschulen ist ein wichtiger Schritt, um die Neuorientierung der Schulen zu bewältigen. Transparente und synchronisierte Ausbildungsstandards sind weitere Ziele für die Schule von morgen.

Lehrerinnen und Lehrer verdienen mehr Anerkennung und mehr Vertrauen. Ihre Aufgabe ist in der heutigen Zeit schwieriger geworden.

*Schülerinnen und Schüler* haben Rechte und Pflichten. Sie haben Anspruch darauf, optimal gefördert zu werden. Mehr als bisher ist darauf zu achten, dass besondere Begabungen erkannt und in besonderer Weise gefördert werden. Wir sehen keinen Gegensatz der Hochbegabtenförderung zu besonderen Hilfen für Benachteiligte. Gute Schulen zeichnen sich durch ein soziales Miteinander aus. Starke Schülerinnen und Schüler helfen den Schwächeren und entwickeln so auch ihre eigene Persönlichkeit. Schülerinnen und Schüler haben Verantwortung füreinander, für den Geist der Schule und nicht zuletzt für die alltägliche Ordnung. Regeln und Schulordnung müssen plausibel sein, mit den Schülerinnen und Schülern erörtert, dann aber auch konsequent durchgesetzt werden.

*Eltern* sind Partner der Schule und mitverantwortlich für deren Erfolg. Sie sollen stärker als bisher einbezogen werden. Die Schule muss in die Lage versetzt werden, zusätzliche Angebote bereit zu stellen, von der Ganztagsbetreuung über die Berufsberatung der Schülerinnen und Schüler bis hin zur Erziehungs- und Bildungsberatung der Eltern.

## **Grundlagen verlässlich legen: Volksschule**

Volksschulen sollen in Zukunft darauf aufbauen können, dass alle Kinder bei Schuleintritt über eine durch Bildungsstandards gesicherte Schulreife verfügen. Die Volksschule von morgen baut auf der Frühförderung in den Kindergärten auf. Diese soll mangelnder Schulreife bei Eintritt der Schulpflicht vorbeugen.

Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse müssen ausreichende Deutschkenntnisse sein.

Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse müssen deshalb ausreichende Deutschkenntnisse sein und die Fähigkeit, dem Unterricht folgen zu können. Am Ende der Volksschule muss jedes Kind lesen, schreiben, rechnen und reden können.

Wir wollen ein Upgrade der Volksschule zu einer integrativen Grundlagenschule und setzen uns deshalb ein für:

- bundesweit einheitliche Vorverlegung der Schuleinschreibung um ein Jahr, damit mangelnde Schulreife frühzeitig erkannt und behoben werden kann. Im letzten Jahr vor Schuleintritt

können individuelle Förderprogramme angeboten werden, um die Kinder auf die Volksschule vorzubereiten;

- bundesweite Definition von Mindeststandards für den Schuleintritt (Unterrichtssprache, Sensomotorik, Kreativität und Sozialkompetenz). Werden die Mindeststandards bei bereits schulpflichtigen Kindern nicht erreicht, ist eine verpflichtende Vorschulklasse vor Eintritt in die 1. Klasse Volksschule vorzusehen. Dies gilt insbesondere für die sprachliche Reife;
- Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Kleingruppen. Betreute Übergangsphasen und Übergangsklassen sollen künftig die kulturelle, sprachliche und lehrplanbezogene Integration fördern;
- der überwiegende Teil der Unterrichtszeit soll wie bisher in einer gemeinsamen Klasse mit einer Lehrerin oder einem Lehrer stattfinden. Zusätzlich soll individuelle Frühförderung am Schulstandort in Fächern wie Musik, Englisch, Sport und Bildnerische Erziehung durch einschlägig ausgebildete Fachpädagoginnen und Fachpädagogen bzw. durch Volksschullehrerinnen und -lehrer mit Zusatzausbildung gewährleistet werden;
- bilingualer Unterricht soll vermehrt angeboten und die Zusatzausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für diesen Unterricht gefördert werden. Der Unterricht soll unter zusätzlichem Einsatz von Nativespeakern als Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten erfolgen;
- Förderung der Mehrsprachigkeit (Unterrichtssprache Deutsch und Muttersprache);
- für Kinder, die Bildungsziele nicht erreichen, sind entsprechende schuleigene Förderangebote anzubieten, etwa Sommerkurse für Schülerinnen und Schüler;
- Festlegung bundesweit einheitlicher und transparenter Bildungsstandards, die in der 3. Schulstufe intern und extern evaluiert wird;
- Sicherstellung der schulischen Infrastruktur im Ländlichen Raum durch die Möglichkeit, die ersten sechs Schulstufen gemeinsam anzubieten, wobei die letzten beiden Jahre bereits von Hauptschul- bzw. Gymnasiallehrerinnen- und -lehrern unterrichtet werden;
- Professionalisierung der Bildungsberatung an der Schnittstelle von Volksschule und Mittelstufe mit dem Ziel, dass Eltern und Kinder den individuell besten Schultyp wählen können;
- Schaffung der Möglichkeit eines 5. Volksschuljahres für Kinder mit Förderbedarf statt frühzeitigem Aufstieg in die Mittelstufe ohne entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten.

### **Mehr Durchlässigkeit ab 10 Jahren**

Eine Bildungsdebatte, die sich in ihrem Schwerpunkt allein auf die Frage einer zentralisierten Gesamtschule für 10 bis 14-Jährige konzentriert, greift aus unserer Sicht zu kurz und verkennt die wirklichen Probleme. Je vielschichtiger die Herausforderungen, je individueller die Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, desto weniger sind Einheitslösungen taugliche Antworten.

Im europäischen Vergleich trennen sich die Bildungswege der Pflichtschülerinnen und -schüler in Österreich früh. Österreich schafft mit dem differenzierten Bildungsangebot, das damit die weltweit einzigartige Berufsbildung sowie das duale Ausbildungssystem für Lehrlinge ermöglicht, hervorragende Chancen für die Jugend. Geringe Jugendarbeitslosigkeit, gute Jobchancen für unsere Kinder und Jugendlichen sind das Ergebnis unseres vielfältigen, modernen Angebots für unsere 10 bis 19-Jährigen.

Allerdings steht das österreichische Bildungssystem aufgrund der relativ kurzen gemeinsamen schulischen Bildung von vier Jahren insbesondere an den Übergängen von der Volksschule in die Mittelstufe und von der Mittelstufe in die Oberstufe/Lehre vor steten Herausforderungen hinsichtlich seiner Durchlässigkeit.

Während im Ländlichen Raum großteils hervorragende Hauptschulen und Gymnasien nebeneinander ein reichhaltiges Bildungsangebot bereitstellen (immerhin kommen bundesweit 50 % der Maturanten über die Hauptschule), werden in städtischen Ballungszentren (insbesondere in Wien) AHS-Standorte zu undifferenzierten Gesamtschulen ohne Leistungsgruppen und ohne individuelle Begleitung und Unterstützung, während die Hauptschulen an Attraktivität, Niveau und damit an Nachfrage verloren haben. Von Chancengerechtigkeit kann keine Rede

Je vielschichtiger die Herausforderungen, je individueller die Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, desto weniger sind Einheitslösungen taugliche Antworten.



sein. Wir wollen das bestmögliche Bildungssystem, in dem jeder junge Mensch seine Chancen bestmöglich verwirklichen kann, d. h. Aufwertung der Hauptschulen und Schutz der Gymnasien vor der Abschaffung im Rahmen der Gesamtschule.

**Aufwertung der Hauptschulen und Schutz der Gymnasien vor der Abschaffung im Rahmen der Gesamtschule.**

### *Gemeinsamer Kernbereich und sichere Bildungsstandards in der Mittelstufe*

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen ein Bildungsniveau erreichen, das ihnen optimale Chancen auf eine weiterführende Ausbildung eröffnet. Ziel ist es, alle Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe in den zentralen Bildungsinhalten auf einen Bildungsstandard der 8. Schulstufe zu bringen. Schülerinnen und Schüler, die mehr Zeit zur Erreichung dieses Bildungszieles benötigen, sollen im Rahmen einer Orientierungsstufe künftig bis zu zwei weitere Jahre Zeit erhalten, die bestehenden Standards zu erreichen. Die hohe Abbrecherquote von rund 15 % ist zu senken, um jedem Jugendlichen eine Chance für sein Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen Begabte die Chance erhalten, nach ihrem individuellen Lerntempo leistungsgerecht unterrichtet zu werden. Eltern, Schülerinnen und Schüler sollen in Zukunft in der Mittelstufe in ganz Österreich verstärkt zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Angeboten wählen können.

In allen Bildungsangeboten der Mittelstufe soll es einen gemeinsamen, allgemeinbildenden Fächerkanon mit Bildungsstandards geben. Kindern und Eltern soll ein breites, vergleichbares Bildungsangebot zur Entfaltung der verschiedenen Interessen und Begabungen zur Auswahl stehen.

Es muss sichergestellt werden, dass Kindern aller Schulen eine reibungslose und sichere Übertrittsmöglichkeit in die differenzierten Schulstufen der Oberstufe geboten wird.

**Kindern aller Schulen muss eine reibungslose und sichere Übertrittsmöglichkeit in die differenzierten Schulstufen der Oberstufe geboten werden.**

Wir fordern deshalb:

- Verbesserung und Erhalt der Gymnasien (AHS) als allgemeinbildenden Bildungsweg (Mittelstufe und Oberstufe);
- Stärkung der Hauptschule als berufsbildende und lehrberufsausbildende Mittelstufe mit absoluter Durchlässigkeit;
- Implementierung eines neuen Lehrplans, um die bestehenden Kern- und Erweiterungsbereiche der Mittelstufe weiter zu verbessern;
- darüber hinaus soll jeder/jede die Möglichkeit erhalten, berufsbegleitend die Bildungsstandards der 8. Schulstufe durch maßgeschneiderte Kursangebote im schulischen Bereich zu erreichen;
- neue Formen der inneren Differenzierung für alle Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden und allgemeinbildenden Mittelstufe;
- Ausbau der Begabtenförderung auf der Basis der individuellen Potenzial- und Stärkenorientierung;
- Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Kleingruppen;
- Ausbau eines attraktiven naturwissenschaftlich/technischen, kaufmännischen und humanberuflichen Bildungsangebots im Rahmen der Schulautonomie (Verstärkung des Schulprofils – autonome Regelungsmöglichkeiten);
- stärkere Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch Ausbau der Individualpädagogik und Sicherstellung der Rahmenbedingungen.

### *Kein Jugendlicher ohne Abschluss: Oberstufe oder Lehre*

Das höchste Arbeitslosenrisiko haben jene, die nur die Pflichtschuljahre absolviert haben, aber über keinen Bildungsabschluss verfügen oder aber Leistungsschwächen in einzelnen Fächern aufweisen. Personen ohne abgeschlossene berufliche Erstausbildung sind am Arbeitsmarkt

schwerwiegend benachteiligt. Sie scheitern in aller Regel an den Anforderungen der Erstausbildung. Antworten auf diese Herausforderungen sind nur durch Anpassung und Modernisierung des gesamten Schul- und Ausbildungssystems möglich.

In Zukunft soll es keine Jugendlichen ohne Abschluss geben. Neben einer fundierten Grundausbildung hat jeder Jugendliche in Österreich das Recht auf eine berufliche Ausbildung. Daher treten wir für die Umsetzung der Bildungsgarantie für unsere Kinder und Jugendlichen ein. Jugendliche brauchen eine ehrliche Perspektive für ihr weiteres Leben. Jeder junge Mensch soll sich darauf verlassen können, dass bis zum 18. Lebensjahr ein Ausbildungsplatz auf individuell optimalem Niveau bereitsteht. Diese Bildungsgarantie sind wir der jungen Generation schuldig. Dabei gehört die duale Ausbildung auch gestärkt. Jedem Kind seine Chance, seine Berufsqualifikation.

**In Zukunft soll es keine Jugendlichen ohne Abschluss geben.**

Die Zahl der Dropouts muss in der Oberstufe weitestgehend gesenkt werden: einerseits durch verbesserte Bildungsberatung vor der 9. Schulstufe, andererseits, indem qualitätsgesicherte Umstiegsmöglichkeiten unter Anrechnung von Lernzeiten und Lernergebnissen zwischen und innerhalb der Oberstufe bzw. der dualen Ausbildung eingerichtet werden. Vergleichbare Gegenstände, Lerninhalte und Ausbildungsbereiche sollen anerkannt werden. Dadurch soll der Wechsel von einer Schulart bzw. Ausbildung in die andere erleichtert werden. Individuelle Förder- und Stützprogramme sollen ausgebaut werden, um den Dropout möglichst gering zu halten.

Wir fordern deshalb:

- Die Möglichkeiten der Kombination von Lehre und (Berufs-)Reifeprüfung sollen erweitert werden. Im Rahmen der Lehrlingsausbildung soll unter Anrechnung von schulischen Vorkualifikationen in der Berufsschule eine weitgehend kostenlose Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung ermöglicht werden. Die bestehende Notwendigkeit der Berufspraxis vor Ablegung der Berufsreifeprüfung bleibt aber bestehen, um die internationale Anrechenbarkeit dieses Abschlusses zu gewährleisten.
- Auch für Erwachsene soll es möglich sein, Schulabschlüsse aller Bildungsangebote der Mittelstufe und Oberstufe in modularen Systemen in öffentlich finanzierten Bildungseinrichtungen und an Schulen gebührenfrei berufsbegleitend nachholen zu können. Auch die Berufsreifeprüfung soll auf dieser Basis nachgeholt werden können.
- Jugendliche, die keinen Lehrvertrag bekommen und nicht den Weg der Oberstufe beschreiten wollen, können bei entsprechender Eignung die praktischen Ausbildungsteile in geeigneten Einrichtungen (z. B. Werkstätten) erwerben. Die Berufe und Kapazitäten werden in Abstimmung mit der Wirtschaft festgelegt.
- Die Curricula der berufsbildenden Schulen sollen durch Fachhochschulen und Universitäten in facheinschlägigen weiterführenden Studien zeitlich und inhaltlich angerechnet werden.
- Bei Jugendlichen, die sich eine Ausbildung aus finanziellen Gründen nicht leisten können, soll eine weitergehende Unterstützung zur Erreichung des von ihnen angestrebten Bildungsziels geprüft werden.

Eine verbesserte Lehrlingsausbildung muss Hand in Hand gehen mit einer Mindestlehrlingsentschädigung. Derzeit verdienen Lehrlinge in verschiedenen Branchen unterschiedlich viel (Lehrling im Baugewerbe bis zu 700 Euro, Zahntechnikerlehrling nur 230 Euro). Das ist nicht fair und gerecht. Daher fordern wir eine Mindestentschädigung für Lehrlinge, die jedenfalls bei 500 Euro liegen muss.

Das Ziel unserer Bildungspolitik ist die bestmögliche Ausbildung für jeden. Am Beginn der Industrialisierung wurde die Daseinsvorsorge zu einer zentralen Aufgabe des Staates, vom Wasser und Strom über Hygiene und Gesundheit bis hin zur sozialen Sicherheit. Heute, am Beginn einer globalen Wissensgesellschaft, ist die Bildungsvorsorge von einer ähnlichen epochalen

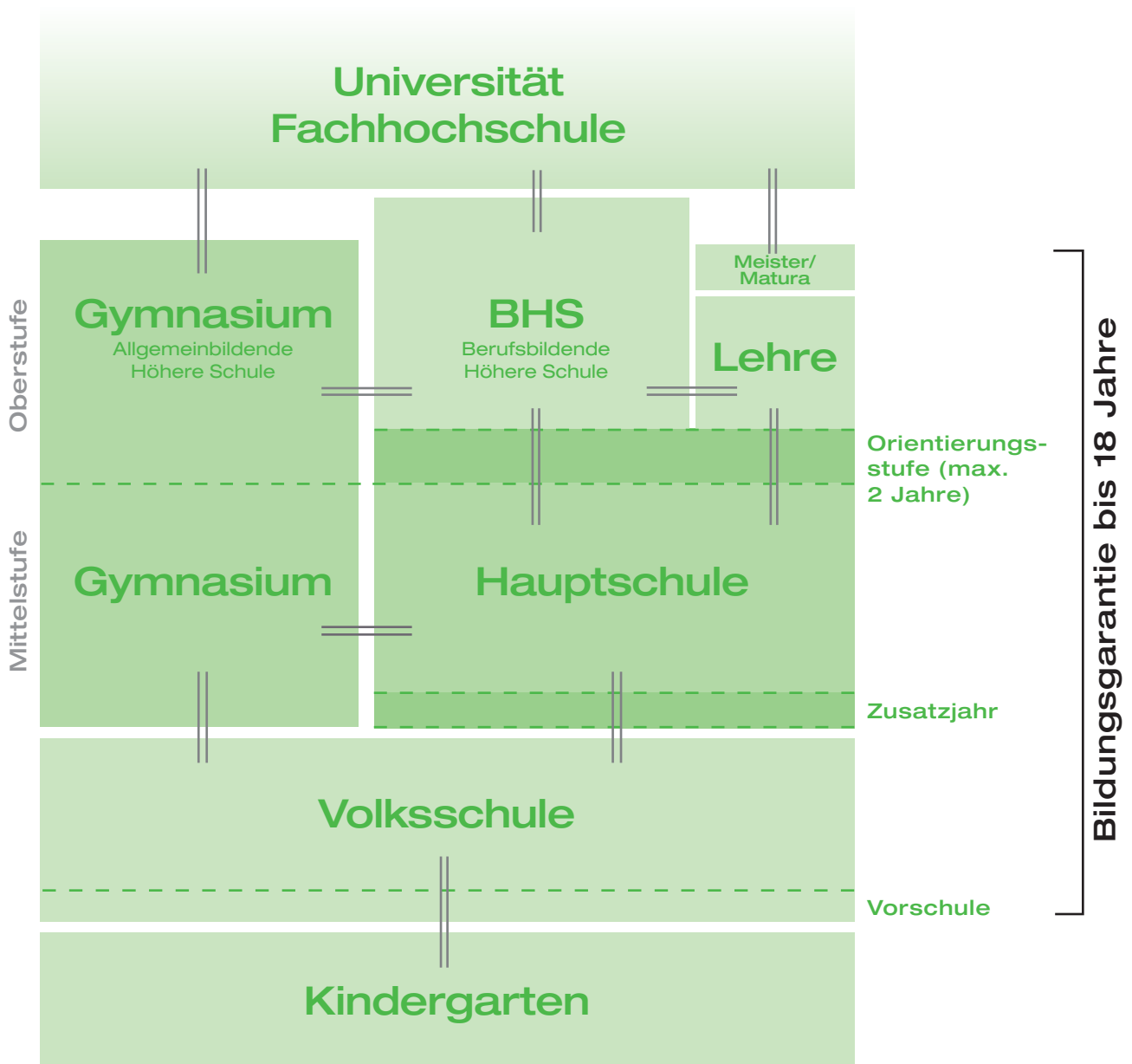
**Bildungsgarantie: Für jeden jungen Menschen muss bis zum 18. Lebensjahr ein Ausbildungsplatz bereitstehen.**

**Wir fordern eine Mindestentschädigung für Lehrlinge, die jedenfalls bei 500 Euro liegen muss.**

Bedeutung. Der Staat hat die Rahmenbedingungen für Qualität zu schaffen und dafür zu sorgen, dass niemand aus finanziellen Gründen draußen vor der Tür bleibt. Auch die Sozialpartner sind in der Pflicht, an der Bildungsvorsorge für eine veränderte Arbeitswelt mitzuwirken. Jeder Einzelne muss sich anstrengen. Im Interesse der jungen Menschen brauchen wir eine sozial verantwortliche Leistungskultur.

Das zukünftige Bildungssystem muss sicherstellen, dass alle die Chance auf die individuell höchste Qualifikation vorfinden und Durchlässigkeit zum tertiären Bildungsbereich (Fachhochschulen und Universitäten) gegeben ist. Wir schlagen deshalb vor, dass ein Übergang zum tertiären Bildungsbereich ohne Hürden gegeben ist, ausgehend vom Abschluss

- der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen;
- der Oberstufe der Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (HAK, HAS, HTL, HBLA etc.);
- der Lehrausbildung mit der Meisterprüfung.



## Wissenschaft und Forschung – Innovation und Reflexion

Die Gesellschaft als Ganzes hat ein hohes Interesse an einer prosperierenden Wissenschaft, und die Wirtschaft braucht laufend neues Wissen und neue Erkenntnisse, um im internationalen Wettbewerb bestehen und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Deshalb plädiert die Perspektivengruppe zum einen dafür, den neuen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung zu erkennen und der Erkenntnis auch Taten folgen zu lassen, wendet sich aber zum anderen gegen eine kurzsichtige Instrumentalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, die nur das gelten lässt und fördert, was sich morgen scheinbar schon rechnet. Aus der Natur von Wissenschaft und Forschung folgt, dass sie nicht stromlinienförmig auf den direkten Nutzen programmiert werden können.

### *Bildung durch Wissenschaft – Wissenschaft als Produktivkraft*

Bildung, Wissenschaft und Forschung tragen ihren Sinn und Zweck in sich selbst. Wer nur auf den Nutzen schießt, wird auch diesen verfehlen. Gerade in einer unübersichtlichen Welt mit rasanten Entwicklungen gewinnen Allgemeinbildung, Grundlagenforschung und auch Orientierungswissen eine neue Bedeutung. Wahr ist aber auch: Forschung, neue Ideen und ihre Anwendung in neuen Produkten sichern unseren Wohlstand und damit auch unsere soziale Sicherheit. Die Perspektivengruppe wendet sich auch hier gegen ein falsches Entweder-Oder-Denken. Wir plädieren stattdessen für gemeinsame Anstrengungen aller Akteure, des Bundes und der Bundesländer, der Unternehmen und der Hochschulen, um die führende Position des Forschungs- und Technologiestandortes Österreich weiter auszubauen.

Wenn die Forschung und die Gesellschaft sich bewegen, dann muss sich auch das Wissenschaftssystem bewegen. Wir möchten auf die wichtigsten Dimensionen aufmerksam machen, in denen sich die Hochschullandschaft unserer Meinung nach bewegen muss. Die Stichworte dazu lauten: Bildung durch Wissenschaft, Transdisziplinarität, Wirtschaft und Gesellschaft, Fachhochschulen und Weiterbildung sowie Internationalisierung und lokale Verantwortung.

Die Perspektivengruppe plädiert für einen höheren Stellenwert der Wissenschaft und ihrer Institutionen im öffentlichen Bewusstsein. Damit meinen wir mehr als finanzielle Zuwendungen und wir verstehen Wissenschaft auch nicht als Instrument, als „Zulieferer“ für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir halten fest an dem Gedanken „Bildung durch Wissenschaft“. Im wissenschaftlichen Prozess werden Grundhaltungen und auch Tugenden eingeübt, die auch für die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung sind und deshalb eine Ausstrahlung haben sollten: Wahrhaftigkeit und ein Sinn für Qualität, Skepsis, Bescheidenheit, die Bereitschaft zu lernen und sich von anderen überzeugen zu lassen. Wir wollen die Wissenschaft auch in ihrer aufklärerischen Funktion und die Universitäten als Orte, wo die Gesellschaft über sich selbst nachdenkt.

Die Wissenschaften haben sich ausdifferenziert, die verschiedenen Disziplinen verselbstständigt. Arbeitsteilung und Spezialisierung waren auch hier Wege zum Fortschritt. Keiner will das rückgängig machen. Niemand kann aber auch leugnen: Wenn die aufregenden Fragen und Probleme an den Schnittstellen entstehen (vom Klimawandel über die Integration bis zur Gentechnik), die Disziplinen sich aber abschnitten, dann leidet die Erkenntnis genau so darunter wie ein vernünftiges politisches Handeln. Die Perspektivengruppe regt an, über akademische und gesellschaftliche Orte nachzudenken, die Transdisziplinarität zu ihrem Programm machen.

Die Wissenschaft hat nicht nur eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für die Reflexion der Gesellschaft über sich selbst. In beiderlei Hinsicht ist es notwendig, dass immer wieder Neues gedacht wird und nicht immer nur das Gewohnte und Gewünschte. Die Perspektivengruppe leitet daraus eine doppelte Anregung ab, nämlich zum einen nach neuen gemeinsamen Wegen der Planung und Finanzierung – etwa über ein weiterentwickeltes Stiftungsrecht – von Forschungsvorhaben durch Staat und Wirtschaft zu suchen und zum anderen sich in den Hochschulen, aber auch in der Hochschulpolitik, zu überlegen, wie

Bildung, Wissenschaft und Forschung tragen ihren Sinn und Zweck in sich selbst. Wer nur auf den Nutzen schießt, wird auch diesen verfehlen.

Die Perspektivengruppe regt an, über akademische und gesellschaftliche Orte nachzudenken, die Transdisziplinarität zu ihrem Programm machen.

die Bedeutung und Eigenständigkeit der Kultur- und Geisteswissenschaften deutlich gemacht werden könnte.

Wir in der Perspektivengruppe wollen, dass sich die Universitäten und Hochschulen auf ihre eigentlichen, auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: Wissenschaft und Forschung und Ausbildung dort, wo spätere Berufe wissenschaftliche Ausbildung erfordern. Das aber setzt neue Formen der Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und deren massiven Ausbau voraus, die in einem solchen Verständnis weite Teile der Ausbildung übernehmen könnten; auch hier braucht es mehr Flexibilität und Durchlässigkeit. Beide, Universitäten wie Fachhochschulen, haben sich bisher zu wenig um Angebote für berufsbegleitende Weiterbildung gekümmert. Mit dem Angebot eines „Seniorenstudiums“ ist es hier nicht getan. Die Perspektivengruppe hält ein gemeinsames Projekt von Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern, von Hochschulen und Fachhochschulen für überfällig, wie die (Fach-)Hochschulen systematisch zertifizierungsfähige Angebote machen können für Berufstätige in der Mitte des Lebens.

Beide, Universitäten wie Fachhochschulen, haben sich bisher zu wenig um Angebote für berufsbegleitende Weiterbildung gekümmert.

Wir wollen die Universität nicht als einen „Elfenbeinturm“, sondern eingebettet in die internationale wie in die städtische und soziale Umgebung. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil. Unsere Universitäten müssen attraktiv werden für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt. Und sie müssen attraktiv werden für ihre möglichen „Kundinnen und Kunden“ auch aus den bildungsfernen Schichten. Erfahrungen aus anderen Ländern (z. B. rund um die London School of Economics) zeigen: Es sind nicht Studiengebühren, sondern es ist die ihnen ferne, „fremde“ Welt, die potentielle Studentinnen und Studenten aus den Arbeiterschichten von der Universität fernhält.

Es geht darum, das Besondere der Bildung und der Wissenschaft, der Schulen und der Hochschulen zu bewahren, aber es doch für alle zugänglich und offen zu halten.

#### *Tertiäre Bildung: Universitäten und Fachhochschulen stärken*

Universitäten und Fachhochschulen spielen eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung der modernen Gesellschaft und für die Sicherung des Wohlstands. Da Investitionen in Bildung und Forschung unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft darstellen, müssen die Strukturen im tertiären Bereich weiter optimiert werden. Wir von der Perspektivengruppe sind für den freien Zugang zu Universitäten. Qualitätsstandards für den Universitätszugang sind mit dem schulischen Bereich abzustimmen. Allenfalls spezifische Qualitätsstandards sind in ergänzenden Kursen zu erreichen. Es müssen die Voraussetzungen soweit verbessert werden, dass kein versteckter Numerus clausus praktiziert wird. Zugangsprobleme mit europäischen Studentinnen und Studenten müssen grundsätzlich auf europäischer Ebene und nicht zu Lasten österreichischer Studentinnen und Studenten gelöst werden. Eine Ressourcensteuerung sollte lediglich über Stipendien und eine optimale Bildungsberatung erfolgen.

Zugangsprobleme mit europäischen Studentinnen und Studenten müssen auf europäischer Ebene und nicht zu Lasten österreichischer Studierender gelöst werden.

Mit dem Universitätsgesetz 2002 wurde ein weitreichender Reformprozess für die Weiterentwicklung und Wahrung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Universitätslandschaft initiiert. Durch die Schaffung von Globalbudgets und Leistungsvereinbarungen wurde die Grundlage für eine moderne Finanzierung der Universitätslandschaft in Österreich geschaffen. Die Universitäten sind zu motivieren und zu unterstützen, von ihrer gewonnenen Autonomie beim Einsatz dieser Instrumente intensiven Gebrauch zu machen.

Wir haben uns in der Perspektivengruppe an dem Ziel orientiert, die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Universitäten und Fachhochschulen im europäischen wie im internationalen Kontext zu stärken. In diese Richtung sind weitere Schritte zu setzen. So ist die Steigerung der Investitionen für den tertiären Bildungssektor auf zumindest 2 % des BIP vorzunehmen und der tatsächliche Anteil am Budget der Universitäten, der von diesen durch besondere Leistungen erbracht wird, zu steigern.

Im Einzelnen plädieren wir für

*bessere Studienbedingungen*, um möglichst in Mindeststudienzeit studieren zu können:

- transparente Studienprofile bei Bachelor- und Masterstudien;
- Bachelorstudien sollen verstärkt berufsvorbereitend ausgerichtet werden;
- auf Bachelorstudien unmittelbar – oder auch später – folgende Masterstudien sind weiterbildend im Sinne einer fachlichen Erweiterung, Vertiefung oder Spezialisierung. Sie sind nach Möglichkeit auch berufsbegleitend zu organisieren;
- Verbesserung der Aufbau- und Anschlussfähigkeit durch verstärkte qualitätssichernde Anerkennung und Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen dem Fachhochschul- und Universitätsbereich;
- Erstellung einer Gesamtstrategie für die Entwicklung aller Studienangebote nach dem Muster des Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplans;
- Doktorats- bzw. PhD-Studien dienen der eigentlichen wissenschaftlichen Ausbildung für junge Forscherinnen und Forscher.

*bessere Vereinbarkeit* von Studium und Beruf:

- verstärktes Angebot an berufsbegleitenden weiterführenden Masterstudien nach dem Muster des Fachhochschulwesens sowie zusätzliche E-Learning Angebote;
- Ausweitung des Lehrveranstaltungs- und Serviceangebots an Abenden, Wochenenden sowie in Blockform, insbesondere auch die derzeit studienfreien Zeiten;
- nachgewiesene Qualifikationen sollen allein nach Maßgabe der Gleichwertigkeit im Studium anerkannt werden. Leistungen, die an Hochschulen, einer anerkannten postsekundären Bildungseinrichtung, im Erwerbsleben oder in der beruflichen Erwachsenenbildung erworben wurden, sollen in Zukunft gleichgestellt sein. Studierleistungen, die an inländischen Hochschulen erbracht wurden, sollen mindestens ebenso leicht angerechnet werden wie jene, die an einer ausländischen Hochschule im Rahmen von Auslandsaufenthalten und der Teilnahme an Austauschprogrammen erbracht wurden.

Postgraduale Ausbildungen gewinnen im internationalen Wirtschaftsleben immer mehr an Bedeutung. Schlüsselqualifikationen für erfolgreiches Management werden von internationalen Spitzenkräften beim Einstieg bzw. Aufstieg in Unternehmen zunehmend erwartet. Österreich muss sich auch auf diesem Ausbildungsniveau verstärkt profilieren.

Unser Ziel ist es, vom Kindergarten bis zur Hochschule ein Bildungssystem zu schaffen, das allen faire Chancen und gute Perspektiven für ihr Leben gibt.

## Perspektiven für die Arbeits- und Aufstiegs-gesellschaft

Die Menschen werden in Zukunft anders leben, anders lernen – und anders arbeiten. Es geht uns nicht die Arbeit aus, sie verändert sich nur. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft besteht darin, dass alte Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen und dass die neuen Arbeitsplätze meist anspruchsvoller sind als die alten. Das war übrigens in der Geschichte der Menschheit immer so, sonst würden wir noch immer die Ernte auf unseren Feldern händisch einfahren. Es ist kein Drama, dass uns jene Arbeit ausgeht, die lange Zeit auch Last und Fron bedeutet hat. Ein Drama würde allerdings daraus, wenn wir nicht den Mut aufbringen, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen – und wenn wir die Chance verpassen, neue Arbeit zu schaffen und aus fremdbestimmter Arbeit eine sinnstiftende Tätigkeit zu machen.

Es geht uns nicht die Arbeit aus, sie verändert sich nur.

### Von der alten zur neuen Arbeit

Die Alterung der Gesellschaft wird auf den Arbeitsmärkten deutlich spürbar. Das Arbeitskräftepotenzial nimmt so stark ab, dass selbst Zuwanderung und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen den demografischen Effekt nicht mehr kompensieren können. Die Folge sind „gespaltene“ Arbeitsmärkte: Während rein rechnerisch die Arbeitslosigkeit abnimmt, wird dennoch die Nachfrage nach (vor allem gering qualifizierten) Arbeitskräften in einigen Branchen und für bestimmte Berufe weiterhin geringer sein als das Angebot.

Hinzu kommt ein weiterer Trend: Die lebenslange Vollzeitstelle existiert für eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr. Selbstständigkeit, freiberufliche Projektarbeit und temporäre Erwerbslosigkeit wechseln sich ab. Das Versprechen „Arbeit ist gleich Sicherheit“ wird sich weiter auflösen. Neue Beschäftigungsformen entstehen, ebenso eine „Kultur der Selbstständigkeit“. Die so genannte „prekäre Arbeit“ ist nur vor dem Hintergrund der traditionellen männlichen Berufsbiographie prekär („ein Leben, ein Beruf, eine Sicherheit“). Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden in Zukunft im Laufe ihres Lebens zwei, drei oder mehr Berufe ausüben. Der Staat darf sie bei diesen Übergängen nicht allein lassen.

Damit ändern sich die Beziehungen zwischen den so genannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Früher waren sie geprägt durch eine Art lebenslangen Vertrag: Der Arbeitgeber versprach Sicherheit und den Arbeitsplatz, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einsatz und Treue für ihr ganzes (Berufs-)Leben, bis dass die Pension sie scheidet. Dies ist nicht mehr die Basis der Arbeitsbeziehungen in der modernen Arbeitsgesellschaft. Sie sind heute und morgen geprägt von anderen Erwartungen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, dass ihr Engagement eines auf Zeit ist, erwarten aber, dass sie sich in dieser Zeit weiter entwickeln („employability“). Der Arbeitgeber kann keine lebenslange Stelle versprechen, aber man muss von ihm erwarten, dass er in seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und in ihre Entwicklung investiert. Mit diesen neuen Arbeitsbeziehungen kommen auf die Sozialpartner ganz neue Aufgaben zu.

Viele werden in Zukunft im Laufe ihres Lebens zwei, drei oder mehr Berufe ausüben. Der Staat darf sie bei diesen Übergängen nicht allein lassen.

In der Phase des Übergangs zur „neuen Arbeit“ brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Unterstützung und andere Rahmenbedingungen, damit die Schere zwischen gut bezahlter Vollzeitarbeit und relativ ungesicherten Arbeitsverhältnissen nicht weiter auseinander geht. Investitionen in Bildung und Forschung und letztlich in das Humankapital jedes Einzelnen sind die moderne Antwort auf die neue Arbeits- und Aufstiegs-gesellschaft.

## Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Um die Chancen der neuen Arbeitsgesellschaft zu ergreifen und sie zu einer Aufstiegs-gesellschaft für alle zu machen, schlagen wir von der Perspektivengruppe drei Strategien vor:

Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit. Wir plädieren für die Einführung des Kombilohnmodells.

### *Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit alimentieren*

Sozialhilfe und die Abhängigkeit von anderen staatlichen Ersatzlohnleistungen dürfen nicht zu einem Lebensstil werden. Es wurden zahlreiche Vorschläge vorgelegt, um die Zahl der Empfänger staatlicher Leistungen zu verringern. Zu den wichtigsten gehört einmal das *Kombilohnmodell*, in dem der Staat einen Zuschuss zu dem vom Arbeitgeber gezahlten Lohn bezahlt. Dieses Modell beruht auf zwei Grundgedanken: Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit. Und: Menschen, die arbeiten und trotzdem arm sind, also „Working Poor“ wie in den Vereinigten Staaten, soll es in Österreich nicht geben. Ein anderer wichtiger Schritt in diese Richtung (Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu unterstützen) besteht in der *Senkung der Lohnnebenkosten*. So könnte der Staat bei den niedrigen Einkommen die Sozialversicherungsbeiträge übernehmen. Dadurch fallen – ganz im Sinne der Senkung der Lohnnebenkosten – für den Arbeitgeber weniger Kosten an und es bleibt für die Arbeitnehmerin und den Arbeitnehmer mehr übrig.

Das Modell der Flexicurity soll auch für Österreich Leitmotiv sein.

### *Eine neue Kombination von Flexibilität und Sicherheit*

Der Wunsch nach mehr Sicherheit ist so legitim wie der Wunsch nach mehr Flexibilität. Die Arbeitswelt von morgen braucht beides. Das Modell der „Flexicurity“ soll auch für Österreich ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Leitmotiv sein, nämlich auf die flexiblen Anforderungen der Unternehmen mit dem Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu reagieren. Kernpunkte sind eine dezentrale Arbeitsvermittlung und der Konsens über die wechselseitigen Pflichten: Der Staat hat die Pflicht, jedem zu helfen (vermitteln, qualifizieren). Der „Arbeitslose“ hat die Pflicht, aktiv und konstruktiv mitzuwirken. Es gibt im System der „Flexicurity“ keine Arbeitslosen, sondern nur Arbeit Suchende.

**Arbeitslosigkeit  
ist mehr  
als der Verlust  
von Arbeit.  
Arbeit muss  
mehr als  
Beschäftigung  
sein.**



### *Mehr Arbeit durch bessere Qualifikation und lebenslanges Lernen*

Jeder zweite Arbeitslose hat weder Schul- noch Lehrabschluss. Während auf der einen Seite am Arbeitsmarkt ein Überangebot an wenig qualifizierten Arbeitskräften herrscht, besteht auf der anderen Seite ein Mangel an Facharbeiterinnen und Facharbeitern. Vorhandene und nachgefragte Qualifikationen klaffen auseinander. Wer mehr Arbeit schaffen will, muss diese Lücke schließen. Dazu muss dafür gesorgt werden, dass neben einer guten Schulausbildung auch ausreichende Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

### **Bildungsvorsorge: Sicherheit und Perspektive durch lebenslanges Lernen**

Je schneller sich die Arbeitswelt verändert, desto wichtiger wird die Aus- und Weiterbildung. Ausbildung endet nicht mit der Schule oder der Lehrzeit. Lebenslanges Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, sich auch als Erwachsene eine „Auszeit für Bildung“ zu nehmen (Bildungskarenz), um in dieser Zeit für sich neue Kompetenzen zu erwerben. Es fehlen die Begriffe, um das Neue deutlich zu machen. Es geht nicht nur um eine „Weiter“-Bildung, bei der so nebenbei auf einen festen Stock von Kompetenzen noch etwas dazu kommt. Es geht zum einen darum, dass in einer konzentrierten Aktion von Staat, Sozialpartnern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch im Erwachsenenalter Zeiten, Ressourcen, Räume und Personal frei werden, damit Menschen in der Mitte ihres Lebens neue Kompetenzen erwerben. Und es geht zum anderen darum, die Bildungsphase von der Jugendphase teilweise zu entkoppeln, die Bildungs- und Finanzierungsverantwortung des Staates nicht an ein bestimmtes Alter zu binden. So wie einstmal mit der allgemeinen Schulpflicht der Staat die Bildung der Kinder und Jugendlichen aus den Händen der Feudalherren genommen und damit eine neue Entwicklung für die Menschen und für das ganze Land eingeläutet hatte, so ist es jetzt an der Zeit, unter der Moderation des Staates eine neue Epoche der Bildung und des Lernens einzuläutet, die den Menschen neue Chancen, neue Sicherheit, neue Perspektiven in einer veränderten Arbeitsgesellschaft geben wird.

In der Perspektivengruppe haben wir verschiedene Wege zu diesem Ziel diskutiert. Beim Modell der *Zeitwertkonten* lassen sich die Beschäftigten gewisse Ansprüche (z. B. Überstundenzuschläge) nicht auszahlen, sondern sie sparen sie in Form von „freier Zeit“ an, die dann nicht nur für „vorgezogene Pensionen“ oder für die Kinderbetreuung, sondern auch für die Fort- und Weiterbildung nutzbar gemacht werden kann. Eine Flexibilisierung der Erwerbsarbeit kann mehr Freiräume im Lebensverlauf schaffen, z. B. mehr Zeit für Weiterbildung, Familie oder auch mehr Zeit für den Hausbau. *Bildungsschecks* könnten lebensbegleitend ausgegeben werden, um lebenslanges Lernen zu forcieren. *Bildungsbausparen* soll nicht für Wohnen oder Bildung, sondern für Wohnen *und* Bildung möglich sein. Denkbar ist auch ein *Weiterbildungs-Sparen* über eine Bildungskassa, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einbezahlen und die steuerlich gefördert wird. Die Perspektivengruppe spricht sich für neue Finanzierungsinstrumente aus, die subjektbezogen und leicht zugänglich sein sollten.

Der Grundgedanke ist einfach und immer derselbe: Für das Leben des Einzelnen, seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt und damit auch seine soziale Sicherheit auf der einen Seite und für den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes ist es von zentraler Bedeutung, dass auch erwachsene Menschen neue Kompetenzen erwerben können. Bisher war es die Regel, dass Weiterbildungsmaßnahmen ge-griffen haben, *nachdem* die Menschen arbeitslos geworden sind. Die Perspektivengruppe dagegen schlägt vor, dass der Erwerb neuer Kompetenzen einsetzt, *bevor* die Menschen arbeitslos werden. Aus anderen Bereichen (Bausparen) liegen Erfahrungen vor, wie Ressourcen (Zeit, Geld) angespart werden können, bevor sie „gebraucht“ werden und rückbezahlt werden, nachdem sie längst genutzt sind. Früher war es wichtig, ein Dach über dem Kopf zu haben und deshalb in Steine zu investieren. Heute und morgen ist es wichtig, immer wieder neues Wissen im Kopf zu haben und deshalb in Kompetenzen zu investieren – nach dem Motto: *Brains not Bricks*.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, sich auch als Erwachsene eine „Auszeit für Bildung“ zu nehmen (Bildungskarenz).

Bildungsschecks könnten lebensbegleitend ausgegeben werden, um lebenslanges Lernen zu forcieren.

## Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen, Eigentum für alle ermöglichen

Das österreichische Modell der Arbeitsbeziehungen ist stets einen dritten Weg gegangen zwischen Kapitalismus und Sozialismus – und damit gut gefahren. Wir schlagen vor, dieses Modell durch geeignete Formen der Mitarbeiterbeteiligung weiter zu entwickeln. Das *eine* Modell, das für alle passt, gibt es nicht. Mitarbeiterbeteiligung kann sowohl als Kapitalbeteiligung als auch als Gewinnbeteiligung ausgestaltet werden. Eine andere Möglichkeit wäre, dass die Arbeitnehmer – freiwillig – Anteile an einem Wachstumsfonds erwerben, die als Kapital ins Unternehmen fließen. Das Geld wird dafür verwendet, Unternehmen mit Eigenkapital auszustatten. Die Firmen führen die Zinsen wiederum an den Fonds ab, der den Gewinn ausschüttet. Je mehr Betriebe sich an dem Fonds beteiligen, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Arbeitnehmer durch eine Firmenpleite ihr Geld verlieren. Um die Beteiligung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv zu machen, müssen Steuerbegünstigungen vorgesehen werden. Bürokratische und zentralistische Modelle lehnen wir ab. Der Gedanke der Subsidiarität gibt betrieblichen und regionalen Lösungen den Vorrang.

Wir wollen Chancen für alle, Arbeit und Eigentum für jeden Menschen. Eigentum darf nicht ein Privileg nur weniger sein.

Wir wollen Chancen für alle, Arbeit und Eigentum für jeden Menschen. Eigentum darf nicht ein Privileg nur weniger sein. Das Management ist bereits jetzt in vielen Fällen unmittelbar am Unternehmenserfolg beteiligt. Wir wollen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Möglichkeit eröffnen. Wohlstand kommt von Arbeit. Die Perspektivengruppe schlägt der Volkspartei vor, gemeinsam mit den Sozialpartnern nach neuen Wegen zu suchen, den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher direkt am Erfolg und am Kapital der Unternehmen zu beteiligen.

Eigentum zu haben bedeutet auch, Verantwortung dafür zu übernehmen.

Eigentumschancen für alle zu schaffen, ist für uns eine Frage von sehr grundsätzlicher Bedeutung. Dabei geht es auch, aber nicht nur um zusätzliche Einkommensquellen. Eigentum ist auch mehr als ein sichtbares Zeichen dafür, dass man im Leben etwas geleistet und Erfolg gehabt hat. Eigentum für alle und die Beteiligung aller an Gewinn und Kapital schafft mehr Gerechtigkeit, bringt mehr Freiheit und mehr Möglichkeiten und gibt mehr Sicherheit für spätere Zeiten, für einen selbst wie für die ganze Familie. Eigentum zu haben bedeutet aber auch, Verantwortung dafür zu übernehmen. Das wird oft übersehen, denken wir nur an den Erhalt der Bau- und Kultursubstanz, an die Pflege von Grund und Boden, an die Verantwortung der Waldeigentümer. Eigentum strukturiert die Gesellschaft, stärkt die Mitte gegenüber totalitären Versuchungen und schafft die Grundlage für Solidarität. Es ist kein Zufall, dass es bisher eine freie und solidarische Gesellschaft ohne privates Eigentum noch nicht gegeben hat.

Der Wandel der Familien- und der Arbeitswelt verunsichert viele Menschen. Sie suchen Sicherheit und Geborgenheit in den vertrauten Formen, und darin drückt sich auch eine wichtige Wahrheit aus. Familie und Arbeit haben das Leben der Menschen geprägt, strukturiert und ihm Sinn und Orientierung gegeben. Das wird auch in Zukunft so sein, aber auf eine andere Weise. Unsere nachhaltige Familienpolitik will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen auch unter veränderten Bedingungen Familie und Kinder in ihr Leben integrieren können. Die Volkspartei ist und bleibt die Partei der Familien. Unsere Arbeits- und Vollbeschäftigungspolitik schafft die Voraussetzungen, dass auch in Zukunft alle Arbeit finden und dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die geforderte Flexibilität nicht als Gefahr, sondern als Chance erleben. Die Volkspartei ist und bleibt die Partei der arbeitenden Menschen.

Die Volkspartei ist und bleibt die Partei der arbeitenden Menschen.

## Wirtschaft in einem globalisierten Umfeld

Leben und Arbeit verändern sich. Die Globalisierung ist nur eine der Ursachen, aber eine wichtige; Digitalisierung, Migration, das neue Selbstverständnis der Frauen und nicht zuletzt das Wissen als wichtigste Ressource sind andere Ursachen für den Wandel der Welt. Dieser Wandel wird von vielen als Bedrohung erlebt – und die Globalisierung als der eigentliche Sündenbock.

### Die Globalisierung als Chance und Aufgabe

Wir von der Perspektivengruppe nehmen die Ängste und Sorgen ernst. Die Globalisierung zwingt zu Reformen. Sie wirft neue soziale Fragen auf. Weltweit stellt sich die Frage nach einer internationalen Ordnung, die den *globalen* Kapitalismus auf eine ähnlich erfolgreiche Weise zähmt, so wie es im 19. und 20. Jahrhundert gelungen ist, den Kapitalismus durch den Sozialstaat, die Sozialpartnerschaft und die Soziale Marktwirtschaft zu zähmen. Es duldet keinen Zweifel: Es gibt eine globale soziale Frage. Dennoch sind wir davon überzeugt, die Globalisierung bringt gerade für Österreich mehr Vorteile als Nachteile. Ein starker Sozialstaat setzt eine starke Wirtschaft voraus. Das war so am Beginn der Industriegesellschaft und das bleibt so am Beginn der globalen Wirtschaft: Wertschöpfung und Wachstum sind die unverzichtbare Basis für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit gedeihen jedoch nur in einer wettbewerbs- und leistungsorientierten Wirtschafts- und Sozialordnung.

Der Globalisierungsprozess verändert Strukturen, mobilisiert Wachstumskräfte und bietet vor allem den Entwicklungs- und Schwellenländern neue Chancen für mehr Wachstum, Wohlstand, Arbeit und Einkommen. Die der Globalisierung inhärente Dynamik und Mobilität verändert die weltwirtschaftliche Landkarte.

### Der Global Marshall Plan als Grundlage für eine ökosoziale Weltwirtschaft

Doch Globalisierung passiert nicht einfach, sie ist gestaltbar. Wir wollen die Globalisierung gerechter und nachhaltiger gestalten und verhindern, dass hinter dem Rücken der Globalisierung wichtige soziale, ökologische und menschenrechtliche Aspekte weltweit zu kurz kommen. Als einen Weg zu diesem Ziel greifen wir die Idee des Global Marshall Plans auf: Dieser globale, Nord und Süd verpflichtende Entwicklungsplan soll gewährleisten, dass die Globalisierung allen nützt. Der „Norden“ ist in der Pflicht, für faire Entwicklungschancen durch Entwicklungspartnerschaft sowie für eine umfangreichere und effektivere Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu sorgen. Zur Mittelaufbringung muss Österreich seine auf UN- und EU-Ebene eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und sich auf supranationaler Ebene intensiv für Abgaben auf Finanztransaktionen bzw. Steuern auf Kerosin und Schifffahrtstreibstoff einsetzen, um mehr finanzielle Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Wir treten für die Einführung einer europa- und weltweiten Devisentransaktionssteuer (sog. „Tobin-Tax“) ein. Der „Süden“ soll im Gegenzug dafür gewonnen werden, soziale und ökologische Mindeststandards einzuführen, um am Weltmarkt Sozial- und Ökodumping zu verhindern. Gemeinsames Ziel muss eine nachhaltige und faire globale Wirtschaftspolitik sein, im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft mit weltweit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards. Wir von der Perspektivengruppe sehen im Global Marshall Plan ein geeignetes Instrument, um die Globalisierung positiv zu gestalten und unterstützen deshalb diese Initiative ausdrücklich.

Die Globalisierung hat aus der Welt inzwischen einen einzigen Wirtschaftsraum gemacht und eröffnet den Unternehmen ein größeres Nachfragepotenzial. Dadurch wurde auch die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft stark vorangetrieben – der Export war in den letzten zehn Jahren unser Wachstumsmotor. Größere Absatzvolumina und ein einfacherer und

Wir treten für die Einführung einer europa- und weltweiten Devisentransaktionssteuer (sog. „Tobin-Tax“) ein.

Gemeinsames Ziel muss eine nachhaltige und faire globale Wirtschaftspolitik sein, mit weltweit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards.

rascherer Zugang zu kostengünstigen Produktionsfaktoren bringen den Unternehmen Kostensenkungspotenziale. Nutznießer sind dabei neben der erfolgreichen internationalen Industrie auch Österreichs Klein- und Mittelbetriebe, von denen fast 70 % ihre Geschäftslage derzeit als gut bis sehr gut bezeichnen. Gleichzeitig investieren unsere Unternehmen wie nie zuvor im Ausland und sichern dadurch auch Arbeitsplätze im Inland.

Österreich ist nach Luxemburg, Irland und den Niederlanden das viertreichste Land Europas. Die heimische Wirtschaft wächst konstant deutlich rascher als die des Euro-Raumes. Die Arbeitslosenquote ist rückläufig, Österreich liegt weit unter dem EU-Durchschnitt. Diese hervorragende wirtschaftliche Entwicklung und die gute Beschäftigungssituation sind Ergebnisse der klugen Reformen der letzten Jahre. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum nachhaltig sichern zu können, bedarf es auch künftig einer offensiven Standortpolitik mit weiteren, langfristig angelegten Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen.

Wir setzen besonders auf den Mittelstand. Es ist die Vielfalt, aus der die Stärke unserer Volkswirtschaft wächst.

Wir setzen besonders auf den Mittelstand. Mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Aufgabe des Staates ist es, kleine und mittlere Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern. Es ist die Vielfalt, aus der die Stärke unserer Volkswirtschaft wächst.

In unserer globalisierten Wirtschaftswelt ist kein Platz für nicht-marktkonforme Politik und Strukturkonservierung. Eine Behinderung des strukturellen Wandels signalisiert nur falsche Sicherheit und verschiebt die Probleme in die Zukunft. Reformen sind kein Selbstzweck. Wir wollen, dass Österreich auch morgen wirtschaftlich und sozial stark bleibt. Die Globalisierung stellt auch die Sozialpartner vor neue Aufgaben.

### **Eine starke Wirtschaft braucht einen verlässlichen Staat**

Wir von der Perspektivengruppe betonen, was die Väter der Sozialen Marktwirtschaft immer gewusst haben: Eine starke Wirtschaft braucht einen verlässlichen Staat, der den Wettbewerb und die auf Freiheit basierende Ordnung sichert und die innere, die äußere und die soziale Sicherheit gewährleistet. Ein starker und verlässlicher Staat ist nicht zu verwechseln mit einem allzuständigen Staat: aufgedunsen, aber träge wie ein kastrierter Kater. Wir stehen für einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, diese dann aber auch kraftvoll wahrnimmt. Und wir wissen auch, dass gerade in Zeiten der Globalisierung Unsicherheit empfunden wird und daher die Erwartung an den Staat da ist, rechtzeitig Leitplanken einzuziehen, Sicherheit zu schaffen und wenn notwendig, zu regulieren. Für uns ist eine gute Wirtschaftspolitik in erster Linie Garant für eine erfolgreiche Arbeitsplatzpolitik. Sozial ist, was Arbeit schafft.

Sozial ist, was Arbeit schafft.

Wir wollen einen starken, aber schlanken öffentlichen Sektor, der unternehmerisch und kundenorientiert agiert und bei der Erfüllung seiner Aufgaben Marktlösungen den Vorrang vor staatlichen Lösungen gibt. Damit schaffen wir die Basis für eine deutliche Entlastung des Mittelstandes und der Leistungsträger bei Steuern und Abgaben. Daneben ist das ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit durch Anreizsysteme bzw. Schaffung von Kostenwahrheit ökonomisch attraktiv zu machen. Ein verlässlicher Staat ist ein Leistungsstaat, der in der Lage ist, für Bürgerinnen und Bürger unverzichtbare Leistungen bereitzustellen, ohne zu bevormunden. Ihm gegenüber steht die Verantwortungsgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen können, wofür sie ihr Geld ausgeben wollen.

Wir wollen die richtige Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Eine Ökonomisierung der Gesellschaft, d. h. eine Unterordnung des gesamten politischen und persönlichen Lebens unter den Primat der Ökonomie, lehnen wir ab. Es gibt Dinge, die haben einen Wert, aber keinen Preis. Aber auch das staatliche Handeln hat seine Grenzen.

Subsidiarität und Eigenverantwortung in der Wirtschaftspartnerschaft müssen gestärkt werden. Die Entwicklung der Industriegesellschaft und der Gewerkschaften haben sich gegenseitig bedingt.

Ökonomischer Erfolg und soziale Absicherung waren das von allen anerkannte Ergebnis. Die Änderungen der Arbeitswelt, die möglich gewordene Flexibilisierung und Internationalisierung machen auch andere Formen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern notwendig. Vereinbarungen, die früher für ganze Branchen sinnvoll waren, etwa im Rahmen von Kollektivverträgen, können bereits jetzt besser in Betrieben in gegenseitiger Verantwortung getroffen werden. Aus einem erfolgreichen Instrument ist in der Zwischenzeit eine Bevormundung, eine überholte Zwangsverpflichtung der Gewerkschaften über die Köpfe der Betroffenen hinweg, geworden. Ziel ist eine Verlagerung kollektivvertraglicher Vereinbarungen auf die betriebliche Ebene, das ist dort, wo gegenseitige Verantwortung täglich gelebt wird. Als Beitrag zu einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik fordern wir die Senkung der Arbeiterkammerumlage nach dem Modell der Wirtschaftskammer (freiwillige Senkung der Beiträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Serviceleistung).

Wir wollen eine Verlagerung kollektivvertraglicher Vereinbarungen auf die betriebliche Ebene. Das ist dort, wo gegenseitige Verantwortung täglich gelebt wird.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist das Gebot der Stunde. So genannte Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), nationale wie internationale Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen sowie die gesamte Landschaft der Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für eine gute Entwicklung in Österreich und der gesamten Welt. Wir brauchen deshalb gerade auch die Arbeit der NGOs. Wir fordern die global operierenden Unternehmen dazu auf, ihren Beitrag für eine soziale und friedliche Entwicklung, für mehr Bildung und Gesundheit in der Welt zu leisten – und sei es aus aufgeklärtem Eigeninteresse. Auf Dauer werden auch die Geschäfte in einer sozial verwüsteten Landschaft nicht blühen. Multinationale Unternehmen sind immer auch multilokale Unternehmen: Sie haben eine Verantwortung für die Entwicklung der lokalen Gesellschaft, in der sie tätig sind. Das unternehmerische Handeln muss auch ethisch vertretbar sein.

**Auch für  
die Welt der  
Wirtschaft gilt:  
Zahlen ohne  
Werte sind Null.**

## Ziele und Werte unserer Wirtschaftspolitik

Unser Ziel ist eine offensive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die durch zeitgerechte Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen die Chancen der Globalisierung für Österreich bestmöglich nutzt und die Gefahren für die Einzelnen minimiert. Forciertes Wachstum auf der Basis von Wettbewerbs- und Leistungsorientierung schafft wirtschaftlich sichere Arbeitsplätze und Wohlstand für alle.

Unsere konkreten Ziele sind:

- Steigerung von Motivation, Kreativität und Leistungsbereitschaft des Mittelstandes (Facharbeiter, Angestellte, Freiberufler, Jungunternehmer und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)) durch eine umfassende steuerliche Entlastung und eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuersystems, insbesondere durch eine rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen;
- Förderung des gesellschaftlichen Ansehens von Unternehmertum und unternehmerischem Risiko;
- Stärkung des Kapitalmarktes und innovativer Finanzierungsinstrumente für die Risikofinanzierung;
- Solidarität und soziale Absicherung durch eine auf Aktivierung, Qualifizierung und Flexibilisierung ausgerichtete Sozial- und Beschäftigungspolitik;
- flexible, auch subjektorientierte Förderung der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Chancengleichheit und zur Mobilisierung des Potenzials an weiblichen Arbeitskräften;
- Senkung der Staatsquote durch Effizienzsteigerung, Sparsamkeit, Forcierung von Marktlösungen, Privatisierung und Abbau von Bürokratie;
- Stärkung und Vertiefung der Europäischen Union zur Sicherung des Wohlstandes und des europäischen Lebensmodells im kontinentalen Wettbewerb;
- systematische Integration des ökologischen Prinzips der Nachhaltigkeit in das Wirtschaftsleben und Nutzung der wirtschaftlichen Chancen der Umwelttechnologien;
- höchster Standard bei Bildung, Telekommunikation, Infrastruktur und Energieversorgung als wesentliche Standortfaktoren.

Diese offensive Wirtschaftspolitik steht auf einem verlässlichen Wertefundament und orientiert sich an folgenden Prinzipien:

- Seriöses Wirtschaften und Finanzieren als wichtige Dimension der unternehmerischen Verantwortung;
- Leistung und Eigenverantwortung als Grundlage für Freiheit und Wohlstand;
- Solidarität auf der Basis von Eigenverantwortlichkeit;
- Wettbewerb als Motor von Leistung, Innovation und Wachstum;
- Schutz des individuellen, breit gestreuten Eigentums;
- Veränderungs- und Innovationsbereitschaft als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg;
- Rücksicht auf ökologische und soziale Aspekte im Sinne des Leitbildes der Ökosozialen Marktwirtschaft.

## Strategische Optionen für die österreichische Wirtschaft

Um diese Ziele zu erreichen und diese Werte optimal zu verwirklichen, schlagen wir in der Perspektivengruppe folgende strategische Optionen vor:

### *Unternehmertum forcieren – Finanzierung erleichtern*

Die Wirtschaft braucht ein positives gesellschaftliches Klima. Für das Gelingen der bis 2015 anstehenden 50.000 Betriebsübergaben bedarf es deshalb neben einer offensiven Standortpolitik

Forciertes Wachstum auf der Basis von Wettbewerbs- und Leistungsorientierung schafft wirtschaftlich sichere Arbeitsplätze und Wohlstand für alle.

Umfassende Entlastung. Vereinheitlichung. Vereinfachung. Das müssen die Ziele der Steuerpolitik sein.

Die rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen ist ein wichtiger Schritt.

mit gezielten Einzelmaßnahmen (z. B. Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Kreditvertragsgebühren etc.) auch einer Förderung des gesellschaftlichen Ansehens von unternehmerischer Tätigkeit. Dazu gehört auch die Entstigmatisierung des redlichen unternehmerischen Scheiterns.

In der Gründungs- sowie in Wachstumsphasen brauchen erfolgreiche, wettbewerbsfähige Unternehmen ausreichend Finanzmittel, um ihre Geschäftsideen rasch und gezielt verwirklichen zu können. Anzustreben ist eine Finanzierungskultur, die den Unternehmen den Zugang zu adäquaten Eigenkapitalinstrumenten erleichtert, um risikoreiche Innovations-, Investitions-, Expansions- und Internationalisierungsvorhaben zu unterstützen und dadurch Wachstum zu ermöglichen. Dafür benötigen wir eine Stärkung des heimischen Kapitalmarktes, etwa durch neue Ansätze bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung oder der Förderung von weiteren Börsegängen und innovative Eigenkapitalinstrumente, wie etwa neue Fondsstrukturen für Wagniskapital, um die Internationalisierung voranzutreiben.

### *Internationalisierung fördern*

Noch nie haben österreichische Unternehmen so viel im Ausland investiert wie derzeit. Unsere Auslandsinvestitionen haben im Jahre 2003 erstmals den Wert der ausländischen Investitionen in Österreich übertroffen. Trotz aller Erfolge der jüngsten Zeit dürfen wir jedoch nicht übersehen, dass wir uns in diesem Zusammenhang im internationalen Vergleich in einem Aufholprozess befinden, den es weiter zu forcieren gilt.

Die Internationalisierung unserer Wirtschaft schafft Arbeitsplätze: Für einen Arbeitsplatz, der durch heimische Unternehmen im Zeitraum von 2000 bis 2005 in einem Niedriglohnland entstanden ist, schufen dieselben Unternehmen im Durchschnitt 2,5 neue Arbeitsplätze in Österreich. Wir wollen diese Entwicklung durch eine Internationalisierungsoffensive weiter vorantreiben und so Österreichs Attraktivität als Investitionsstandort für internationale Unternehmen stärken. Wir wollen einen Verhaltenskodex für österreichische Unternehmen im Ausland.

### *Innovationskraft stärken*

Wir müssen nicht nur neue, weiter entfernte Zukunftsmärkte erobern, sondern auch neue Zukunftstechnologien unterstützen. Unsere Innovationskraft ist die entscheidende Zukunftsversicherung im globalen Wettbewerb.

Wir wollen Österreich als attraktiven Forschungsstandort an die Spitze führen. Dazu braucht es verstärkte öffentliche Anreize für private Forschungsmittel und eine Intensivierung der Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Eine besondere Entwicklung für unsere Innovationskraft stellen die umweltpolitischen Herausforderungen dar. Oberstes Gebot ist dabei die Steigerung der Effizienz beim Verbrauch von Ressourcen und dadurch eine Minimierung der Umweltbelastung. Wir sehen in dieser Herausforderung eine Wachstumschance für unsere Volkswirtschaft. Dazu bedarf es aber forcierter Anstrengungen in der Entwicklung von alternativen Energieträgern bzw. deren Einsatzmöglichkeiten hin zur Marktreife sowie Anreize zu einem sparsamen Verbrauch von Energie. Der kürzlich beschlossene Klima- und Energiefonds ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

### *Staatsquote senken – Steuerbelastung reduzieren*

Wir wollen eine konsequente Staatsreform mit einer systematischen Entflechtung und Bündelung von Aufgaben zwischen den verschiedenen Ebenen der Verwaltung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit einheitlichen Regelungen. Im Haushaltswesen soll die bestehende

Wir wollen die Förderung des gesellschaftlichen Ansehens von unternehmerischer Tätigkeit.

Die Internationalisierung unserer Wirtschaft schafft Arbeitsplätze.

Kameralistik so rasch als möglich um Bilanzierungsaspekte ergänzt werden. Mittelfristig muss die Staatsquote auf unter 40 % sinken. Der Grundsatz muss lauten: Weniger Geld dem Staat, mehr Geld den Menschen.

Weniger Geld dem Staat, mehr Geld den Menschen.

Die erzielten Einsparungen sind spätestens 2010 in eine signifikante steuerliche Entlastung der Leistungsträgerinnen und Leistungsträger des Mittelstandes zu investieren, um dieser wichtigen Zielgruppe verstärkte Leistungsanreize zu bieten. Dies erreichen wir durch eine Senkung des Höchststeuersatzes und eine Abflachung der Tarifkurve. Gleichzeitig ist das Steuersystem im Rahmen einer umfassenden Reform radikal zu vereinfachen. Ein wichtiges Projekt stellt die Entlastung der Arbeitskosten von Lohnnebenkosten durch eine systematische Umstellung der Beitragsgrundlagen in der Sozialversicherung bei gleichzeitiger Senkung der Beitragsätze dar. Das System der Höchstbeitragsgrundlagen soll beibehalten werden.

### *Arbeitskräftepotenzial mobilisieren*

Ab 2015 wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bei uns merklich sinken. Das hätte negative Folgen für das Wachstum und für die Finanzierung der Sozialsysteme. Wir müssen deshalb verstärkte Anstrengungen zur Mobilisierung unserer Arbeitskräftepotenziale unternehmen. Dazu gehört eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Senkung der Diskriminierung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt.

Ungeachtet aller Strukturdiskussionen ist die Stärke des österreichischen Bildungswesens, das berufsbildende Schulwesen und die duale Lehrlingsausbildung, weiter zu stärken, d. h. beispielsweise ganz konkret: mit der Meisterausbildung an die Universität oder Fachhochschule. Generell soll es keinen Abschluss ohne Anschluss geben.

Alle Mobilisierungsmaßnahmen auf dem heimischen Markt werden aber nicht ausreichen, die drohende Wachstumsbremse durch Arbeitskräftemangel zu beseitigen. Deshalb brauchen wir eine rechtzeitige Öffnung des Arbeitsmarktes innerhalb der EU, weiters ein Migrationsmodell für qualifizierten Zuzug nach den Beispielen von Kanada oder Australien. Zuwanderung allein kann die Probleme nicht lösen. Ohne gesteuerte und qualitative Zuwanderung werden sie sich jedoch verschärfen.

Zuwanderung allein kann die Probleme nicht lösen. Ohne gesteuerte und qualitative Zuwanderung werden sie sich jedoch verschärfen.

### *Infrastruktur und Energieversorgung*

Die Energiepolitik wird zu einem Schlüsselfeld der Wirtschaftspolitik. Für Österreichs Wirtschaft ist wichtig, dass die Kostenbelastungen durch den Faktor Energie nicht die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Die Energiebereitstellung ist eine der wesentlichen strategischen Fragen der Zukunft. Um die Kosten zu dämpfen und die Versorgungssicherheit entscheidend zu verbessern, ist das Ziel, möglichst viele Regionen Österreichs in Richtung Energieautarkie zu entwickeln.

Für den weiteren Ausbau von heimischen Erzeugungs- und Übertragungskapazitäten bedarf es einer Vereinfachung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dasselbe gilt auch für die dringend erforderliche Verbesserung der Infrastruktur für den Verkehr und die Kommunikation.

Sichergestellt muss sein, dass der Staat im Bereich der Daseinsvorsorge – insbesondere Wasserversorgung, Energiebereitstellung, Verkehrsinfrastruktur – seine Verantwortung auch in Zukunft wahrnimmt. Im Gegensatz zum Eigentum an der Infrastruktur hat der Staat beim Betrieb der Anlagen auf kooperative privatwirtschaftliche Modelle zu setzen. Es geht um bestmögliche Leistung zu leistbaren Kosten für die Bevölkerung und die Unternehmen. Daher ist auch die Zukunft des größten Verkehrsunternehmens Österreichs, der ÖBB, unter diesem Gesichtspunkt zu diskutieren. Die Bereitstellung des Schienennetzes und die Festlegung des



Umfangs des Busnetzes ist in erster Linie staatliche Aufgabe. Der Personen- und Güterverkehr sollte stärker als bisher mit privater Beteiligung abgewickelt werden. Genauso wie die ÖBB mit Lastkraftwagen das Straßennetz befahren, sollten private Frächter und Autobusunternehmer das Schienennetz der ÖBB benutzen können.

Darüber hinaus gibt es strategische Bereiche in der Wirtschaft, in denen der Staat Beteiligungen und damit Steuerungsmöglichkeiten unbedingt halten bzw. erwerben sollte. Dazu gehören z. B. die Energieversorgung, strategische Industrie- und Kapitalbeteiligungen. Bei natürlichen Ressourcen, wie z. B. Wald, Quellen oder Seen, sollte der Staat uneingeschränkt Eigentümer bleiben.

### *Kreative Ökonomie fördern*

Wie sich Arbeit und Wirtschaft entwickeln, hängt nicht nur von ökonomischen Faktoren ab. In einer Weltwirtschaft, in der Wissen die zentrale Rolle spielt und die besten Köpfe sehr mobil sind, kommt es nicht nur auf den Standort im engen Sinne an, sondern auf das kreative Kapital in den Köpfen, das in einer Region vorhanden ist oder nicht.

Die Unternehmen gehen in Zukunft dorthin, wo die Kreativen sind. In der Kreativen Ökonomie folgen die Unternehmen den Talenten und diese bevorzugen Orte und Regionen, in denen sie mit ihren Familien gut leben und arbeiten können und willkommen sind.

Österreich hat erst vor kurzem angefangen, gezielt Hochqualifizierte aus dem Ausland für den Arbeitsmarkt anzuwerben. Wir müssen für diese Gruppe attraktiver werden. Um Talente und ihr innovatives Potenzial anzulocken und zu halten, kommt es mehr denn je auf die „weichen“ Standortfaktoren an, eine Kultur der Offenheit gegenüber Minderheiten, eine kulturelle Vielfalt in den Städten und Regionen, lebenswerte urbane und ländliche Räume. Österreich hat alle Voraussetzungen, ein attraktives Land für die Kreative Ökonomie zu werden.

Eine gute und nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn die scheinbar nicht-ökonomischen Dimensionen der Ökonomie wie Familie und Bildung, kreative Phantasie und soziale und ökologische Rücksicht zu ihrem eigenen Recht kommen. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck und kein abgeschotteter Bereich. Aber ohne eine starke Wirtschaft sind viele andere Werte und Ziele, die uns wichtig sind, nicht zu halten. Das gilt nicht zuletzt für den Sozialstaat. Er ist eine kulturelle Leistung, auf die wir stolz sind und beruht doch auf ökonomischen Voraussetzungen, die wir immer wieder neu schaffen müssen. Wir wollen den Sozialstaat sichern und weiter entwickeln, um ihn für die Zukunft wetterfest zu machen. Und wir wollen aus humanen, sozialen, aber auch wirtschaftlichen Gründen eine Integrationskultur schaffen, die unser Land voran bringt.

Es geht um bestmögliche Leistung zu leistbaren Kosten für die Bevölkerung und die Unternehmen.

Österreich hat alle Voraussetzungen, ein attraktives Land für die Kreative Ökonomie zu werden.

## Integration – Toleranz und wehrhafte Demokratie

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist in allen entwickelten Industriegesellschaften eine notwendige, aber schwierige Aufgabe. In Österreich leben rund 815.000 Personen mit ausländischem Pass, das sind 9,8 % unserer Bevölkerung. Wenn wir die Zahl jener Menschen in Österreich betrachten, die im Ausland geboren sind, so sind das rund eine Million Menschen. Viele von ihnen sind sehr gut integriert. Wir müssen uns aber auch der Tatsache stellen, dass sich das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen nicht stets harmonisch und konfliktfrei gestaltet. Dennoch gilt es, die kulturelle Identität unseres Landes zu verteidigen. Die Perspektivengruppe wendet sich gegen alle Versuche, dieses Thema populistisch auszubeuten oder es naiv zu verharmlosen.

Die Integration kann nur gelingen, wenn beide Seiten in gegenseitigem Respekt mitwirken und ihren Beitrag leisten.

Nach unserer Meinung kommt es vor allem auf folgende Punkte an:

- Die Integration kann nur gelingen, wenn beide Seiten in gegenseitigem Respekt mitwirken und ihren Beitrag leisten;
- Integration erfordert Verständigung, und Verständigung erfordert die deutsche Sprache;
- es gibt Regeln, die nicht verhandelbar sind. Jeder Bürger muss die für uns alle verbindlichen kulturellen Grundregeln und die Grundlagen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung anerkennen: Demokratie und Rechtsstaat, Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen, sein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, Gleichheit der Geschlechter;
- Integration bedeutet nicht kulturelle Selbstaufgabe, und Toleranz bedeutet nicht Relativierung. Wir bekennen uns zu Integration und Toleranz ebenso wie zu den Grundsätzen einer Demokratie, die zu ihren Werten steht und diese auch verteidigt.

So schwierig sich Integration konkret gestalten mag: Wir sehen die Menschen mit Migrationshintergrund nicht als Problem, sondern als Potenzial für unser Land. Aus menschlichen wie aus wirtschaftlichen Gründen ist es recht und billig und vernünftig, sie in Bildung, Arbeit und Teilhabe einzugliedern und nicht auszugrenzen. Keine Toleranz verdienen jene, woher sie auch kommen, die Recht und Ordnung aufkündigen, zu Gewalt aufrufen oder Gewalt anwenden. Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz sind nicht die geeigneten Mittel im Umgang mit jenen, die sich ihrerseits respektlos, rücksichtslos und intolerant verhalten. In diesem Sinne müssen straffällig gewordene Ausländerinnen und Ausländer, die in österreichischen Gefängnissen Haftstrafen abbüßen, spätestens mit Ende ihrer Haftstrafe in ihr Heimatland überstellt worden sein. Entsprechende bilaterale Justizabkommen sind daher abzuschließen.

Unser Modell beruht deshalb auf drei Säulen:

- Wir geben Asyl allen, die einen berechtigten Anspruch auf Asyl haben;
- aber es gibt Null-Toleranz bei Asyl-Missbrauch, Kriminalität und Verletzung unserer demokratischen Grundwerte;
- wir entscheiden mit einer „Österreich-Card“ nach Bedarf und Qualifizierung, wer nach Österreich kommt.

Integration bedingt den Erwerb der deutschen Sprache und eine entsprechende Bildung und Ausbildung.

Im Bereich der mit Österreicherinnen und Österreichern Verheirateten gibt es Handlungsbedarf. Diese Personen sollten einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Integration. Finanziell auf eigenen Füßen zu stehen ist jedenfalls besser als eine Finanzierung durch diverse Beihilfen. Das kann aber nicht als Freibrief für Scheinehen verstanden werden.

Integration bedingt den Erwerb der deutschen Sprache und eine entsprechende Bildung und Ausbildung. Für Kinder ist das im Bildungssystem vorgesehen, für Erwachsene sind entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten mit Anrechnung zu eröffnen, um eine volle Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Dies unterstützt den österreichischen Wirtschaftskurs und minimiert die Kosten durch eine Senkung der Arbeitslosenquote. Integration muss sich auf Frauen und Männer gleichermaßen beziehen.

Damit die Integration im Einzelfall gelingen kann, brauchen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Gemeinden vor Ort Unterstützung, um die vielfältigen sozialen, kulturellen, bildungsrelevanten und wirtschaftlichen Probleme zu meistern.

Zum gegenseitigen besseren Verständnis und der Vermittlung grundlegender europäischer Wertvorstellungen regen wir an, neben dem Religionsunterricht an den Schulen einen gemeinsamen Ethik-Unterricht anzubieten.

Die Integrationskraft des Landes steht nun vor einer neuen Herausforderung. Wir laden die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ein, sich auch in der ÖVP zu engagieren und mit uns an einer guten Zukunft des Landes zu arbeiten.

**Zusammenleben  
verlangt Regeln.  
Integration  
fordert Respekt.**

## Den Sozialstaat sichern und weiter entwickeln

Der Sozialstaat steht für uns nicht zur Disposition. Er ist Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität und gibt den Menschen Sicherheit in den Wechselfällen des Lebens. Wir wollen ihn erneuern, um ihn im Kern zu bewahren.

### Den Sozialstaat auf breitere Grundlagen stellen

Den Sozialstaat sichern bedeutet vor allem, seine Finanzierung angesichts der demografischen Entwicklung zukunftsfest zu machen. Es wird weniger Beitragszahler geben. Die Menschen leben länger. Viele werden alt und haben keine Kinder oder Enkelkinder. Wir müssen deshalb den Sozialstaat auf eine breitere Grundlage stellen. Das gilt zunächst einmal für seine Finanzierung. Sie wird in Zukunft mehr über Steuern und weniger über Beiträge erfolgen müssen. Das senkt außerdem die Lohnnebenkosten und schafft so Arbeit. Aber auch normativ müssen wir den Sozialstaat auf eine breitere Grundlage stellen. Wer eine gerechte Gesellschaft will, darf es sich nicht zu leicht machen, nicht gedanklich und auch nicht politisch. Es gibt mehrere Ziele und Dimensionen der Gerechtigkeit, und sie widersprechen sich teilweise. Eine moderne Gerechtigkeitspolitik muss sie alle berücksichtigen und ausbalancieren.

Das ist einmal die *Verteilungsgerechtigkeit* als eine nach wie vor wichtige, aber eben nur als *eine* Form der Gerechtigkeit, die zwischen den Starken und den Schwachen einen Ausgleich schafft: Die stärkeren Schultern sollen mehr tragen als die schwächeren, und weil unsere Gesellschaft niemanden am Rande liegen lässt und vorübergeht, muss es einen sozialen Ausgleich geben. Aber Gerechtigkeit meint mehr als Verteilungsgerechtigkeit. So erfordert die *Generationengerechtigkeit*, dass die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkel lebt. Schulden machen ist den künftigen Generationen gegenüber ungerecht, Schulden abbauen ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

### Eine Gerechtigkeitsbilanz für Österreich

Es war die Europäische Bischofskonferenz, die vor einigen Jahren auf eine andere Dimension der Gerechtigkeit aufmerksam gemacht hat. Wichtiger als finanzielle Transfers sei für die Menschen, ob sie Zugang zu Arbeit, zu Bildung und überhaupt zur Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das Prinzip der *Beteiligungsgerechtigkeit* schärft die Sinne dafür, dass ein und dieselbe Maßnahme von den einen als gerecht und von den anderen als ungerecht empfunden werden kann: Ein ausgebauter Kündigungsschutz etwa wird von denen, die Arbeit haben, als gerecht, und von denen, die Arbeit suchen, als ungerecht empfunden. Beteiligungsgerechtigkeit erfordert einen Ausgleich zwischen denen, die drinnen sind, und denen, die draußen sind. Und schließlich gewinnt eine Dimension der Gerechtigkeit an alles überragender Bedeutung, die am Beginn der Industrialisierung, als die großen verschiedenen Soziallehren entwickelt wurden, eine eher untergeordnete Rolle spielte: Die *Bildungsgerechtigkeit* („Die soziale Herkunft eines Menschen darf nicht über seine Zukunft entscheiden.“) ist heute vermutlich die wichtigste Dimension der Gerechtigkeit.

Alle reden von Gerechtigkeit und keiner fragt, wie es damit in Österreich bestellt ist, ganz konkret, gemessen an präzisen Gerechtigkeitszielen (Bekämpfung der Armut, Inklusion in Bildung und Arbeit, soziale Ungleichheit). Wir von der Perspektivengruppe regen an, für Österreich eine Gerechtigkeitsbilanz im europäischen Vergleich zu erstellen, um auf dieser Grundlage eine differenzierte und zeitgemäße Gerechtigkeitspolitik formulieren zu können.

Gerechtigkeit hat mit Lebenschancen zu tun. Der Sozialstaat der Industriegesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, *riskante Lebenslagen* abzusichern (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter). Der Sozialstaat der Zukunft wird darüber hinaus *riskante Lebensübergänge* abfedern, unterstützen, flankieren müssen: die Übergänge von der Ausbildung in den Beruf, vom Beruf in die Familie,

Gerechtigkeit ist mehr als Verteilungsgerechtigkeit. Die Generationengerechtigkeit erfordert, dass die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkel lebt.

Der Sozialstaat von heute hat riskante Lebenslagen abzusichern. Der Sozialstaat der Zukunft wird darüber hinaus riskante Lebensübergänge abfedern müssen.

Umstiege im Berufsleben, Rückwege aus der Arbeitslosigkeit, von Beruf und Familie in die Pflege von Angehörigen. Es sind dies Aufgaben, die mit Geld allein nicht zu lösen sind; um die sich der Staat kümmern muss, die er aber aus eigener Kraft nicht bewältigen kann; die allesamt nach einem neuen politischen Mix von Staat, Markt und Zivilgesellschaft verlangen.

### **Sozialstaat, Sozialkultur und Wohlfahrtspluralismus**

Den Sozialstaat auf ein breiteres Fundament zu stellen bedeutet deshalb nicht zuletzt, den *Sozialstaat* durch vielfältiges Engagement in der Gesellschaft, durch eine soziale *Gesellschaft* zu ergänzen. Wir in der Volkspartei wissen um die Bedeutung des Staates in der gesellschaftlichen Organisation von Solidarität. Darin unterscheiden wir uns von allen Formen des Neoliberalismus. Wir wissen aber auch um die Grenzen des Staates, wenn es um menschliche Sorge und Zuwendung geht. Dadurch unterscheiden wir uns von allen Varianten des Sozialdemokratismus. Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen sich nur deshalb um Menschen kümmern, weil sie dafür bezahlt werden. Die seelische Temperatur im Lande würde abstürzen, wenn es all die Menschen nicht gäbe, die mehr tun als ihre Pflicht. Wir wollen deshalb das Ehrenamt und das freiwillige soziale Engagement stärken und ausbauen. Solidarität und Sicherheit brauchen einen starken Staat, eine starke Wirtschaft und eine starke Gesellschaft mit funktionierenden Familien.

Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen sich nur deshalb um Menschen kümmern, weil sie dafür bezahlt werden.

### **Die Armut an der Wurzel bekämpfen**

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, dann tun wir das in der Tradition der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Es ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe, jedem ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, aus welchen Gründen auch immer er in Not und Armut geraten sein mag. Es entspricht aber auch der Würde des Menschen, an seine Fähigkeiten zu glauben und ihm hilfreichen Beistand zu leisten, damit er aus Not und Armut heraus findet und wieder selbstständig leben kann. Subsidiarität und Solidarität sind die zentralen Prinzipien der katholischen Soziallehre. Der Grundsatz der Subsidiarität fordert uns auf, die „kleinen Einheiten“ wie die Familie und die Gemeinde, die Vereine und die vielfältigen Initiativen zu stärken, und Solidarität ist für uns mehr als ein Kampfbegriff, die eigenen Interessen gegen andere durchzusetzen. Auch jenen Gehör zu schenken, die keine Stimme haben, dem ungeborenen Leben wie den künftigen Generationen, der stillen Mehrheit gegen die gut organisierten und die leisen gegen die lauten Interessen zur Geltung zu bringen – all das gehört für uns zu einer gerechten Politik.

Subsidiarität und Solidarität sind die zentralen Prinzipien der katholischen Soziallehre.

Armut hat viele Gesichter. Sie droht auch dort, wo man sie nicht erwartet. Der Soziologe Ulrich Beck spricht von den „riskanten Freiheiten“ und den „normalen Risiken“, die das Leben in der heutigen Zeit kennzeichnen. Aus Übergängen im Leben können Abstürze werden. Die Wege der Multioptionsgesellschaft führen nicht nur nach oben. Eine Politik gegen die Armut muss beides im Blick haben: die temporären Krisensituationen und die verfestigte Armut jener Gruppen und Milieus, in denen die Armut über Generationen hinweg vererbt wird wie früher die Adelsprädikate.

Jede erfolgreiche Anti-Armuts-Politik muss deshalb einen eindimensionalen Armutsbegriff überwinden. Armut zeigt sich konkret als Mangel an Geld. Dahinter steckt aber oft ein ganz anderer Mangel: ein Mangel an Bildung, an sozialen Kontakten, an menschlichen Hilfen. Wirksame Strategien gegen die Armut müssen an deren Wurzeln ansetzen: an der Bildungsarmut und an der Netzwerksarmut. Wir leugnen nicht den materiellen Aspekt: nicht bei der konkreten Armut, nicht bei allgemeinen sozialen Fragen. Aber rein materialistische Lösungsansätze helfen nicht wirklich weiter. Es kommt darauf an, die betroffenen Menschen wieder stark zu machen, unterstützende Netzwerke zu bilden und überhaupt das Selbstorganisationspotenzial auf den unteren Ebenen (Gemeinde, Bezirk) zu aktivieren und zu optimieren.

Für eine Kommunalpolitik, die mit mehr sozialer Phantasie Pilotprojekte fördert und neue Wege geht, um soziale Übel zu bekämpfen und soziale Ziele zu erreichen.

Wege aus der verfestigten Armut sind mühsam, manchmal aussichtslos. Umso wichtiger ist es, *Wege in die Armut* von Anfang an zu versperren. Jeder kennt die Prognosen für Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Sie werden in den meisten Fällen ein Leben lang vom Staat leben und nie Steuern bezahlen. Es ist nicht nur sozial geboten, sondern auch finanziell-ökonomisch vernünftig, alles dafür zu tun, dass niemand ohne einen Abschluss ins Leben geht. Dazu bedarf es der Kooperation der Schule, der Lehre und der begleitenden Sozialarbeit – und neuer Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in seinen alten und neuen Formen ist eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe. Wir plädieren deshalb für eine Kommunalpolitik, die mit mehr sozialer Phantasie Pilotprojekte fördert und neue Wege geht, um soziale Übel zu bekämpfen und soziale Ziele zu erreichen. Wenn soziale Paten sich konkret um Schülerinnen und Schüler kümmern, bevor diese zu Problemfällen werden, erleben ältere Menschen, wie sie gebraucht werden und jüngere, dass sie zum ersten Mal einem Menschen nicht gleichgültig sind. Wenn eine große europäische Stadt ihre Schuldnerberatung fast ausschließlich mit erfahrenen ehrenamtlichen Kräften durchführt, dann nicht deshalb, um Geld zu sparen (das ist ein willkommener Nebeneffekt), sondern weil Menschen in Not sich den Ehrenamtlichen eher „öffnen“ als Beamtinnen, Beamten und Behörden. So gibt es viele soziale Probleme, die nicht alleine staatlich zu bewältigen sind, die vielmehr eine sozial aktive Gesellschaft verlangen. Die bestehende Armut, gegen die bisweilen kein Kraut gewachsen ist, ist ebenso wie die entstehende, die man verhindern kann, ein zu ernstes Problem, als dass man es bei den bekannten Routinen der Armutspolitik belassen könnte. Wir plädieren für eine andere soziale und politische Philosophie, die auch in scheinbar aussichtslosen „Fällen“ an die Menschen glaubt, an ihren Fähigkeiten ansetzt und diese zu aktivieren versucht, um eine Kultur der Abhängigkeit zu verhindern.

### Ein neues Leitbild vom Altern

Die andere Perspektive, die wir vorschlagen, rückt viele Entwicklungen in ein neues Licht. Die Menschen werden immer älter. Sie leben im Durchschnitt rund dreißig Jahre länger als vor hundert Jahren. Das ist kein Grund zur Klage, sondern ein großer Fortschritt. Das Problem in unserer Gesellschaft ist nicht, dass es zu viele Alte, sondern dass es zu wenige Kinder gibt. Es ist an der Zeit, endlich damit aufzuhören, von der alternden Gesellschaft immer nur als Problem zu reden. Die Menschen werden ja nicht nur immer älter, sie werden dabei auch immer jünger. Eine 70-Jährige, ein 65-Jähriger von heute hat nichts mehr mit den Altersgenossen von vor hundert Jahren gemeinsam. Sie wirken nicht nur jünger, sie sind auch gesünder, sportlicher, unternehmungslustiger als die Gleichaltrigen damals.

Es ist Zeit für ein neues Leitbild vom Altern. Die Älteren sind eine große Chance und mit ihrer Lebenserfahrung ein gewaltiges Kapital für unsere Gesellschaft. Sie sind bereit, sich einzubringen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuladen, mit Kindern und Jugendlichen, mit Eltern und Erwerbstätigen in einer lebendigen Nachbarschaft gemeinsam etwas zu unternehmen. Jeder hat eine Aufgabe. Alle werden gebraucht.

Wirtschaft und Gesellschaft, von den Vereinen über die Volkshochschulen bis hin zu den Unternehmen, müssen sich Gedanken machen, was sie den alten Menschen zu bieten haben, nicht nur als Kunden und Konsumenten, sondern auch als Akteure mit vielfältigen Interessen. Es kann nicht sein, dass sich nun, nachdem Rassismus und Sexismus, die Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Geschlecht, endlich überwunden sind, auf leisen Sohlen eine Art Altersdiskriminierung breit macht: Erst werden sie gedanklich und dann beruflich und schließlich auch räumlich abgeschoben – nur weil sie nicht mehr jung sind.

Das Problem in unserer Gesellschaft ist nicht, dass es zu viele Alte, sondern dass es zu wenige Kinder gibt.

## Kooperation, Prävention, Finanzierung: Neue Wege in der Gesundheitspolitik

Gesundheit ist für alle eines der wichtigsten Anliegen. Wir wollen, dass Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu jeder Zeit und zu den gleichen Bedingungen garantiert wird. Wir wollen eine durchgängige, integrierte Gesundheitsversorgung, bei der das Wohl der Patientinnen und Patienten und ihre optimale Versorgung im Vordergrund stehen. Um das zu erreichen, brauchen wir die richtigen strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen, eine verbesserte Kommunikation und ein hochwertiges und umfassendes Angebot, sowohl was die Flächendeckung als auch das Leistungsspektrum betrifft.

Wir wollen, dass Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu jeder Zeit und zu den gleichen Bedingungen garantiert wird.

### *Kooperation*

Wir wollen die intensive Zusammenarbeit zwischen allen Gesundheitsanbietern im ambulanten, stationären und im Bereich der Rehabilitation intensivieren. Sie soll in Zukunft nicht nur reibungslos funktionieren, sondern auch neue Möglichkeiten in der medizinischen Versorgung eröffnen. Besonders wichtig ist es, die Kommunikation und damit die Weitergabe von Informationen zu verbessern. Der „Hausarzt“ ist der vertrauensvolle Partner vor Ort und die zentrale Drehscheibe der Gesundheitsvorsorge. Wir wollen die Vernetzung und die Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen Ärztinnen, Ärzten und den Spitälern weiter vorantreiben, damit die Patientinnen und Patienten besser versorgt und langfristig auch Mittel eingespart werden. Die Allgemeinmediziner und Hausärzte sind ein wesentlicher Faktor bei der Veränderung der Strukturen mit dem Ziel, mehr Leistungen aus dem Spital in den niedergelassenen Bereich zu verlagern. Die Hausärztin und der Hausarzt müssen das Rüstzeug haben, Drehscheibe und Begleiter durch das Gesundheitssystem zu sein. Darüber hinaus schlagen wir von der Perspektivengruppe vor: Kooperationen der niedergelassenen Ärzteschaft mit Ambulatorien und öffentlichen Krankenhäusern; Förderung von Gruppenpraxen (Errichtung außerhalb der Krankenhäuser zur Entlastung der Ambulanzen vor allem im fachärztlichen Bereich); sinnvolle Ressourcennutzung in den Bereichen der bildgebenden und minimal invasiven Diagnostik und im therapeutischen Bereich; Versorgungsnetzwerk für Suchterkrankte; Forcierung ärztlicher Kooperationen im Rahmen des Kassenvertragsrechts; Einführung privater Ärztezentren als Tagesklinikum sowie die Weiterentwicklung der Spitäler zu modernen Gesundheitszentren.

Der „Hausarzt“ ist der vertrauensvolle Partner vor Ort und die zentrale Drehscheibe der Gesundheitsvorsorge.

### *Prävention*

Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft kann sich nicht darauf konzentrieren, dem Leben durch Hochleistungsmedizin ein paar zusätzliche Jahre zu geben. Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft hat auch zur Aufgabe, den gewonnenen Jahren möglichst viel Leben zu geben. Wir wollen deshalb die Prävention und Gesundheitsförderung zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesen ausbauen. Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention bundesweit und föderal so strukturieren und mit finanziellen Mitteln ausstatten, dass von ihnen eine nachhaltige Wirkung für ein gesundes Leben und ein gesundes Alter ausgeht. Nachhaltige Gesundheitspolitik fängt mit der richtigen Ernährung, mit Bewegung und mit der Verantwortung für die eigene Gesundheit schon im Kindergarten an. Zur Förderung der privaten Gesundheitsvorsorge könnte beispielsweise ein Bonus für Nichtraucherinnen und Nichtraucher beim Krankenkassenbeitrag eingeführt werden.

Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft hat auch zur Aufgabe, den gewonnenen Jahren möglichst viel Leben zu geben.

### *Finanzierung*

Die Finanzierung des Gesundheitswesens in der derzeitigen Form stößt an ihre Grenzen. Es müssen neue Wege gegangen werden. Der größte Hemmschuh für notwendige strukturelle Veränderungen ist das System der Mischfinanzierung. Wir regen deshalb langfristig einen notwendigen und richtigen Paradigmenwechsel, weg von der Beitragsfinanzierung hin zur zentralen Steuerfinanzierung, an.

Wir regen einen Paradigmenwechsel, weg von der Beitragsfinanzierung hin zur zentralen Steuerfinanzierung, an.

## **Pflegedreieck: Familie, professionelle und ehrenamtliche Helfer**

Die Zahl der Menschen, die Pflege brauchen, wird zunehmen. Die aktuelle Situation in Österreich ist wegen mancher systemischer Schwächen angespannt. Mit dem Pflegegeld gibt es ein System, das die autonome Entscheidung des Einzelnen fördert und auch leistbar macht. In einzelnen Bereichen sind hier Verbesserungen nötig, etwa bei der Einstufung von Demenzkranken und bei der Pflege behinderter Kinder. Bei den Sachleistungen bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern hinsichtlich Höhe und Systematik, die aus Gründen der Gerechtigkeit überdacht werden sollten. Wir plädieren auch für die Zukunft für einen Vorrang der Geld- vor Sachleistungen, weil es den alten Menschen mehr Freiheit und Selbstbestimmung lässt.

Die meisten Menschen wollen in der Familie oder doch in den eigenen vier Wänden gepflegt werden.

Pflege erschöpft sich aber nicht in Geld- oder Sachleistungen. Es geht darum, die Würde des Menschen und seinen Wunsch auf ein selbst bestimmtes Alter auch dann zu achten, wenn er gebrechlich geworden ist. Die meisten Menschen wollen in der Familie oder doch in den eigenen vier Wänden gepflegt werden. Das ist auch die gängige Praxis. Aber Familien wollen sich kümmern und die „Pflegerregie“ auch dann behalten, wenn sie selbst nicht pflegen können. Aus den Wünschen der zu Pflegenden und ihren Angehörigen lassen sich Perspektiven für die Zukunft ableiten.

Es kommt vor allem darauf an, die Beziehungen im Pflegedreieck zwischen Familie, professionellen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern optimal zu gestalten. Im Vordergrund stehen Hilfestellungen für die zu Pflegenden, damit sie möglichst lange zu Hause bleiben können, wie für die pflegenden Angehörigen, damit sie sich nicht überfordern oder von der Situation überfordert werden. Dazu gehören vor allem der Ausbau von Unterstützungs- und Entlastungsangeboten sowie von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

**Es gibt eine soziale Frage.  
Und es gibt nur eine soziale Antwort darauf:  
Gerechtigkeit.**



Es ist an der Zeit, die Debatte, die Maßnahmen und die Erfahrungen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Kindern“ auf das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ zu übertragen. Des Weiteren geht es um eine Aufwertung der Pflegeberufe. Die in der Pflege erworbenen Qualifikationen sollen bei sozialen Berufen stärker berücksichtigt werden. Für den individuell erforderlichen Pflegemix sollen neue Kombinationsmodelle (Angehörige, Ehrenamtliche, selbstständige und angestellte Betreuungskräfte, mobile Dienste, institutionelle Einrichtungen) zum Einsatz kommen. Für junge Alte, die Ältere pflegen, soll es – etwa in Weiterentwicklung der Seniorengenossenschaften, die anderswo (Baden-Württemberg) mit Erfolg arbeiten – ein eigenes Unterstützungs- und Anreizpaket geben, um diese gesellschaftlichen Ressourcen besser einbinden zu können. Insgesamt geht es bei der Pflege der Zukunft wie auch bei vielen anderen sozialen Diensten um das scheinbar paradoxe Zusammenspiel von Hilfen einerseits und Selbsttätigkeit andererseits. Was ältere (und, in anderem Zusammenhang, auch jüngere) Menschen an Hilfen brauchen, sollen sie bekommen. Wer etwas für andere tut, was diese selbst tun können, tut ihnen keinen Gefallen, weil er deren Abhängigkeit verstärkt.

Es ist an der Zeit, die Debatte, die Maßnahmen und die Erfahrungen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Kindern“ auf das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ zu übertragen.

Dort, wo pflegebedürftige Menschen in ein Heim müssen, werden wir nach Wegen suchen, Qualität und Kontrolle zu verbessern, etwa durch regelmäßige und unangemeldete Evaluierungen („Pflege-Zertifikat“), deren Ergebnisse im Internet im Rahmen eines jährlichen Berichts veröffentlicht werden. Vor allem wollen wir aber die Möglichkeiten außerhalb der Heimunterbringung verbessern, denn: „Einen alten Baum versetzt man nicht.“ Wir treten für regionale Pflegemodelle ein, die den Menschen ein würdiges Leben in ihrer Heimat ermöglichen, ergänzt und betreut von einem Mix aus professioneller Pflege und ehrenamtlicher Betreuung in Form von freiwilliger Pflegearbeit als Dienst am Nächsten vor Ort. So können regionale Keimzellen für gelebte Solidarität und Mitmenschlichkeit entstehen.

## Soziale Ökologie

Pflege ist nur ein – wenn auch wichtiges – Beispiel dafür, dass eine moderne Sozialpolitik das Zusammenspiel von staatlichen Leistungen, professionellen Diensten und ehrenamtlichem Engagement braucht und dass von diesem Zusammenwirken die Lebensqualität nicht nur alter Menschen abhängt. Eine Gesellschaft mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird sich tief greifend verändern. Künftig werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben. Familiäre Netze werden ausgedünnt. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in einer Welt des raschen Wandels vor großen Bewährungsproben, gerade auch was den sozialen Zusammenhalt und die zwischenmenschliche Solidarität betrifft. Die Gesellschaft, wie wir sie bisher kennen, hatte darauf eine Antwort: Frauen kümmerten sich um Kinder und Alte. Ihnen war die Sorge in der Familie, in der Verwandtschaft, in der Nachbarschaft anvertraut.

Auch wenn die traditionelle Antwort so nicht mehr aufgeht, so bleibt doch die Frage: Wer kümmert sich um Menschen, wenn sie Zuwendung brauchen? Wir sehen darin eine zentrale soziale Herausforderung. Das gleichsam natürliche Angebot an Alltagssolidaritäten geht zurück, während die Nachfrage nach Alltagssolidaritäten zunehmen wird. Es geht um die Bereitschaft, sich persönlich zu engagieren und soziale Probleme nicht leichtfertig an Institutionen oder den Staat auszulagern. Wenn die soziale Temperatur im Lande nicht sinken soll, bedarf es in unserer Gesellschaft einer „Kultur des Sozialen“, d. h., eine bewusste Pflege menschlicher Beziehungen, damit unsere Gesellschaft auch in sozialer Hinsicht blüht und gedeiht.

Die modernen Gesellschaften müssen nun lernen, dass sich auch die sozialen Ressourcen nicht von selbst erneuern.

Vor über dreißig Jahren haben wir mit dem Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ gelernt, dass sich die natürlichen Ressourcen nicht von selbst erneuern. Die modernen Gesellschaften müssen nun lernen, dass sich auch die sozialen Ressourcen nicht von selbst erneuern. Wir plädieren deshalb nicht nur für eine Ökologie der Natur, sondern auch für eine Ökologie des Sozialen. Österreich bietet mit seinem reichhaltigen Vereinswesen und Initiativen im sozialen und kulturellen Bereich, mit seinen Freiwilligen in Hilfsorganisationen sowie der Institution der Freiwilligen Feuerwehren gute Voraussetzungen für eine soziale Kultur, die auch den Wandel der Zeiten überdauert.

## Klimawandel – Die Erfordernisse der Erde ernst nehmen

Ost und West haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine große Herausforderung gemeinsam gemeistert: Sie haben den Krieg verhindert und den Frieden bewahrt. Die Gefahren des nuklearen Wettrüstens wurden in den 1980er Jahren gebannt: durch die Abrüstung und vor allem durch die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa. Aus Gefahren und wechselseitiger Drohung wurden gemeinsame Chancen und Aufgaben.

Die andere große Leistung des 20. Jahrhunderts bestand in der Zähmung des Kapitalismus durch den Auf- und Ausbau des Sozialstaates. Beide Aufgaben bleiben, aber sie stellen sich neu und anders in einer veränderten Welt. Die Zähmung des *globalen* Kapitalismus erfordert neue Instrumente, und die Friedenssicherung erstreckt sich heute auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und auf die Klimapolitik. Was damals das Wettrüsten war, ist heute der Klimawandel. Er ist ein globales Problem, bei dem die globalen Instrumente weiter gestärkt werden müssen, um den Klimawandel in Schach zu halten.

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen alle Bereiche der Gesellschaft, alle Aspekte des Lebens und die ganze Welt. Wenn global zu wenig geschieht, steigt das Konfliktpotenzial. Lassen wir uns Versäumnisse zu Schulden kommen, wird der Globus unwirtschaftlicher und gefährlicher. Dann müssen wir mit folgenschweren Konflikten und Kriegen über den Zugang zu immer knapperen Ressourcen wie Wasser oder Energie rechnen. Küsten und ganze Länder drohen im Meer zu versinken, Hunderte von Millionen Menschen wären auf der Suche nach einer neuen Heimat, was einen massiven Anstieg der Migration bedeuten würde. Angesichts der Dimension einer solchen Destabilisierung könnte ein Land wie Österreich keine Insel der Seligen bleiben. Sowohl der Migrationsdruck würde steigen, als auch die exportorientierte heimische Wirtschaft wäre betroffen. Daher sind die Erfordernisse der Erde ernst zu nehmen.

Der Klimawandel ist nicht nur eine Bedrohung, sondern bereits teilweise Realität. Weil er vom Menschen gemacht ist, kann er nur von Menschen eingebremst werden. Völlig verhindert kann er jedoch nicht mehr werden. Wir brauchen eine fundierte Klimafolgenforschung, denn wir müssen uns auf Veränderungen einstellen. Aber wir müssen heute ebenso daran arbeiten, langfristig eine Trendwende zu erreichen. Die Situation ist bedrohlich, aber wir können daraus eine Chance machen; für ökologisches Wachstum, für Arbeitsplätze durch Umwelttechnologien, durch die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile.

Wir müssen akzeptieren, dass es jetzt Zeit für einen umfassend verantworteten Klimaschutz ist. Wir müssen den Paradigmenwechsel in den Köpfen aller Verantwortungsträger verankern. Jeder, der Verantwortung in Politik und Wirtschaft hat, hat auch eine Verantwortung für das Ausmaß des Klimawandels und muss sich für den Klimaschutz engagieren. In erster Linie muss der Energieverbrauch gedrosselt werden, der Ausstoß an Treibhausgasen gesenkt werden. Energisches und konsequentes Handeln ist von allen gefordert. Das ist eine riesige Aufgabe für jede Einzelne und jeden Einzelnen im Haushalt und in der Industrie, in der Freizeit und im Beruf, beim Bauen und Wohnen und in der Mobilität. Erneuerbare Energien zu entwickeln ist wichtig, aber Energiesparen kommt zuerst. Wir schlagen daher vor, Maßnahmen, Ziele und sektorale Verantwortlichkeiten, wenn notwendig in Zukunft gesetzlich bindend festzuschreiben.

Für uns liegt eine der Zukunftschancen in der Unabhängigkeit: Wir sind der Überzeugung, Österreich hat das Potenzial, sich mit Strom, Treibstoff und Wärme in einem sehr hohen Ausmaß selbst zu versorgen. Wir wollen daher die Energieautarkie Österreichs zum Kernziel der Klima-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik machen und in diesem Zusammenhang vorrangig die erneuerbaren Energieträger dezentral ausbauen. Die Potenziale von Biomasse, Solarkraft, Windkraft und Wasserkraft sind ebenso wie die regionalen Einsparungspotenziale zu erheben und zur Deckung der regionalen Strom- und Wärmenachfrage soweit anzusprechen, dass eine möglichst vollständige energetische Unabhängigkeit erreicht wird.

Der Klimawandel ist nicht nur eine Bedrohung, sondern bereits teilweise Realität. Weil er vom Menschen gemacht ist, kann er nur von Menschen eingebremst werden.

Maßnahmen, Ziele und Verantwortlichkeiten sind, wenn notwendig in Zukunft gesetzlich festzuschreiben.

Wir wollen die Energieautarkie Österreichs zum Kernziel der Klima-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik machen.

## Wohnhäuser werden Kraftwerke

Ein besonderes Augenmerk müssen wir dem Thema Wohnen widmen. Das ist ein Bereich, in dem jeder einzelne Mensch, genauso wie Industrie, Wirtschaft und Verwaltung, gefordert ist. Im Bereich Wohnen greift sowohl das Thema Energieeinsparung und damit Energieeffizienz als auch der Einsatz von erneuerbaren Energien. Eines ist jedenfalls sicher: Lebensqualität im Zeitalter des Klimawandels kann nicht den Bereich der Energieverschwendung und den bedenkenlosen Verbrauch begrenzter Ressourcen unseres Planeten ausklammern. Wir dürfen Wohnraum und Wohnhäuser nicht mehr als Energiefresser begreifen, wir müssen sie als Kraftwerke verstehen. Dachflächen und Fassaden sind in der Lage, Energie zu produzieren. Wärme, die entsteht, kann ebenso wie die Umgebungswärme genutzt werden. Bei richtiger Anordnung der Räume und entsprechender Wärmedämmung kann der überwiegende Teil der benötigten Energie eingespart werden. Das Ergebnis kann ein Haus sein, das Energie an öffentliche Versorgungsnetze abgibt statt sie vollständig selbst zu verbrauchen.

Wir als Perspektivengruppe empfehlen, vehement Schritte in diese Richtung zu setzen und mit einem 10.000-Dächer-Programm für die Nutzung der Sonnenenergie als Initialzündung zu starten. Im Neubau ist dieser Paradigmenwechsel insbesondere in großstädtischen Bereichen und im mehrgeschossigen Wohnbau kurzfristig umzusetzen. Die Maxime muss lauten: Kein Hochhaus ohne Nutzung von Sonnenenergie, Abwärmenutzung und den Einsatz erneuerbarer Energien; keine Klimaanlage ohne Ausgleich durch Photovoltaik.

Wir empfehlen ein 10.000-Dächer-Programm für die Nutzung der Sonnenenergie.

## Mobilität statt Verkehr entwickeln

Der Sektor Verkehr ist nicht nur, aber insbesondere in Österreich ein Schlüsselbereich der Klimapolitik. Die Verkehrsproblematik erinnert an das alte Bild von Sisyphus. Jeder Erfolg – wie im Bereich der Biotreibstoffe – wird von einer weiteren Zunahme der CO<sub>2</sub>-Belastung durch den ansteigenden Verkehr überdeckt, so dass das Ergebnis neue Nettobelastungen und keine Reduktionen sind. Der Stein wird immer schwerer, der Berg wird immer höher, an dessen Fuß jeder Verkehrspolitiker ihn immer wieder neu stemmen muss.

Das entbindet aber nicht, sich den Mühen der Ebene zu stellen. Ein zentrales Ziel ist, die Motoren CO<sub>2</sub>- und schadstoffärmer zu machen. Der Automobilindustrie muss klar sein, dass kein Weg daran vorbeiführt und Verpflichtungen greifen müssen. Mehr Elan und Zukunftsorientierung der europäischen Automobilhersteller würde langfristig der Absicherung der Branche und der Arbeitsplätze in Europa gut tun. Auch hier gilt: Die Schnelleren und Beweglicheren werden am Ende die Nase vorne haben. Ein weiteres Ziel sollte aus unserer Sicht sein, den Umstieg auf CO<sub>2</sub>-neutrale Treibstoffe voran zu treiben. Wir stehen dabei für hohe und ökologisch verträgliche Produktionsstandards für Biotreibstoffe. Für den Straßenverkehr schlagen wir die Einführung einer CO<sub>2</sub>-abhängigen Besteuerung vor, die sowohl bei der Normverbrauchsabgabe als auch bei der motorbezogenen Versicherungssteuer ansetzt. Für den Flugverkehr erscheint die Einbeziehung in den Emissionshandel ein auf europäischer Ebene gangbarer Weg.

Für den Straßenverkehr schlagen wir die Einführung einer CO<sub>2</sub>-abhängigen Besteuerung vor.

Daneben müssen wir uns aber auch der Diskussion stellen, wie etwa Städte der Zukunft aussehen, damit die Mobilität klimafreundlicher werden kann. Wir müssen die Arbeits-, Freizeit- und Wohnwelten neu aufeinander abstimmen, damit Verkehrswege reduziert werden und die Mobilität mit öffentlichem Verkehr, mit dem Rad oder zu Fuß im Vordergrund stehen kann. Kurzfristig sollte beispielsweise die Pendlerpauschale umgestaltet und damit automatisch eine Jahreskarte für die Pendlerstrecke in öffentlichen Verkehrsmitteln verbunden werden.

Die Pendlerpauschale muss umgestaltet und z. B. mit einer Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel auf der Pendlerstrecke verbunden werden.

## Branchenvereinbarungen mit der Wirtschaft

Für die Wirtschaft ist der Klimawandel eine Belastung und eine Chance zugleich. Unter Belastung sind nicht in erster Linie die betriebswirtschaftlichen Kosten von Energieeinsparung und die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu verstehen, sondern die Folgen, die für die globalisierte Wirtschaft und damit für jeden einzelnen Betrieb durch den Klimawandel entstehen. Hierzu haben die UN-Klimareporte klare Hinweise gegeben. In die wirtschaftspolitische Debatte haben diese Ergebnisse bisher zu wenig Eingang gefunden. Der Klimawandel bestimmt bereits das Sein, nicht jedoch das Bewusstsein.

Die Wirtschaft muss sich auf weitere Reduktionsnotwendigkeiten im Bereich CO<sub>2</sub> einstellen. Hier ist die Linie der EU für die Zeit nach 2012 bereits vorgegeben und einschätzbar. Dieses Ziel kann nicht alle Branchen und nicht nur jene Unternehmen gleichermaßen und ausschließlich betreffen, die im Emissionshandelsystem derzeit vertreten sind. Jeder hat seinen Beitrag nach seiner Leistungsfähigkeit beizubringen. Aber jeder hat sich auch zu bemühen, nach technologischen Lösungen zu suchen, um seinen Beitrag zu optimieren. Dies ist eine moralische Verpflichtung ebenso wie eine der wirtschaftlichen Vernunft. Fairness auf europäischer Ebene heißt auch, bei den CO<sub>2</sub>-Reduktionen die Potenziale und bereits erbrachte Leistungen zu berücksichtigen. Nicht die Innovativen demotivieren, sondern die Langsamen zu mehr Leistung motivieren, muss die Devise lauten.

Auch im Klimawandel werden jene Unternehmen und Volkswirtschaften die Nase vorn haben, die die Herausforderung als Chance begreifen.

Auch im Klimawandel werden jene Unternehmen und Volkswirtschaften die Nase vorn haben, die die Herausforderung als Chance begreifen und nicht durch Hinhaltetaktik ihren Beitrag schmälern wollen. Die Potenziale liegen sowohl in wirtschaftlichen Prozessen wie in den Produkten und Produktionsverfahren, im Energiesparen bei Gebäuden und der Verwaltung, in der regional orientierten Ressourcenaufbringung sowie in der Verkehrsintensität. Diese betrifft sowohl den Güterverkehr als auch den Personenverkehr inklusive Werksverkehr. In all diesen Bereichen sind Optimierungsprozesse notwendig. Ein zielführender Weg dazu wären freiwillige Branchenvereinbarungen über Reduktionsverpflichtungen, die über den Bereich des Emissionshandels hinausgehen.

Die EU hält eine Energieeinsparung von 20 % in den nächsten Jahren für realistisch machbar. Auch Österreich und damit die Wirtschaft muss das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch entkoppeln, um die Klimaziele zu erreichen. Als neues Instrument dazu bietet der Bund neben Beratungsdienstleistungen den Klima- und Energiefonds mit einer fixierten Mindestdotierung von 500 Millionen Euro bis 2010 an.

Die öffentliche Beschaffung kann und muss Schrittmacher einer nachhaltigen Entwicklung sein.

### Besondere Verantwortung für Bund, Länder und Gemeinden

Bei diesen Veränderungsprozessen kommt der öffentlichen Hand auf allen Ebenen – Bund, Ländern und Gemeinden – eine besondere Verantwortung zu. Sie muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die öffentliche Beschaffung kann und muss Schrittmacher einer nachhaltigen Entwicklung sein. Wo die öffentliche Hand Geld investiert, müssen höchste ökologische Standards gelten. Die einschlägigen Vergaberichtlinien sollten in diesem Sinne evaluiert und angepasst werden. Dienstreisen sollten nur noch klimaneutral mit Kompensationen in Österreich stattfinden. Dort, wo Regeln des europäischen Binnenmarktes negative ökologische Effekte haben, muss eine Debatte auf europäischer Ebene über die Gewichtung von Politikzielen eröffnet werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Stärkung regionaler und kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe.

Klimawandel und Klimaschutz erfordern auch entsprechende Anreize im Steuersystem. Auch und gerade im Umweltbereich gilt der Grundsatz: Steuern durch Steuern. Die Perspektivenkommission fordert deshalb, dass bei der Steuerreform und beim Finanzausgleich Kriterien des Klimaschutzes gebührend berücksichtigt werden. Wir wollen daher bei jeder Steuerreform ökosoziale Ziele verwirklicht sehen, die die bisher externalisierten Umweltkosten internalisiert und im Gegenzug den Faktor Arbeit entlastet.

Wir sehen im Klimawandel nicht nur eine ökologische Herausforderung für Europa und die Welt, sondern auch eine enorme wirtschaftliche Chance für Österreich. Die jährlichen Wachstumsraten der Umwelttechnologie-Branche in Österreich sprechen für sich. Sie enthalten eine wichtige Botschaft: Klima- und Umweltpolitik rechnen sich.

Der Klimawandel setzt unsere Technologien einem starken Evolutionsdruck aus. Bestimmte Formen der Energieverschwendung unserer Gesellschaft müssen verschwinden, technologische Transformationsprozesse müssen die industrielle Zivilisation verfeinern. In dieser Tradition der Aufklärung und mit dem notwendigen Optimismus stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels: Wir können handeln, aber wir müssen auch handeln.

**Schutz der  
Umwelt ist gut.  
Sorge um die  
Schöpfung  
fordert mehr.**

## Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Lebensqualität

Der Ländliche Raum braucht ganz spezifische Rahmenbedingungen für seine Entwicklung.

Der Ländliche Raum hat Zukunft. Er ist in Österreich keine Restgröße zu städtischen Ballungsgebieten, bei dem Abwanderung, wirtschaftliche Benachteiligung, schlechtere Infrastruktur oder geringere Bildungschancen hinzunehmen sind. Der Ländliche Raum ist ein eigenständig zu bewahrendes und zu entwickelndes Gebiet, das durch Vielfalt besticht. Es ist insbesondere durch vielfältige und differenzierte Kulturlandschaften geprägt, hat unterschiedliche Geschichtsvläufe mit eigenständigen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prägungen. Unsere Regionen sind wertvolle Teile Österreichs, gehören zu unserer Identität, sind unverwechselbare Heimat für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung und sind eine Kraft- und Impulsquelle, auf deren Vitalität Österreich auch in Zukunft nicht verzichten kann.

Der Ländliche Raum braucht ganz spezifische Rahmenbedingungen für seine Entwicklung. Er ist nicht nur Heimat, er kann auch zumindest zeitlich begrenzt zu Heimat werden. Bei steigender Mobilität der Bevölkerung ist er als Lebens- und Wohnraum neu zu sehen, der für bestimmte Lebensabschnitte und individuelle Bedürfnisse bewusst wegen seiner besonderen Lebensqualität auswählbar sein soll. Die Wahlfreiheit des Lebensraums braucht Impulse und eine Umorientierung. Ziel muss die Förderung von Zuzug in ländliche Gebiete sein. Die Belebung von Dorfkerne verlangt nach günstigen Gründen in Gemeinden sowie die Unterstützung der Kommunalpolitiker insbesondere im Bereich der Raumplanung. Unterstützung sollte auch dort angeboten werden, wo Gemeinden Aufgaben kostengünstiger bewältigen könnten; indem sie Einsparungspotenziale nutzen oder eine Zusammenarbeit von Gemeinden bessere und günstigere Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger bringt. In den kleinen Gemeinden ist die Bereitschaft der Bevölkerung, sich zu engagieren und sich in die Dorfgemeinschaft einzubringen, ein noch oft unterschätztes Kapital bei der Organisation und der Bereitstellung von Dienstleistungen. Über allem steht aber der Grundsatz, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinden gewährleistet sein muss. Alle Österreicherinnen und alle Österreicher müssen gleich viel wert sein, egal ob sie in der Stadt oder am Land leben. Daher wollen wir in erster Linie mehr Geld für die kleineren und mittleren Gemeinden. Das ist eine unverzichtbare Forderung an den Finanzausgleich. Starke Gemeinden und Regionen machen Österreich erst zu dem, was es ist: ein starkes Land mit gesunden Strukturen vor Ort, direkt bei den Menschen.

Alle Österreicherinnen und alle Österreicher müssen gleich viel wert sein, egal ob sie in der Stadt oder am Land leben.

Als Maßstab gilt, dass alle wichtigen täglichen Lebenserfordernisse in einem Zeitradius von 45 Minuten machbar sein sollen.

Wir streben im Ländlichen Raum eine möglichst hohe Lebensqualität an. Mit einer regionalen Lebensmittelversorgung, mit sauberem Wasser und hohen Umweltstandards, mit reiner Luft, wenig Lärmbelastung und gepflegten Landschaften sowie mit funktionierenden sozialen Netzwerken und Nachbarschaftshilfe. Es geht um Versorgung und Versorgungssicherheit in allen Lebensbelangen. Als Maßstab gilt, dass alle wichtigen täglichen Lebenserfordernisse wie Schule, Arbeitsplatz, ärztliche Versorgung, Einkaufen in einem Zeitradius von 45 Minuten machbar sein sollen. Eine flächendeckende medizinische Versorgung in diesem Sinn heißt dabei eine Sicherung von der ärztlichen Versorgung in der Praxis (Hausärzte, Fachärzte) über die Arzneimittelversorgung in der Apotheke bis zur Spitzenmedizin in den Spitälern. Ein Schlüssel für den Erfolg ist dabei die Mobilität. Das Leben am Land muss auch im Sinne von Erreichbarkeit organisierbar sein. Die Angebote sowohl für den Personenverkehr als auch für Dienstleistungen sowie den Gütertransport sind auf regionale Bedürfnisse besser abzustimmen. Regionale Mobilitätskarten, die auch Taxis einbeziehen, regionale „on demand“-Lösungen sowie Logistikzentren können effizientere Lösungen bringen als Beförderungskonzepte für Ballungsräume zu kopieren bzw. zu verdünnen.

Zu jedem Dorf gehört eine Stadt. Die Ansprüche an den Lebensraum Land unterscheiden sich in vielen Bereichen nicht von den Ansprüchen an den Lebensraum Stadt. Jeder ländliche Bezirk soll daher urbane Strukturen haben dürfen. Urbane Infrastruktur wirkt vor allem in strukturschwachen Gebieten der Landflucht entgegen und ermöglicht erst die freie Wahl der Lebensräume. Als eine Forderung ist dabei auch die Aufwertung der Bezirkshauptstädte zu stellen. Sie müssen ländliche Ballungszentren mit urbanen Strukturen sein. Das betrifft Einkaufszentren

ebenso wie ein ausreichendes Kultur- und Bildungsangebot. So sollen etwa Fachhochschulen vorrangig im Ländlichen Raum angesiedelt werden. Das ist auch ein konkreter Ansatz, den Zuzug von jungen Menschen zu fördern, durch entsprechende Studienplätze und ein leistbares Wohnungsangebot, insbesondere durch attraktive Mietobjekte.

So wie es urbane Zentren geben muss, ist die Zersiedelung und segmentierte Bebauung zu verhindern. Es sind Kernzonen für die Bebauung zu schaffen und Kernzonen für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Dort muss die landwirtschaftliche Bewirtschaftung Vorrang haben, darf sie nicht eingeschränkt oder durch andere Nutzungen konkurrenziert werden. Österreichs Bäuerinnen und Bauern sind die zentralen Akteure im Ländlichen Raum: für die Produktion unserer Lebensmittel und für die Steigerung der Attraktivität unserer Kulturlandschaft. Gute Marktpreise, Zahlungen aus der Marktordnung und Gelder aus dem Grünen Pakt für Österreichs Landwirtschaft sichern einerseits faire Einkommen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und machen sie andererseits zu wichtigen Investoren im Ländlichen Raum, die Arbeitsplätze direkt sichern und zusätzlich Beschäftigung stimulieren. Darüber hinaus kann nur eine funktionierende Landwirtschaft, die ihr Potenzial für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit nutzt, die Qualität unserer Landschaft erhalten. Nur so lassen sich differenziert strukturierte und vielfältige Kulturlandschaften erhalten. Das ist Basis, dass sich jede Region ihr landwirtschaftliches und kulinarisches Profil erhalten kann. Dort, wo noch Potenzial ungenutzt ist, ist es zur Stärkung der regionalen Identität notwendig, diese Profile zu entwickeln.

Ländliche Regionen sind heute ein Rückgrat für die österreichische Wirtschaft. Dies ist am augenscheinlichsten im Tourismus oder bei der Leistungsfähigkeit der Forstwirtschaft auf internationalen Märkten. In Zukunft kommt mit der regionalen Energieproduktion ein weiteres Standbein für starke Regionen hinzu. Klimaschutz und Energieautarkie sind die zwei Stichworte dazu. Die Herausforderungen, aber auch die Chancen für die ländlichen Regionen sind dabei mehrfach. Wir empfehlen, beim Energieverbrauch in Richtung energieautarke Gemeinde zu arbeiten, d. h., einerseits die Biomasse im Wald und auf den Feldern zu nutzen und erneuerbare Energieträger einzusetzen, wo es Sinn macht. Andererseits sind die Energiesparpotenziale zu nutzen. Die Gemeinden sollten bei diesem Prozess Unterstützung im Beratungs- und Finanzierungsbereich erhalten, da damit langfristig die Wertschöpfung in den Gemeinden und Regionen erhöht wird. Der „Export“ der Überschüsse in der Energiebilanz in Regionen, die eine schlechtere Ausgangslage haben, macht die Regionen ebenfalls „reicher“. Der Motor der Veränderung dabei sind die Gemeindebürgerinnen und -bürger selber. Eine engagierte Dorfgemeinschaft weiß am besten, wo Potenziale liegen und wie sie am besten und zum Besten für die Gemeinde und für jede Einzelne und jeden Einzelnen gehoben werden können. Damit sind vernetzte Ziele zu erreichen, die jemand allein nicht schafft, die in anonymen urbanen Zentren so nicht umsetzbar sind, während Dörfer auf Nachbarschaftshilfe im besten Sinn setzen können. Das bereits jetzt in den Regionen vorhandene Know-how führt dazu, dass eine Vielzahl von Umwelttechnologie-Unternehmen im Ländlichen Raum ihren Sitz hat und mit erneuerbaren Energien aus Österreich auf den Weltmärkten gute Geschäfte macht. Gemeinsam mit Bildungs- und Ausbildungsschwerpunkten können sich starke Regionen mit Zukunftstechnologien profilieren.

Österreichs kulturelles Erbe im Ländlichen Raum beinhaltet besondere Baudenkmäler sowie dörfliche Zentren, die zum Teil zum Weltkulturerbe zählen, Naturdenkmäler und seine einzigartigen landschaftlichen Schönheiten. Diese sind anziehend und verdienen es, erhalten zu werden. Das setzt aber voraus, dass sie von jeder Generation wieder aufs Neue erkannt und anerkannt werden. Wir empfehlen daher, einen Schwerpunkt bei den Nationalparks zu setzen, diese im Selbstbewusstsein der Bevölkerung noch besser zu verankern und stärker im Tourismus einzubringen. Die Förderung des Vier-Jahreszeiten-Tourismus ist dabei eine der Herausforderungen, der sich Tourismusmanager gemeinsam mit den Regionen stellen müssen. Dabei geht es auch um Fragen des klimafreundlichen Reisens sowie des klimaneutralen Urlaubs, die Steigerung des Erlebniswerts etwa durch regionale kulinarische Angebote. Identitätsstiftung an Hand von Nationalpark-Modellregionen ist attraktiv. Die Perspektivengruppe empfiehlt, die Bereitschaft zur privaten Mitfinanzierung offensiv zu nutzen.

**Zu jedem Dorf gehört eine Stadt.**

**Nur eine funktionierende Landwirtschaft, die ihr Potenzial für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit nutzt, kann die Qualität unserer Landschaft erhalten.**

## Verantwortung für Europa und die Welt

Die Europäische Union muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Die Balance zwischen Stadt und Land, Lebensqualität und Lebensstandard, Ökonomie und Ökologie, Freiheit und Sicherheit machen das österreichische und das europäische Lebensmodell insbesondere für junge Menschen so attraktiv. Grundlage dieses erfolgreichen Lebensmodells ist das friedliche Miteinander der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union. Damit sich das europäische Lebensmodell weiterhin positiv entwickelt, wollen wir es nicht nur bewahren, sondern auch erneuern. Die Europäische Union muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Diesem Ziel dient unsere Politik nach innen und nach außen. Nur gemeinsam können wir bewahren, was uns wichtig ist – und erreichen, was wir uns vorgenommen haben.

Die Europäische Union ist eine einmalige Erfolgsgeschichte, die ihren Mitgliedern die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte ermöglicht hat. Sie hat darüber hinaus den europäischen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand in bisher unerreichtem Ausmaß gebracht. Europa ist für Österreich die Plattform, um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gemeinsam mit seinen Partnern besser meistern zu können. Mehr als alle anderen EU-Staaten konnte Österreich von der Erweiterung der Europäischen Union profitieren: Der EU-Beitritt und die Ostöffnung gemeinsam haben unserem Land ein zusätzliches jährliches Wachstum von ca. 0,5 bis ein Prozentpunkte und 150.000 Arbeitsplätze mehr gebracht. Die Volkspartei ist Österreichs Europapartei. Wir von der Perspektivengruppe bekräftigen, dass unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger die vielfältigen Chancen im neuen Europa wahrnehmen sollen. Wir wollen die österreichischen Interessen in Europa bestmöglich vertreten und ein verlässlicher Partner sein. Wir wollen sicherstellen, dass Europa nützt und schützt, wenn es gebraucht wird. Wir wollen mithelfen, die Trennlinien, unter denen unser Kontinent zu lange gelitten hat, endgültig zu überwinden.

Wir wollen mithelfen, die Trennlinien, unter denen unser Kontinent zu lange gelitten hat, endgültig zu überwinden.

Wir werden das gemeinsame europäische Friedensprojekt weiterhin aktiv mitgestalten. Die Europäische Union umfasst heute 27 Mitgliedstaaten mit fast einer halben Milliarde Bürgerinnen und Bürger. Ihr Zusammenleben erfordert bessere und klarere Regeln als sie die derzeitigen EU-Verträge bieten können. Die Volkspartei unterstützt deshalb die Arbeit an neuen Spielregeln für die Europäische Union auf der Basis des EU-Verfassungsvertrages. Wir lassen uns dabei von unseren Prinzipien – Gerechtigkeit, Sicherheit, Freiheit, Toleranz, Solidarität, Subsidiarität und Respekt vor der Vielfalt – leiten.

Gerade diese Vielfalt macht den eigentlichen Reichtum Europas aus. Wir wollen sie erhalten und fördern. Aus diesem Grund tritt die Volkspartei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dafür ein, Entscheidungen nur dann auf europäischer Ebene zu treffen, wenn sie nicht besser auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene getroffen werden können. Österreich kann sein Potenzial in der Mitte Europas nur dann voll ausnützen, wenn die Vereinigung unseres Kontinents vorangetrieben wird. Dieser Prozess muss alle Staaten des westlichen Balkans umfassen, denn Stabilität und Wachstum in Südosteuropa bringen Sicherheit und Wohlstand für unser Land. Als Perspektivengruppe treten wir für verantwortungsvolles Vorgehen in der Frage der EU-Erweiterung ein, d. h., dass bei künftigen Erweiterungsrunden immer auch das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union berücksichtigt werden muss.

In Bezug auf die Türkei tritt die Volkspartei für eine schrittweise Heranführung an europäische Standards ein. Sollte am Ende des Prozesses die Frage des EU-Beitritts der Türkei zur Entscheidung anstehen, müssen die Österreicherinnen und Österreicher in einer Volksabstimmung das letzte Wort haben. Als Perspektivengruppe empfehlen wir der Volkspartei, ihre strikte Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei ohne Volksabstimmung zu bekräftigen. Wir erwarten in dieser Frage von allen Parteien einen Schulterschluss mit der Volkspartei, damit die österreichische Bevölkerung in dieser Frage Sicherheit hat. Grundsätzlich plädieren wir dafür, die Türkei-Frage nicht nur unter dem Aspekt des Beitritts zu diskutieren. Es sind auch andere Formen der

Sollte die Frage des EU-Beitritts der Türkei zur Entscheidung anstehen, müssen die Österreicherinnen und Österreicher in einer Volksabstimmung das letzte Wort haben.



Zusammenarbeit denkbar. Etwa ein „dritter Weg“ im Sinne einer vernünftigen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei ohne Mitgliedschaft in der EU.

Die Europäische Union ist die konkrete Ausgestaltung eines weltweit einzigartigen Lebensmodells, das wir in der globalisierten Welt bewahren und weiterentwickeln wollen. Das europäische Lebensmodell steht für eine Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit, zwischen Innovation und Bewahren. Es basiert auf klaren Werten, dem Respekt vor Vielfalt und der Solidarität und steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für soziale Absicherung, Umweltschutz und Sicherheit.

Damit die Menschen in den Mitgliedstaaten Europa auch verstehen können, muss die Europäische Union gerade auch die nationalen Besonderheiten, Traditionen und Entscheidungen akzeptieren. Als Beispiel für Österreich sei hier der bewusste Verzicht Österreichs auf Atomkraft oder die entschiedene Ablehnung der Gentechnik erwähnt.

Österreich und Europa sollen immer jene Region in der Welt sein, der erfolgreich die „Quadratur des Kreises“ gelingt: nämlich politische Freiheit (Demokratie), wirtschaftliche Dynamik (Marktwirtschaft) und sozialen Ausgleich (Sozialstaat) gemeinsam zu optimieren und keines dieser Wertziele den anderen zu opfern. Heute müssen Umwelt- und Klimapolitik gleichberechtigt hinzukommen. Wir lassen uns nicht einreden, dass wir, um wirtschaftlich in einer globalisierten Welt mithalten zu können, den Sozialstaat demontieren müssten oder auf die Ökologie keine Rücksicht mehr nehmen könnten. Nur in diesem Quartett hat Europa einen guten Klang, bleibt es eine Einladung an die Welt und ein Versprechen für ein Modell jenseits US-amerikanischem Individualismus und sozialistischem Kollektivismus.

Europa ist für uns ein attraktives Lebensmodell, ein Projekt des Friedens und der Entwicklung und der einzig sinnvolle Weg, auf die Entwicklung der Welt Einfluss zu nehmen und der Globalisierung einen Rahmen und eine Ordnung zu geben. Ob es nun darum geht, die neuen Gefahren abzuwehren, die unserer Sicherheit durch den internationalen Terrorismus drohen, ob Regeln formuliert und durchgesetzt werden müssen, die die globalen Finanzmärkte vor dem Absturz bewahren, ob ökologische und soziale Standards weltweit durchgesetzt werden sollen, immer handelt es sich um Aufgaben, die nur in internationaler Kooperation angegangen werden können. Wir wollen deshalb Europa nicht nur als Lebensmodell, sondern auch als kraftvolle Stimme in der Welt.

Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten verzichtet die Europäische Union darauf, ihre Ziele und Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Europa vertraut den Regelungsmechanismen des Völkerrechts, der internationalen Institutionen und schließlich der Diplomatie. Und trotzdem ist der europäische Weg ein Versuch, mit so genannter „soft power“ der Welt seinen Stempel aufzudrücken. Europas Rolle in der Welt ist jene eines Vorbilds. Nicht mit Zwang wird der europäische Standpunkt nahe gebracht, sondern in einem intensiven – auch kontroversiellen – Dialog wird ein gemeinsamer Kompromiss gesucht. Das geschieht innerhalb der Europäischen Union, und es wird auch in der Außenpolitik vorgelebt. Diesen in Europa erfolgreichen Weg gilt es verstärkt in die Beziehungen Europas zum Rest der Welt einzubringen.

Europas Zukunft liegt einerseits in einer Vertiefung seiner Beziehungen zueinander und andererseits in einer schrittweisen Heranführung neuer Mitgliedsländer an die europäischen Standards. Da es gegenwärtig nicht den Anschein hat, dass alle Länder diesen Weg im gleichen Tempo mitgehen, soll Österreich jedenfalls bei allen gemeinsamen europäischen Projekten initiativ und engagiert mitarbeiten.

Europa ist mehr als ein Staatenbund und weniger als ein Bundesstaat. Die alten Kategorien taugen nicht mehr, um die europäische Wirklichkeit zu begreifen. Etwas Neues entsteht, nach innen wie nach außen. Europas ideeller und materieller Reichtum ist für viele Menschen in der Welt ein unwiderstehlicher Magnet. Als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Friedens ist Europa Vorbild für andere Länder und Regionen.

Damit die Menschen Europa auch verstehen können, muss die EU gerade auch die nationalen Besonderheiten, Traditionen und Entscheidungen akzeptieren.

Wir wollen Europa nicht nur als Lebensmodell, sondern auch als kraftvolle Stimme in der Welt.

Wir wollen deshalb mit Blick nach innen wie nach außen das europäische Sozialstaatsmodell angesichts der Globalisierung und dem dadurch verschärften Wettbewerb aufrechterhalten und es reformieren, um unter geänderten Rahmenbedingungen soziale Sicherheit mit internationaler Konkurrenzfähigkeit in Einklang zu bringen. Nach innen wie nach außen wenden wir uns gegen falsche Alternativen. Weder neoliberal noch sozialistisch wollen wir aus einer starken Mitte heraus Österreich nach vorne bringen: wirtschaftlich, sozial und ökologisch. Eine dynamische Entwicklung, der soziale Zusammenhalt und ein Leben in Freiheit und Sicherheit sind und bleiben die Kriterien einer erfolgreichen Region, eines blühenden Landes. Daran wollen wir weiter arbeiten.

**Sicherheit hat  
viele Facetten.  
Jede davon zählt.**

## Sicher leben – Perspektiven der inneren und äußeren Sicherheit

Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Es ist deshalb eine zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Diese Aufgabe wird immer wichtiger, aber auch schwieriger, weil das Gefühl der Sicherheit durch ganz unterschiedliche Entwicklungen berührt wird. Wir plädieren für ein umfassendes Verständnis von Sicherheit und für eine Sicherheitspolitik, die dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit in *allen* Politikfeldern Rechnung trägt: dem Wunsch nach wirtschaftlicher Sicherheit durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik; dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit dadurch, dass wir den Sozialstaat wetterfest machen. Sicherheit durch Arbeit braucht eine rechtzeitige Bildungsvorsorge. Dem Bedürfnis nach emotionaler Sicherheit kommt eine Politik entgegen, die Rücksicht nimmt auf die Familien, und die kulturelle Sicherheit wächst aus einer erfolgreichen Integrationspolitik im Rahmen unserer kulturellen Werte und Traditionen.

Der inneren Sicherheit kommt bei alledem eine überragende Bedeutung zu. Recht und Ordnung sind die Alternative zu Willkür und Gewalt und damit eine elementare Voraussetzung für die Freiheit der Menschen und für die Lebensqualität in den Städten. Ohne Recht und Ordnung gibt es kein ziviles Leben. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wir wollen, dass die Menschen ohne Angst leben können: ohne Angst um ihr Leben, ohne Angst um ihre Kinder, ohne Angst um ihre Zukunft, ohne Angst um Wohnung, Haus und Hof. Wir wollen deshalb einen Staat, der für Recht und Ordnung sorgt und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt. Deshalb wollen wir eine starke und moderne Polizei, eine Polizei, die mehr auf den Straßen sichtbar ist und weniger in Bürokratie versinkt.

Die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit steigen. Der Abbau der Grenzen im Osten hat nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch höhere Kriminalitätsraten und mehr illegale Einwanderung gebracht. Klar ist, dass die Polizei auf diese Entwicklungen hart und konsequent reagieren muss. Auch nach Öffnung der Schengengrenzen muss sichergestellt sein, dass unser Sicherheitsnetz eng genug geknüpft ist, um Schlepper-, Einbrecher- und Diebesbanden abzuwehren. Neben der Polizeipräsenz im Grenzgebiet ist an der grünen Grenze auch der Einsatz des Bundesheeres notwendig. Des Weiteren haben die Asylbehörden und die Fremdenpolizei sicherzustellen, dass Österreich keine Insel des Asylmissbrauchs und der illegalen Einwanderung wird.

Die Kriminalität ist international vernetzt, unsere Sicherheitsorgane müssen es auch sein. Alles in allem hat die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Österreich sicherer gemacht, weil die grenzüberschreitende Verfolgung von Straftaten leichter wurde. Wir wollen die enge Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich weiter intensivieren. Schwerpunkt sind dabei die Länder im Südosten Europas. Stabilität und Sicherheit in Südosteuropa bedeuten auch mehr Sicherheit in Österreich.

Wer Rechte bricht, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen. Eine wehrhafte Demokratie muss ihre Exekutivorgane stärken und ihnen die notwendigen Mittel in die Hand geben, um die Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden. Opferschutz hat für uns Vorrang vor Täterschutz. Ein Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus und Gewalt. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben.

Es muss Härte und Konsequenz dort geben, wo sie geboten sind, aber keine vereinfachte Debatte, welche die innere Sicherheit allein an Polizei und Gerichte delegieren möchte. Die Volkspartei ist traditionell die Sicherheitspartei in Österreich, und wir wollen, dass das so bleibt. Wir wollen aber auch, dass sich unsere Sicherheitsphilosophie auf der Höhe der Zeit befindet. Alles, was

Wir plädieren für eine Sicherheitspolitik, die dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit in allen Politikfeldern Rechnung trägt.

Wir wollen eine starke und moderne Polizei, eine Polizei, die mehr auf den Straßen sichtbar ist und weniger in Bürokratie versinkt.

Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden. Opferschutz hat für uns Vorrang vor Täterschutz.

Die einen müssen das Gefühl haben, ihre Heimat zu behalten. Die anderen müssen das Gefühl haben, eine neue Heimat zu finden. Alle müssen sich an die Regeln halten.

die Integration, das Gefühl der Zugehörigkeit und die soziale Verantwortung aller Menschen in den Städten und Gemeinden stärkt, schafft auch innere Sicherheit. Die einen müssen das Gefühl haben, ihre alte Heimat zu behalten und nicht Fremde im eigenen Land zu werden. Die anderen müssen das Gefühl haben, eine neue Heimat zu finden. Alle müssen sich an die Regeln halten. Integrationspolitik ist immer auch Sicherheitspolitik. Wir halten es aus humanen wie aus Sicherheitsgründen für notwendig, sorgfältig zu unterscheiden. Die überwiegende Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer, der Migrantinnen und Migranten, die bei uns leben, halten sich an Recht und Ordnung. Sie brauchen Arbeitsmarktperspektiven und ihre Kinder Bildungsperspektiven. Wir sind hart gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, aber wir wollen, gerade auch aus Sicherheitsgründen, eine Integrationskultur in Österreich, deren Grundlage Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat sind.

In einem solchen politischen Horizont sind dann Sicherheitspartnerschaften zwischen der Polizei, den Gemeinden und Städten und zivilgesellschaftlichen Initiativen (auch solchen mit und von Migrantinnen und Migranten) sinnvoll. Dadurch kann unser Lebensraum – Dörfer, Städte und Gemeinden – sicher, lebens- und lebenswert gehalten werden, statt ganze Viertel verwahrlosen zu lassen. So gehören Null-Toleranz und eine urbane wie soziale Stadtentwicklung zusammen wie zwei Seiten ein- und derselben Medaille.

Die Sicherheit in der Welt wird heute weniger durch das nukleare Wettrüsten als durch den internationalen Terrorismus bedroht. Seine Abwehr erfordert unsere ganze Wachsamkeit. Grenzenloser Kriminalität muss unbegrenzt Recht und Gesetz entgegengehalten werden können. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit werden fließend. Die Sicherheitspolitik muss deshalb neue Wege gehen. Das Bundesheer erbringt viel beachtete Leistungen im Ausland für Frieden, Stabilität und Entwicklung. Besonders gilt dies in unserer südöstlichen Nachbarschaft in Bosnien und im Kosovo. Diesen friedenserhaltenden Dienst – vor allem die friedensichernden Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen (UN-Blauhelme) – brauchen wir auch in Zukunft.

Die innere Sicherheit hat durch neue Herausforderungen eine globale Dimension bekommen. Die Instrumente und Organe der inneren und äußeren Sicherheit müssen besser miteinander verzahnt werden. Das Bundesheer soll seine besonderen Fähigkeiten nicht nur im Katastrophenschutz, sondern auch bei der Bewältigung von terroristischen Gefahren, im Rahmen von sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsätzen, ergänzend zur Polizei einbringen können.

Der terroristische Islamismus, der die radikale Interpretation des Islam über Verfassung und Gesetze stellt, ist eine besondere Bedrohung für die Menschen in Österreich, auch für die Mehrheit der Muslimas und Muslime, die sich zu unserem demokratischen Grundgefüge bekennen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit ihnen wie mit allen Demokraten über alle Religionsgrenzen hinweg. Den gewaltbereiten Fundamentalismus werden wir konsequent bekämpfen.

Eine moderne Sicherheitspolitik muss Antworten finden auf neue internationale Herausforderungen. Nicht alle Sicherheitsfragen können mit polizeilichen oder militärischen Mitteln bewältigt werden. Dazu gehört vor allem die Sicherung der Energieversorgung. Sie rückt immer mehr in den Mittelpunkt der weltpolitischen Aufmerksamkeit. Die eigentliche Problematik der Energiesicherheit liegt in den Krisen und Instabilitäten in den Rohöl und Erdgas produzierenden Staaten und in der wachsenden globalen Rohölnachfrage vor allem aus Asien. Nach Auffassung der Perspektivengruppe sollte die künftige Energieversorgungssicherheit als integraler Bestandteil der europäischen Sicherheitspolitik verstanden und entsprechende europäische Strategien erarbeitet werden.

Die Neutralität Österreichs, wie sie im Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 festgeschrieben ist, ist unverzichtbarer Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Wir bekennen uns zu ihrem Kern, sie steht für uns nicht zur Disposition. Genauso bekennen wir uns aber auch weiterhin zu einer selbstständigen, aktiven und dynamischen Neutralitätspolitik, wie sie Österreich bereits durch seinen Beitritt zur UNO im Jahr 1955 und zur Europäischen Union im

Der terroristische Islamismus ist eine Bedrohung für die Menschen in Österreich. Auch für die Mehrheit der Muslimas und Muslime.

Jahr 1995 praktiziert hat. Wir stehen zur Verantwortung, die Österreich in der Europäischen Union und in der Staatengemeinschaft übernommen hat und sind solidarisch mit den anderen Mitgliedsstaaten, wenn es gilt, unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen.

In letzter Instanz kommen die Sicherheit der Menschen und des Landes nicht von außen, durch Waffen, sondern von innen, aus der eigenen Stärke: Wenn alle Österreicherinnen und Österreicher begründetes Vertrauen in die Zukunft haben können; wenn sie sich auf einen funktionierenden Staat und eine prosperierende Wirtschaft verlassen können; wenn sie erleben, dass die Politik ihre Sorgen ernst nimmt. Keine Politik kann alle Probleme lösen, aber die Richtung muss stimmen.

## **Der Weg der Mitte – Weder neoliberal noch sozialistisch**

Politik für die Zukunft bedeutet mehr als nur die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit zu verteidigen. Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich in jeder Generation neu – und in einer Zeit großer Veränderungen ganz besonders. Die Frage der Nachhaltigkeit stellt sich daher so dringend wie nie zuvor und muss auch auf der politischen Agenda ganz nach oben rücken.

Die Antworten auf diese Herausforderungen sind so unterschiedlich wie die großen Ideenströme und politischen Bewegungen, die es gegenwärtig gibt.

Die einen leugnen die Probleme und sagen, Markt und Wettbewerb würden schon alles regeln und richten. Sie sehen den Wandel der Welt und sind blind für die Werte. Diese neoliberale Position kann nicht die Position der Volkspartei sein.

Die anderen leugnen die Probleme auf ihre Art und sagen, der Staat werde schon alles richten, wenn er nur die ganze Macht hat und die ganze Macht in den richtigen Händen liegt. Sie sind blind für Veränderungen und geben alte Antworten auf neue Fragen. Diese sozialistische Position hat keine Zukunft.

Dann gibt es den Weg der Mitte: Er versucht, alte Werte und neue Wirklichkeiten zusammenzubringen. Er versucht, Wohlstand und soziale Sicherheit in einer veränderten Welt zu schaffen und bei allem, was wir tun, den Gedanken der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Es ist nicht genug, nur den Reichtum des Landes zu mehren. Es kommt darauf an, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Mit diesem Weg der Mitte erteilen wir von der Perspektivengruppe jeglicher Form eines Rechts- oder Linkspopulismus eine klare und entschiedene Absage.

Das ist die Position des modernen Konservatismus, wie ihn eine erfolgreiche moderne Volkspartei heute vertreten muss.

Aus der Mitte des Volkes. An der Seite der Menschen. Auf der Höhe der Zeit.

## **Wir haben verstanden**

Die Perspektivengruppe legt ein Jahr nach der Wahl ihren Bericht vor – zur Diskussion in der Partei und in der Öffentlichkeit. Es ist nicht der Versuch, sich durch kosmetische Korrekturen an der Oberfläche attraktiver zu machen und so beim nächsten Mal vielleicht noch einmal durchzukommen. Ein solcher Versuch müsste – und wir sagen: zum Glück! – scheitern.

Wir sind tiefer gegangen – und haben weiter gedacht. Wir haben einen Diskussionsprozess begonnen. Wir haben mit Tausenden innerhalb und außerhalb der Partei und im Internet das Gespräch gesucht und vielfältige Anregungen erhalten. Dafür möchten wir uns herzlich bei allen bedanken.

Das breite Echo hat gezeigt: Die Zeit ist reif für den Versuch, die christlich-sozialen Wurzeln der Volkspartei wieder sichtbarer zu machen, die Lebenswelten der Menschen ernst zu nehmen und den Blick für die Zukunft zu schärfen.

Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, kann die Zukunft nicht gestalten. Und wer nicht weiß, wo er her kommt, weiß auch nicht, wo er hin will. Die Kraft des Konservativen besteht nicht nur darin, zu bewahren, was sich bewährt hat. Sie zeigt sich vor allem darin, Neues zu schaffen, das es dann verdient, bewahrt zu werden.

Es geht nicht nur um wirtschaftliche Erfolgsbilanzen.

Es geht um politische und gesellschaftliche Verantwortung.

Es geht nicht nur um Zahlen und Fakten.

Es geht um Werte und Menschen.

Es geht nicht darum, wie wir es uns heute bequemer machen.

Es geht darum, wie wir morgen leben wollen.



